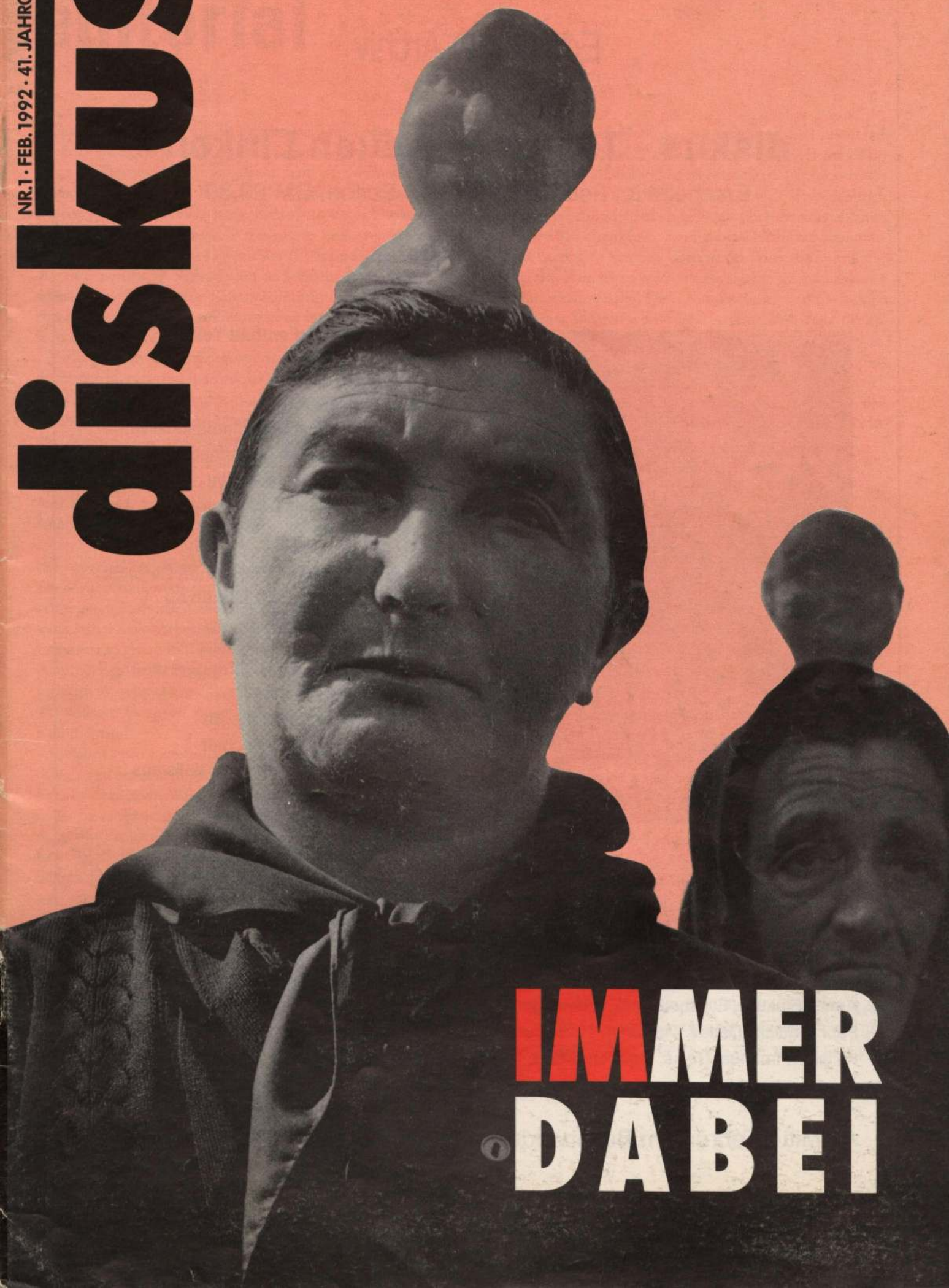


NR.1 • FEB. 1992 • 41. JAHRGANG

diskus



IMMER
DABEI

Edition ID-Archiv

diskus - Texte der Neuen Linken

Erscheint im Februar 1992, 460 Seiten, DM 29,80



Der Auswahlband enthält Texte zu den Themen

- Freiheit und Revolte
- Antiimperialismus und Internationalismus
- Militante Politik und bewaffneter Kampf
- Rechtsstaat und Repression
- Klasse und Emanzipation

Die Textsammlung liefert einen Einblick in die Kritik der Neuen Linken an

- Stalinismus und Spätkapitalismus
- Notstandsgesetzen und Kriminalisierung der Opposition
- Legalismus und Stadtguerilla
- Universität und Wissenschaft
- Restauration und Nationalsozialismus

Mit Beiträgen von:

Peter Brückner, Sebastian Cobler, Heinz Brandt, Johannes Agnoli, Karl-Heinz Roth, Brigitte Heinrich, Rossana Rossanda, Hans-Jürgen Krah, Herbert Marcuse, Eva Braun, Karl Riha, Rote Armee Fraktion, Elisabeth Lenk, Ulrich Sonnemann, Peter Mosler, Ernst Bloch, Max Horkheimer, Paul Mattick, Detlev Claussen, Rudi Dutschke, Revolutionärer Kampf (Frankfurt), Frauen-Kollektiv, Imanuel Geiss, Ingeborg Maus, Moishe Postone, u.a. ...

Ab Mitte Februar im Buchhandel und über AStA und diskus erhältlich

editorial

In den siebziger Jahren soll die Frankfurter Universität ein Ort der Rebellion gewesen sein. Anfang der achtziger Jahre verkündeten die Reste der Uni-Sponti-Szene dann mit ihrem Rückzug ins Geschäfts- und Privatleben gleich «das Ende der Politik». Es dauerte jedoch nicht allzu lange, bis sich erneut ein linkes Gegenmilieu an der Universität herausbildete. Es konturierte sich um die Linke Liste, einer Gruppe aus Alt-Spontis und Leuten, die ihre politische Sozialisation außerhalb der Universität durchliefen, die sich vor Alltagsstumpfsinn, harten Arbeitsrhythmen oder dumpfem Provinzleben ins städtische Studentendasein flüchteten.

Verknöchert Lehrbetrieb und Duckmäusertum ödeten jedoch auch hier an, und so störte die Linke Liste die eine oder andere akademische Zusammenkunft. Die Universitätsleitung benötigte für ihren Repräsentationskult, wie die Jahre zuvor, die Unterstützung uniformierter Kräfte und blamierte sich damit in der Öffentlichkeit regelmäßig. Die Linke Liste versuchte, weniger langweilige Feste zu feiern, zerdepperte auch mal ein paar Scheiben, ging gegen die Sonderbehandlung von politischen Gefangenen oder gegen die Vereinigung der zwei deutschen Staaten auf die Straße. Die Zubetonierung von Häuserfundamenten des ehemaligen Ghettos der Frankfurter Juden am Börneplatz konnte sie zwar nicht verhindern, dagegen zu protestieren, interessierte sie immerhin mehr, als jene fade «Wissenschaftskritik» zu betreiben, die linke Akademiker gerade in Frankfurt so gerne als Opposition mißverstehen. Als alle Welt unaufhörlich die Wohnungsnot beklagte, versuchte die Linke Liste, im rot-grünen Frankfurt Häuser zu besetzen. Es ging ihr wie anderen Gruppen zuvor und danach. Außer der Polizei kam niemand.

Erstaunen provozierte auch immer wieder, wo bei all der Lethargie und den sauerpöfischen Mienen auf dem Campus jährlich die etwa 2000 Wahl-Stimmen für die Linke Liste herkommen, die es ihr ermöglichen, den AStA zu dominieren und nicht nur Projekte wie diese Zeitung zu finanzieren. Die Vermutung, die Linke könne sich der Institutionen der Studentinnenschaft nur deshalb bedienen, weil jene den individualisierten, von Aufstiegs- und Existenznöten gebeutelten Studentinnen in der Mehrzahl völlig egal sind, verfestigte sich im bundesweiten Protest von 1989. In Frankfurt griff eine Bewegung auf alle Fachbereiche über und legte die gesamte Universität lahm. Angeführt von ihren Professoren zeigte sich der akademische Nachwuchs standesbewußt, verlangte einfach mehr von der Sorte der sie Führenden, um straffer und zügiger vorwärts zu schreiten. «Auch ich will ein Buch», forderten die Tröpfe, elternunabhängiges Bafög schien ihnen dagegen «viel zu ungerrecht». Ohne etwas erreicht, gar den Ausfall eines Semesters riskiert zu haben, zogen sich Professoren und Studierende wieder in ihren Alltag zurück. Mit Piratensender und ein bißchen Rabatt hatten diese Leute wirklich nichts am Hut.

Der Studentinnenstreik hatte die Verhältnisse an der Frankfurter Universität offengelegt und die Selbstwahrnehmung der

Linken korrigiert. Entschieden hatte sich für die Linke Liste auch, die Universität eher als einen Freiraum und nicht als bevorzugtes Feld der Politisierung zu betrachten. Die Universität als ein Ort, über den sich ohne große soziale Basis dennoch leichter Opposition betreiben ließe als über die vorstellbaren Alternativen in Frankfurt. Zwei unterschiedliche, aber integrierbare Strategien kennzeichnen in der Folge die Politik der Linken Liste. Zum einen versuchte sie, stärker auf intellektuelle (auch innerakademische) Diskussionen Bezug und Einfluß zu nehmen, zum anderen wurde die Zusammenarbeit mit der außeruniversitären radikalen Linken ausgebaut. Aus beidem ergab sich natürlich nicht umstandslos eine weiterführende Perspektive, die Kluft zur allgemeinen Studentinnenschaft vertiefte sich zudem noch mehr. Über die Vereinigung, den 2.Golfkrieg und den Zusammenbruch im Osten ist die Ratlosigkeit der Linken (Liste) zügig vorangeschritten.

Anfang Januar lud die alte Linke Liste zu einem ersten Abwicklungsplenum, bei dem nur soviel herauskam, daß eine neue Gruppe unter dem alten Namen an der Universität agieren wird und die alten Überbleibsel irgendwie weiter mitmischen wollen. Dieses Editorial ist nicht der geeignete Ort, um auf die Auseinandersetzungen, unterschiedlichen Einschätzungen und Spaltungen einzugehen. Der Hinweis, daß es sie bis hin zur Selbstauflösung gibt, muß an dieser Stelle genügen.

Der diskus ist Teil und Ausdruck der skizzierten Entwicklung und schlägt sich ebenso mit den daraus resultierenden Problemen herum. Ob es noch eine weitere Ausgabe unter der jetzigen Redaktion geben wird, hängt nicht zuletzt vom Ausgang der diesjährigen Wahlen zum Studentinnenparlament ab. Im Vorjahr hing die linke Mehrheit an zwei Stimmen. Die Wahlergebnisse lagen bei Drucklegung dieser Ausgabe noch nicht vor.

Zuletzt noch zwei Hinweise:

– Im Studentinnenhaus sind nach wie vor 24 Asylbewerberinnen untergebracht. Das Komitee zur Unterstützung der Flüchtlinge bittet dringend um Spenden auf das Konto:

Flüchtlingssolidarität

Ökobank Frankfurt, Kt.Nr. 198 161, BLZ 500 901 00, Stichwort: Studentinnenhaus.

– Ab Mitte Februar ist der im letzten Heft vorgestellte Band «diskus — Texte der Neuen Linken» im Buchhandel für DM 29,80 zu erwerben. Den Auswahlband mit den wichtigsten diskus-Beiträgen aus den letzten 40 Jahren kann auch direkt bei uns oder dem AStA gekauft werden. Das hätte den Vorteil, daß von den Buchhandelsrabatten etwas bei uns hängen bliebe und wir somit einen Teil der privaten Zuschüsse wieder reinholen könnten.

Die Redaktion

betr.: Sebastian Scheerer, „Drogendealer sind mega-out“, *diskus* 4/1991

Diskus-Autor trinkt zuviel!

(...) Gerade wegen des hohen Niveaus sämtlicher übrigen Artikel in den wenigen *diskus*-Ausgaben, die mir bekannt sind, fällt dieser Artikel aus dem Rahmen. (...)

Sebastian Scheerer hantiert ständig mit dem Begriff des „Dealers“, der angeblich das Feindbild schlechthin ist, ohne daß er den Begriff definiert. So bringt er es fertig, „die Familie Escobar in Medellín“ den ach-so verfolgten Dealern zuzurechnen.

Keine Erklärung folgt, daß diese Familie Escobar zu jener Clique von Drogenkapitalisten gehört, die ihre Interessen mafiaähnlich durchsetzen, was das Kennzeichen einer schwachen staatlichen Zentralgewalt ist. Ihre Killerbanden sind für unzählige Morde verantwortlich, gerade gegen Linke, GewerkschaftlerInnen, StudentInnen, Mitglieder und Sympathisanten der UP (einer linken Wahlkoalition um die kolumbianische kommunistische Partei). (...)

Die schwache kolumbianische Staatsgewalt unterstützte diesen Terror gegen Linke. Diese Terrorkapitalisten unter dem Schlagwort des „Dealers“ zu den hiesigen Kleindealern zu subsumieren, ist eine Beleidigung für letztere.

Was soll der moralisierende Satz, „für die ‚good people‘ ist es rufschädigend, mit Drogen erwischt, mit bekannten Drogenkonsumenten gesehen oder als Verteidiger der Drogenfreigabe angesehen zu werden“? Das gilt zumindest nicht für die Drogenkartelle und ihre Hausbanken in Miami und Los Angeles. Immerhin stehen Drogenhandel und -industrie mit einem geschätzten Jahresumsatz von 140 Milliarden Dollar hinter der Elektro-, Nahrungsmittel- und Autoindustrie an vierter Stelle auf der Rangliste der umsatzstärksten Industriebranchen. Die USA nehmen 50 % des Weltkoka-Anbaus ab, und der Staat verdient kräftig mit. Zum einen fließen die Gewinne aus dem Drogenhandel über den Umweg der US-Banken wieder „gewaschen“ in den normalen Geldkreislauf zurück und können an dieser Stelle auch besteuert werden. Zum anderen beteiligen sich CIA und die oberste Drogenbekämpfungsbehörde DEA (drug enforcement agency) selber am lukrativen Geschäft. (...)

Für die US-amerikanische Innenpolitik bedeutet dieser „Krieg gegen die Drogen“ die weitere Demontage der Menschen- und BürgerInnenrechte. So wurden die Untersuchungshaftbestimmungen erweitert bei Drogendelikten, bei Verdacht auf Drogenhandel entfällt die Freilassung auf Kaution; das sind nur einige Verschärfungen, die sich aus dem 1984 verabschiedeten comprehensive crime control act (umfassendes Kriminalitätskontrollgesetz) ergeben.

Der Kampf gegen die Drogen ist also ein Klassenkampf, in dem an den Drogenprofiteuren verdienende staatliche Stellen den Kampf gegen die Bauern und Bäuerinnen und die Volksbewegungen in Lateinamerika und gegen die metropolitenen Unterklassen (in den USA vor allem gegen die schwarzen Ghettos) aufnehmen.

Ein weiterer Aspekt hierbei muß erwähnt werden: das Einschleusen von bestimmten Drogen in rebellische oder aufständische Kreise ist ein Mittel der Aufstandsbekämpfung von staatlicher Seite. (...)

In Kreuzberg/Berlin und in der Hafenstraße/Rot-Flora in Hamburg wurde die Kampagne „Dro-

gendealer – verpöcht euch“ entwickelt. Es ist ein kleiner Versuch, sich durch eigenverantwortliches Handeln ohne staatliche Einflußnahme gegen das Hineinpumpen von Drogen in potentiell rebellische Kreise zur Wehr zu setzen. Leider sind die Erfolge noch spärlich. (...)

Was die Kennzeichnung als „faschistoid“ für diese Anti-DealerInnen-Kampagne soll, könnte günstigenfalls mit dem extensiven Genuß der Droge Alkohol durch den Autor vor dem Verfassen des Artikels erklärt werden.

Peter Nowak

betr.: Alex Demirovic, Vom Vorurteil zum Neo-Rassismus, *diskus* 4/1991

Diskus-Autor zitiert zuviel!

(...) Alex Demirovic setzte sich im letzten *diskus* mit dem Thema Rassismus auseinander; angesichts des allgemeinen Schweigens zu diesem Thema zuerst eine erfreuliche Sache. (...) Mich gelüstet es, die letzten beiden Demirovic-Veröffentlichungen in den zwei letzten Nummern dieser Zeitung umfassend aufs Korn zu nehmen. Bloß kann diese Lust jetzt nicht befriedigt werden. Um aber nicht völlig darben zu müssen, sei der exemplarische Nachweis erlaubt, daß Demirovic, der vorgibt, über verschiedenste theoretische Strömungen frei variieren zu können, noch nicht einmal deren Grundtonarten beherrscht.

Zu sieben Seiten Text gibt der Mann immerhin dreißig Literaturhinweise – macht im Durchschnitt 4,285714 (Periode) Literaturangaben pro Seite (ein *diskus*-Rekord). Zusätzlich macht er im Text sechshundvierzig Querverweise auf Literatur, davon siebenundzwanzig mit genauer Seitenangabe. (...)

Ich kenne viele Texte, die von Demirovic in den beiden *diskus*-Artikeln zitiert werden, nicht. Alle Texte aber, die ich schon genauer gelesen habe, scheitern er völlig schief oder auch falsch zu zitieren. Ich habe in einem einzigen Fall spaßeshalber mal nachgeschaut und festgestellt: Demirovic gelingt es, in ein einziges Zitat gleich drei Fehler einzubauen (ein weiterer *diskus*-Rekord).

Wer's nicht glaubt und wer auch nicht erschrickt, wenn's ernster wird, verfolge die Stichprobe Demirovics Zitierungskünste mit.

Im *diskus* 4/91 schreibt er im Artikel „Vom Vorurteil zum Neo-Rassismus. Das Objekt ‚Rassismus‘ in Ideologiekritik und Ideologietheorie“ folgenden Satz: „Daß Juden als eine Rasse angesehen werden, ist der Ansicht Horkheimers und Adornos zur Folge eine von den Nazis propagierte Doktrin, die an sich falsch, doch auf grausame Weise historisch wahr geworden ist, insofern sie der ‚Faschismus‘ wahr gemacht hat.“ Als Beleg gibt er an: Horkheimer/Adorno: Dialektik der Aufklärung, in: Horkheimer, Gesammelte Schriften, Bd. 5, Frankfurt am Main 1987, Seite 197. Schlägt man dort nach, so findet man, daß er folgende drei Fehler in seiner ‚Wiedergabe‘ der zwei einleitenden Absätze der „Elemente des Antisemitismus“ macht:

1) Von Juden als „Rasse“ ist dort mitnichten die Rede, der wohl gemeinte Begriff ist der dort verwendete der „Gegenrasse“. Es ist jedoch äußerst problematisch, zu unterstellen, diese beiden Begriffe seien äquivalent, oder derjenige der „Gegenrasse“ eine Spezifikation dessen der „Rasse“. Dieser Begriff ist

nicht zu verstehen als ‚gegnerische Rasse‘, sondern als ‚Negation der Vorstellung von Rasse‘. So ist dort zum Beispiel formuliert: „die Gegenrasse, das negative Prinzip als solches“. Der Begriff der „jüdischen Rasse“ kommt nur in Demirovics Text, nicht aber in der „Dialektik der Aufklärung“ vor. Dort ist immer nur von Juden als „Gruppe“ die Rede. (Siehe z.B.: Die Juden sind heute die Gruppe, die praktisch wie theoretisch den Vernichtungswillen auf sich zieht.“

2) Der Satz, aus dem Demirovic seine Deutung des Hauptwerkes der Kritischen Theorie ableitet, es sei „an sich falsch“ aber „historisch wahr“, Juden als Rasse zu begreifen, lautet im Original: „Beide Doktrinen sind wahr und falsch zugleich“ (Herv. S.G.) Die Autoren versuchen, die Aufklärung in ihrer Dialektik zu begreifen. Es ist kein Zufall, wenn sie davon reden, daß eine Aussage zugleich wahr und falsch ist. Aus diesem „zugleich“ macht Demirovic flugs „an sich falsch“, „historisch wahr“. Eine billigere ‚Auflösung‘ eines dialektischen Verhältnisses kann man sich kaum vorstellen. Der *diskus*-Autor hat offensichtlich Schwierigkeiten mit dem Hegelschen Erbe in jener Schrift, dann sollte er dies aber thematisieren statt akademisch gekonnt mißzuverstehen.

3) Das genannte „wahr und falsch zugleich“ bezieht sich aber nicht, zumindest nicht so direkt wie Demirovic unterstellt, auf die Vorstellung von Juden als „Gegenrasse“, sondern auf den ersten Satz der „Elemente“, der heißt: „Der Antisemitismus heute gilt den einen als Schicksalsfrage der Menschheit, den anderen als bloßer Vorwand.“ Der Antisemitismus ist vorrangiger Gegenstand und Untersuchungsbegriff der „Elemente des Antisemitismus“. Dieser ist zugleich Schicksalsfrage der Menschheit und ist es nicht. Beide Aussagen sind innerhalb der Geschichte zu verstehen, das von Demirovic eingeführte „an sich“ (siehe 2) ist völlig dunkel. Er ist Schicksalsfrage wegen der Bedeutung der Vernichtung der europäischen Juden für jedwede nachfolgende menschliche Geschichte und ist es nicht, da die Befreiung der Menschen allem anderen bedarf denn der (so die Nazi-Propaganda) „Befreiung von Juden“. (...)

Stefan Gandler

Beide Leserbriefe wurden gekürzt.

impressum:

diskus

Frankfurter StudentInnenzeitung

Heft 1, Februar 1992

Anschrift:

diskus

Jügelstraße 1

(StudentInnenhaus)

6000 Frankfurt/M. 1

Tel.: 069/798-3188

Fax : 069/702039

HerausgeberInnen: Andreas Fanizadeh, Dagmar Ganßloser, Michael Hintz

Redaktion: Thomas Atzert, Rembert Baumann, Raymund Burghardt, Bernd Eichhorn, Gerhard Fischer, Sabine Grimm, Christoph Kind, Jost Müller

Erscheinungsweise: Vierteljährlich (zweimal pro Semester)

Satz: CARO-Satz/Wolfgang Röckel, Frankfurt/M.

Druck: CARO-Druck, Frankfurt/M.

Titelmontage: Henry Rapior

Auflage: 10000

Redaktionsschluß für den nächsten diskus ist der 15. April 1992

Öffentliche Redaktionssitzung: Jeweils mittwochs von 20.30 bis 22.00 Uhr im Raum 106 im StudentInnenhaus

Bürozeiten: Dienstags von 11 bis 14 Uhr und donnerstags von 13 bis 16 Uhr in Raum 106 StudentInnenhaus

Wir freuen uns über unverlangt eingesandte Manuskripte, können jedoch weder für sie haften noch in jedem Fall Korrespondenz führen.

Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt wurde. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

diskus-AbonnementDer *diskus* erscheint vierteljährlich (zweimal pro Semester). Für ein Abonnement einfach einen Zwanzigmarkschein oder einen Verrechnungsscheck über dieselbe Höhe zusammen mit Name und Adresse in einen Briefumschlag stecken und an den diskus, Frankfurter StudentInnenzeitung, Jügelstr. 1, 6000 Frankfurt/M. 1 schicken. Das Abonnement gilt für vier Ausgaben und verlängert sich nicht automatisch.

inhalt

MetaStasi

Klamauk im Hause Gauck

5

Drogen

Elixiere des Teufels

8

Multikulturindustrie

„Happy Birthday, Türke!“

12

JustizWeil kein Zug entgleist,
sollen zwei Hamburger in den Knast

14

Öko-Feminismus

Geld oder Gülle? Zu Claudia Werlhofs Thesen

16

Nationalismus

Agonie ohne Ende

19

Schwammichte Teile

Klimato-erwerbswirtschaftliche Prägung

26

Geisteswissenschaften

Rot-Grün plant Stellenkürzung

28

Imperialismus

Zu Karl-Heinz Roths Golfkriegsanalyse

30

Zwei Atlantiker

Diners und Brumliks Weltweisheiten

34

RAF-Gefangene

Weiterhin normale Sonderbehandlung

38

Revolutionäre Zellen

über Moral und Politik

41

Literatur

Charms; Céline

47

Rassismus

und Bevölkerungspolitik

51



Der Alzheimer Bote: Klamauk im Hause Gauck

Die Entstasifizierung als christliches Dramolett

Spätestens seit dem 9. November 1989 läßt die allmorgendliche Unratbewältigung resp. Zeitungslektüre nur den einen Schluß zu: So deutsch kommen wir nicht mehr zusammen. Aber dann geht es doch jeden Tag ein Stückchen weiter. Im August 1991 etwa jault unsere herrliche, demokratiegestählte *Presselandschaft*, die sich bequem in einem einzigen Blatt, dem *Alzheimer Boten*, zusammenfassen ließe, über ein Pütschlein gegen den Billigwodka Gorbatschow und die, so wörtlich, „Gleichschaltung der sowjetischen Medien“ – unisono und identisch bis in die Kommafehler, versteht sich. Dasselbe Schauspiel kann man wenige Monate später bei der Ernennung von Michail G. zum „Ehrendutschen“ betrachten, eine Auszeichnung zum Dank für geleistete Dienste als nützlicher Idiot; die US-amerikanische Variante dieses Hohngelächters bzw. Fußtritts heißt, nebenbei, „Man of the Year“. Richtig Pluralismus ist erst, wenn alle freiwillig dasselbe sagen, und zwar genau das, was ihnen aufgetragen wurde, vorgetragen natürlich mit dem Gestus, man riskiere seinen Hals für diesen journalistischen Wagemut.

Besonders rührend werden die Damen und Herren Berufskriecher, wenn es ums Höchste, ums Vaterland geht. Als Endlosband wird die neue deutsche Nationalhymne eingelegt: „Non, je ne regrette rien“ in der „Bacardi Fee-

ling“Dance-Mix-Version, eine Mischung aus Gemütlichkeit, Lambada und Stehschritt, und die frisch umgeschriebenen Geschichtsbücher erscheinen als täglicher Versuchsballon und Vorabdruck im *Alzheimer Boten*. Ohne Haß kein Spaß: Die Auslieferung Erich Honeckers, er den Fehler begangen hat, weder Autobahnen gebaut noch ein paar Millionen Menschen umgebracht zu haben und eben deshalb bei seinen Landsleuten schlecht angesehen ist und nicht Bundespräsident werden kann, wird mit einer Hartnäckigkeit betrieben, die Massenmörder wie Eichmann oder Mengele niemals fürchten mußten.

Das Zauberwort beim Frisieren der historischen Bilanzen heißt Stasi bzw. „Schdohsi! Schdohsi!“, wie es aus den Mündern von Millionen Vorgartenzwergen erklingt, die sich entweder wechselseitig „Ach, ich armes Opfer, Schluchz!“Bescheinigungen ausstellen oder mit erigierten Fingern aufeinander zeigen, sehr zur wiehernden Freude der annekterenden Westdeutschen und ihrer Lohnschreiber vom *Alzheimer Boten*. Kein Blatt kann man aufschlagen, aus dem einem nicht der klerikale Bezeichnung- und Absolutionskunstthong entgegenrieff.

Klamauk im Hause Gauck heißt das Rührstück, nach nur einem Tag sind die Anträge auf Akteneinsicht vergriffen, und wer das Glück hat, eine (seine) Akte zu finden,

schwenkt sie und krakeelt und zetert, auf daß ihn auch ja jeder sehe. Topföde Existenzen versuchen, ihre schlappen Biographien mit dem Anstrich von Konspiration und Verfolgung aufzupeppen, ihnen nachträglich Sport-Spiel-Spannung einzuhauchen. „Aufarbeiten“ heißt das im Tranfunzeljargon – warum eigentlich nicht aufessen oder aufwischen oder, frei nach Faßbinder, „Angst arbeiten Camembert auf“? Jesusmäßig geht es zu, jeder schlechte Lyriker und jeder Falschparker wirft sich in die Brust: Wie er doch gegen das System war, und wie er hat bluten und büßen müssen dafür.

Den Fibel- und Bibelbildchen der sogenannten Opfer entsprechen die monströs aufgeblasenen der Täter: Tiere in Menschengestalt, lautlose Killer, eiskalte Apparatschiks – so hat man sie sich vorzustellen, die Mitarbeiter der Fa. Stasi, deren Opfer selbstverständlich wir alle, also ca. sechs Milliarden Erdbewohner, waren, zumindest potentiell.

Im Akt der Wiedervereinigung, von deren Wesen und Ästhetik man schon einen adäquaten Eindruck erhielt, als am 10. November 1989 die Siegermächte Brandt, Genscher, Kohl, Wohlrabe, Momper, Diepgen usw. das *Lied der Deutschen* in einer dem Inhalt der Schnulze sehr angemessenen Form stimmbruchreif daherkrächzten – Hanns Martin Schleyers Freicorpsgesichtszüge vermißte

man irgendwie –; im Gewaltakt der *deutschen Einigung* fällt den ehemaligen Stasi-Leuten die Rolle der Watschenmänner zu, bei denen jeder mal hinlangen, -spucken und -treten darf, wobei die Heftigkeit proportional zur persönlichen Feigheit steigt. Die Stasi wird zum globalen Entsorgungspark und Kotbeutel, zu dem Paar Schuhe, in das man günstigerweise alles hineinschieben kann.

„Ein Auschwitz der Seelen“ nennt Jürgen Fuchs im *Alzheimer Boten*, der in diesem Fall „Die Welt“ heißt, die ehemalige DDR, und niemand lacht oder schickt ihn dahin, wo er hingehört: in die Gummizelle. Betroffen wird mit dem Kopfe gewackelt und geheult wie beim Zwiebelschneiden, und all das nichtgeleitene Leid, all die nichtvorhandenen Narben – die wenigen Ausnahmen bestätigen die Regel – werden vorgezeigt wie Reliquien und medial für ganz ganz wahr begutachtet, weil: So preiswert und günstig, daß sie's ganz umsonst tun, sind Denunzianten sonst nicht zu haben, und die etwas prominenteren, weil des Schreibens unkundigen Figuren wie Lutz Rathenow, die ein bißchen Kleingeld und Ruhm einsackten dürfen, werden schon demnächst, ähnlich wie Herr Gorbatschow, aber weniger gut dotiert, nach Gebrauch und ohne Flaschenpfand zum Leergut gegeben. Nicht, daß mir dann das Herz brechen wird.

„In der DDR konnte sich jeder aussuchen, ob er Jude sein wollte oder nicht“, trötet Bärbel Bohley kokett, die etwa so malen kann wie Stephan Krawczyk singen, und kein Henryk M. Broder, der doch sonst seinen Meinist-die-Rache-Feudelbart in jede Talkshow hängt und „Alles Nazis außer Mutti!“ grollt, zieht die Bohley dafür am Ohrchen und zur Rechenschaft, weil man als deutscher Medien- und Berufslude eben zuallererst deutscher Antikommunist ist. Lieber schon sondert man demonstrative Empörung ab über einen Sascha Anderson, der durch das Biermannsche „Arschloch“ beinahe geadelt wurde; daß einer, der so entsetzlich grausame Gedichte schreibt wie Anderson, auch einmal etwas vergleichsweise Nützliches tun wollte und bei der Stasi anheuerte, ist weit weniger degoutant als das armrudernde, wehleidige und anbieternde Opfergetue der angeblich oder tatsächlich Ausgespählten und Bespitzelten.

Doch auch die Stasi ist nicht frei von Schuld: Wer eine geballte Harmlosigkeit wie Christa Wolf observiert, wer jedem Betbruder und Umweltheini qua Überwachung das Gefühl von Wichtigkeit gibt, darf sich über daraus resultierende spätere Popularität der Dissidenten nicht wundern, sondern muß laut und deutlich sagen. „Scheiße! Wir haben alles falsch gemacht.“

Wieviel Kitsch, wieviel schlechte Kunst – ich sage nochmals: Lutz Rathenow – wäre der Welt erspart geblieben, hätte sich die *Politbüro* genannte Seniorentuppe in den 80er Jahren nicht die Decke über den Kopf gezogen und sich solange totgestellt, bis sie tatsächlich tot war; hätte die Stasi souverän und lässig

gehandelt und nicht dieselbe Perfektion angestrebt wie die westdeutsche Konkurrenz vom Verfassungsschutz, der z.B. gleich 65 Agenten auf die Westberliner Alternative Liste ansetzte, obwohl für diese Ansammlung mehrheitlich staatsbejahender trüber Tassen eine halbe Planstelle reichlich bemessen gewesen wäre. (Ja, ja: Wenn das Wörtchen wenn nicht wär, dann wär mein Vater Millionär, bzw. es geht nicht ums Hinterherjammern, nur ums Richtigstellen.)

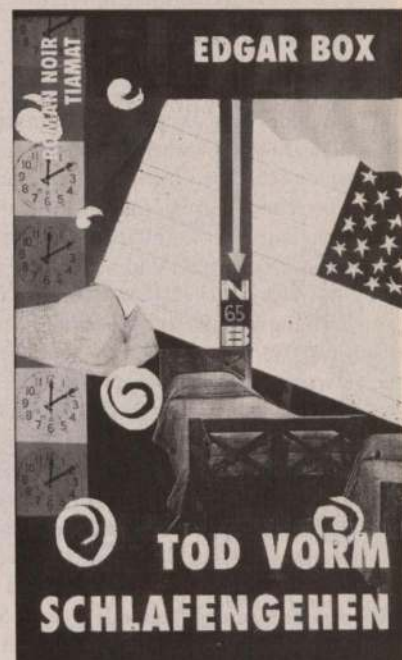
Im *Alzheimer Boten* aber wird die Stasi nicht mit Vergleichbarem wie dem Verfassungsschutz verglichen, sondern mit der *Gestapo*, die nach offizieller Lesart ein doch eher bedeutungsloser, ungefährlicher Haufen von Fehlgeleiteten war, nein, die Stasi ist als Top-Terrorbande des Jahrhunderts enttarnt, so will es der Glaube, der Berge (und eben auch Nazi-Leichenberge) versetzen kann.

Und so dürfen wir uns in den nächsten Jahren noch auf viele, viele spannende Enthüllungsgeschichten freuen, z.B. auf die, daß Mielke, Schalck & Co. westliche Musiker umbringen ließen, und das nur aus Rache für jahrzehntelanges Anhörenmüssen von Puhdys, Karat oder Udo Lindenberg. John Lennon, Marc Bolan, Jimi Hendrix, Janis Joplin, Jim Morrison, Chet Baker, Freddy Mercury und viele andere starben, der *Alzheimer Bote* wird es berichten und beweisen, durch ruchlose Stasi-Kreaturen, die so abgefeimt vorgingen, daß man sie beinahe, beinahe nicht erwischte hätte. Ein Beispiel für die beispiellose Heimtücke der DDR-Geheimdienstler: Dem Sex Pistols-Bassisten Sid Vicious, der in seiner Version von „My Way“ die westliche Lebensweise verherrlichte, vergiftete die Stasi sein Heroin.

Wiglaf Droste

„Der Alzheimer Bote: Klamauk im Hause Gauck“ erscheint im März in „Mein Kampf, dein Kampf“, gesammelte Polemiken von Wiglaf Droste in der Edition Nautilus, Hamburg.

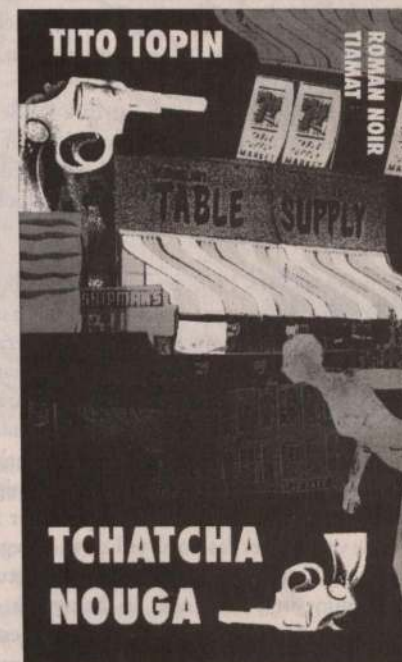
ROMAN NOIR



Mit Peter Sargeant, dem »dandyhaften, intelligenten Lebenskünstler, der ganz nebenbei lästige Morde aufklärt.«

Spiegel

192 Seiten, 18,-DM



»Hier ist ein Roman, der hellwach macht, pures Speed sozusagen. Vom ersten Satz an atmet man tief durch.«

Süddeutsche Zeitung

176 Seiten, 18,-DM



Edition
TIAMAT

Grimmstr. 26 – 1000 Berlin 61

Elixire des Teufels

Die Neue Linke und die Drogenpolitik

Es ist jedes Jahr das gleiche. Kaum ist der Neujahrskater vorbei, wird man mit neuen Zahlen (2026) aus irgendwelchen Statistiken überschüttet, dazu regelmäßig der Abgleich aus dem Vorjahr (knapp 1500), die Steigerung in Prozent (36) und neuerdings auch die Zahlen für die „FNL“ (2, auch hier steht die Angleichung auf Westniveau offensichtlich noch aus). Wenn dann das große Geschrei anfängt, war entweder die Rede von Asylbewerbern oder, wie hier, von Drogentoten in der BRD.

Diesmal tut sich Bayerns Justizstaatssekretär Alfred Sauter (CSU) mit der Forderung „Lebenslang für Dealer“ besonders hervor. Bundesinnenminister Seitzers will ausgerechnet mehr Therapieplätze und hofft, daß eine europäische Rauschgiftzentrale als erste Stufe einer EG-Polizeibehörde noch 1992 mit der Jagd beginnen werde. Hessens Generalstaatsanwalt Hans-Christoph Schaefer denkt dagegen über die Freigabe einzelner Drogen nach, denn er weiß: „Das geltende Betäubungsmittelrecht greift nicht mehr.“ (FR v. 17.1.1992) In einem Punkt ist man sich bei allen Differenzen jedenfalls einig: Es muß etwas geschehen! Also ist von einer Neuorientierung in der Drogenpolitik die Rede.

Die Polizei deutet dies auf ihre Weise: In Frankfurt wird derzeit die ohnehin eher unbedeutende Hasch-Szene von der Konstablerwache abgedrängt, nachdem zuvor wochen-

lang in den Tageszeitungen unter Rückgriff auf in der Regel rassistische Argumentationsmuster und bei deutlicher Überzeichnung der tatsächlichen betäubungsmittelrechtsrelevanten Vorkommnisse Stimmung gegen die Menschen gemacht wurde, die sich dort vornehmlich aufhielten. Den Auftakt zu den jüngsten Maßnahmen bildete eine Großrazia am 16. Dezember vergangenen Jahres, bei der immerhin 150 Polizisten über mehrere Stunden im Einsatz waren und die Festnahme von 34 Personen veranlaßten; bezeichnenderweise wurde auf die zu Anlässen dieser Art sonst übliche Bekanntgabe der beschlagnahmten Menge illegaler Drogen diesmal aber verzichtet. Wie vorab von der Polizei bereits einkalkuliert, hatte die Raza die Abwanderung der Hasch-Szene in Richtung Westen zur Folge, was gleichzeitig die räumliche Annäherung von Hasch- und Heroin-Szene mit sich bringt. Jetzt setzt die kluge Frankfurter Polizei offenbar auf scene-interne k.o.-Verfahren, was sich in der *Frankfurter Rundschau* vom 17. Januar 1992 folgendermaßen liest: „Im Polizeipräsidium wird befürchtet, daß sich die dort etablierten Drogenhändler (...) dies nicht so ohne weiteres gefallen lassen werden. ‚Noch gibt es keinen Machtkampf‘, sagt Hans-Jürgen Decher ahnungsvoll.“

Aber auch im europäischen Ausland läßt sich die Polizei nicht lumpen. In Zürich wurde am 13. Januar damit begonnen, die offene

Heroin-Szene am Platzspitz, wo bislang Handel und Konsum toleriert und immerhin die medizinische Betreuung inklusive kostenlosem Spritzenaustausch (bis zu 12000 Stück pro Tag) gewährleistet war, unter dem Einsatz von Tränengas und Gummischrot zu räumen.

In Zürich solidarisierten sich bei der Platzspitz-Räumung etwa 200 Personen mit den Junkies, die linke *Wochenzeitung Zürich* (WoZ) hatte die akzeptierende Drogenarbeit am Platzspitz mit parteilicher Berichterstattung seit langem unterstützt. – Für die Neue Linke in der BRD wäre es sicherlich ebenfalls von Bedeutung, ihre Position zu illegalen Drogen und deren KonsumentInnen anders zu bestimmen, als es gegenwärtig über die These vom Heroin als Aufstands- und Abwehrmittel oder bei der erbitterten Verteidigung der herkömmlichen Therapiekonzepte geschieht, wobei die beiden Positionen sich darin überschneiden, daß sie sich einen Dreck um das ansonsten so hoch gehaltene ‚Recht auf Selbstbestimmung‘ auch für Junkies scheeren. In diesem Zusammenhang schien der *diskus*-Redaktion der bereits 1982 im Jahrbuch für Lehrer 7¹ bei rororo (Reinbek) veröffentlichte Aufsatz von Christian Marzahn noch immer lesenswert, so daß wir uns zum Nachdruck einer leicht gekürzten Fassung entschieden.

Dagmar Ganßloser

Im September 1970 erschien im Konkret-Verlag ein Buch mit dem Titel: „Hasch und andere Trips“. Man werde sich, so der Herausgeber Neumann, „um objektive Informationen bemühen“ und die medizinischen, juristischen und gesellschaftlichen Probleme des Drogenkonsums darstellen. Das ist eigentlich das Übliche. Jedoch ist das Buch in einigen Punkten unüblich. Anhand empirischer Befunde versucht es das Vorurteil zu widerlegen, Haschischkonsumenten würden labil, sexuell enthemmt und kriminell. Es behandelt die positiven Wirkungen durch Drogen: gesteigerte Sinnlichkeit, Kontaktfähigkeit, Kreativität, Heiterkeit und Glücksempfinden, verschweigt aber nicht die Gefahren von Abhängigkeit und künstlicher Konfliktvertuschung. Es bietet eine Reihe anregender Rezepte zum Selbstermachen – von der Hasch-Suppe über Tee, Konfekt und Pudding bis hin zu „Nebukadnezars Traum“. Der weitaus interessanteste Beitrag des Bandes stammt von Peter Brückner und ist ein engagiertes Plädoyer für den Rausch, für die Macht der Imagination und gegen die Korruption und „Verregelung aller Sinne“ in der Warengesellschaft. Brückner differenziert zwischen dem „Rausch des

Protestes“ und dem „Rausch der Affirmation“. Während im letzteren sich die Borniertheit des bürgerlichen Bewußtseins „nur lallend bestätigt“, kommt ersteren durchaus die emanzipierende Bedeutung schöpferischer Regression zu. Brückner benennt hier auch in aller Deutlichkeit das Elend des Kriminalisierungszirkels: Verfolgung, Sektensbildung, Entpolitisierung, soziale Verelendung.

Gut ein Jahr später erschien der erste „Release-Report gegen die Sucht“ (Heuer, R. u.a., Helft Euch selbst). Release (zu deutsch: Befreiung) existierte als Selbsthilfe-Initiative ehemaliger Fixer nach nordamerikanischem Vorbild in Hamburg seit September 1970. Ende 1971 gab es zehn Release-Gruppen in der BRD. Das Bändchen ist eine Dokumentation eigener Aktivitäten und eine kritische Auseinandersetzung mit der öffentlichen Reaktion auf Drogenkonsum; es ist Reflexion und Appell. Die Position ist nicht eindeutig. Zum einen wird jener Gleichung, Sucht sei Flucht vor der Wirklichkeit, widersprochen; Rausch sei vielmehr ein „höherer Wachheitsgrad des Bewußtseins“. Nicht der Fixer, sondern die Gesellschaft bedürfe der Resozialisierung. Andererseits wird Release ausdrücklich über-

setzt mit: „Befreiung von der Sucht“. Der Appell lautet: „Sagt euch los von den Drogen. Für offene Augen ist sichtbar: Es war ein Irrweg.“

Auch diese Ambivalenz war offenbar nicht lange auszuhalten. Im März 1972 versammelten sich die linken Drogenarbeiter in Hamburg zu einem Anti-Drogen-Kongreß. Der Materialienband, in dem dieser Kongreß dokumentiert ist, trägt den Titel: „Sucht ist Flucht“. Und die Aufgabe des Kongresses wird gekennzeichnet als: der „Vermischung von Unvereinbarem – linker politischer Gesinnung und Drogenkonsum“ überzeugend entgegenzutreten. Jochen Steffen, einer der Begrüßungsredner, bekräftigte die neue Klarheit der Genossen: „Wer, wie ich, bei allen Gründen, die daran zweifeln lassen, nur Vernunft und Rationalität als Grundsätze und Mittel der Analyse und der Gestaltung der Gesellschaft anerkennen kann, der muß gegen Suchtmittel kämpfen“. Natürlich wurde der Zusammenhang von Drogenkonsum und Kapitalismus auch auf diesem Kongreß vielfach thematisiert, wurden repressive und kriminalisierende Strategien zurückgewiesen. Aber der einzige Beitrag, der sich ernsthaft auf die



Hors d'oeuvre: Brate sechs 5 cm lange Babybananen (von einem pueroricanischen Gemüsehändler - keine Chiquita) in ein wenig Butter zusammen mit sechs Scheiben durchwachsenem Speck. Mische einen Teelöffel pulverisierten Haschisch mit zwei Eßlöffeln braunem Zucker. Wickle jede gebackene Banane in eine Speckscheibe und serviere sie mit Haschisch-Zuckermischung. Es reicht für zwei.

Frage einläßt, wie die Linke ein angemessenes Verständnis von Lust entwickeln könne, gelangt auch nur zu der Enthüllung, daß bei Timothy Leary das wahre Sein im Bewußtsein bestehe. Er schließt mit den harten Worten: „Gefühle, die sehnüchtig kindlichen Befriedigungs- und Glückwünschen nachhängen, können nicht die Grundlage einer vernünftigen und rational ausweisbaren Politik sein.“

Der nächste Schritt ließ nicht lange auf sich warten: 1973 gab Release Heidelberg unter dem Titel „Krankheit und Institution“ eine Dokumentation der „Unterdrückung eines Versuchs zur Selbstorganisation“ heraus. Das Arbeitsprogramm von 1970 hatte die Leitsät-

ze der Release-Arbeit formuliert: Selbstorganisation für den Kampf um Emanzipation aus Abhängigkeit aller Art, Auflösung des Abhängigkeitsverhältnisses auch zur Droge, Transformation der selbstzerstörerischen Potentiale in selbsterhaltende und bewußte Wendung gegen die Ursachen. Die danach mitgeteilten Dokumente des Vorurteils, der Behinderung und Zerstörung dieses Versuchs sind in der Tat empörend.

Wirklich berührt hat mich aber etwas anderes in diesem Band. Es gibt da ein langes Tonbandprotokoll eines Gesprächs, das die Leute von der Release 1971 mit dem Heidelberger Oberbürgermeister Zundel und anderen Offiziellen geführt haben. Vorausgegangen war

der Tod eines ehemaligen Release-Mitglieds. In dem Gespräch geht es um die Konsequenzen, die aus diesem Todesfall und der gegenwärtigen Situation von Release zu ziehen seien. In der Dokumentation wird es abgedruckt unter der Überschrift: „Versuch der Zerschlagung des Release“. Und tatsächlich konnte der Arzt von Release einer Kündigung durch den Oberbürgermeister nur zuvorkommen, indem er selbst kündigte. Die Gründe dafür lagen in Kontakten mit dem Sozialistischen Patientenkollektiv an der Universität Heidelberg, das unter Terrorismusverdacht stand. Aber die Veränderung des Konzepts, der Übergang zur harten Therapie à la Synanon ging nicht vom Oberbürgermeister aus, son-

dern unheimlicherweise von eben jenem Arzt, der kurz darauf Release verlassen mußte, und von Ingo Warnke, einem ehemaligen Drogenabhängigen. Prinzipielle Drogenfreiheit im Haus, Rausschmiß bei Verstoß, Generalmißtrauen als Arbeitsgrundlage, Kontrollmechanismen, zweijährige Verweildauer, der Übergang von einem Konzept für Jedermann/-frau zu einem für wenige Motivierte — alle diese Auflagen gingen nicht von der Bürokratie aus. Im Gegenteil. Der Oberbürgermeister ist von dieser Wendung so verduzt, daß er immer wieder fragt: „Und was machen wir mit all den anderen?“ (...) „Darf ich jetzt in die gleiche Runde fragen, was machen wir mit all den anderen?“ Die Unvereinbarkeitsfeststellung des Anti-Drogen-Kongresses hatte nun auch Eingang in die Therapie gefunden. Vorsitzender von Release wurde für eine Übergangszeit Ingo Warnke, bis er später nach Berlin ging und dort „Synanon“ begründete. Vertreter des alten Konzepts zogen die Konsequenz und traten aus. Einer von ihnen schrieb, der Hauptgrund für das Scheitern des Release-Konzepts sei gewesen, daß „diese Gesellschaft, der wir entgehen wollten, dennoch immer dageblieben ist (...) Denn diese Gesellschaft kam durch Hintertüren immer wieder in unser Release herein“.

Innerhalb von drei Jahren hatte sich dieser Umschlag vollzogen. In dieser Zeit wurden die Weichen der weiteren Drogenpolitik gestellt. Realität, Vernunft und Rationalität hatten ihre Positionen zurückerobert — und die Hintertüren, durch die sie kamen, waren nicht nur Repression, Zwang und Gewalt, der wir weichen mußten. Dem geheimen Einverständnis zwischen der Linken und der bürgerlichen Gesellschaft im Zeichen der Rationalität müssen wir weiter nachspüren. Sonst mögen wir.

Wohin diese Weichenstellung geführt hat, will ich nur kurz andeuten und mich dabei auf drei exemplarische Positionen zur Drogenfrage beschränken.

Die Welt soll anders werden als sie ist. Das ist nach Erich Wulf (Argument 120, 1980) der Grundimpuls des Drogengebrauchs. Woher aber kommt er? Nach Wulf ermöglichte auch noch der Kapitalismus den Menschen eine progressive, das heißt nicht stagnierende Welt- und Wirklichkeitserfahrung, wenigstens bisher. Zunehmend jedoch bleibt insbesondere der Jugend diese Perspektive versperrt. An die Stelle einer progressiven setzt sie daher eine regressive Wirklichkeitserfahrung: Drogen. Einen Ausweg sieht Wulf in der bereichernden Erfahrung und Perspektive, die die Beteiligung am gesellschaftlichen Befreiungskampf vermitteln kann. Auch bei Wulf bleibt Drogenkonsum Flucht, wenn auch Flucht aus einer beschädigten Wirklichkeit. Auch für ihn ist Drogenkonsum nur der Verlust einer wirklichkeitsgerechten Identität, nicht auch Zugewinn. Auch für ihn besteht der Ausweg in einem Appell, der zwar nicht nur

Anpassung ist, in den Bedingungen seiner Realisierung aber heute unklarer scheint denn ja.

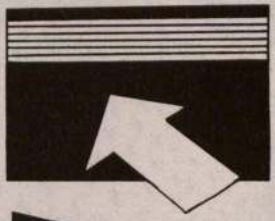
Viel einfacher liegen die Dinge für Peter Jacobs. (Auf dem Regenbogen reitet der Tod, Berlin 1980) Auch er sieht die Drogenkonsumenten als Opfer des Kapitalismus in der Krise, als Objekte verfilzter profitgieriger und politischer Interessen. Da er besonders diese anklagen will, kommen ihm die schlimmen Folgen des Drogengebrauchs gerade recht — als Folge des Stoffs, nicht seiner gesellschaftlichen Verfolgung. Überhaupt ist das Buch ganz aus der Kontrollperspektive geschrieben; viele Maßnahmen gelten ihm als zu schlaff, die Folgen einer Entkriminalisierung wären „unabsehbar“. Es könnte aus einer unserer eigenen Ordnungsinstanzen stammen, wäre darin nicht so viel die Rede von Kapitalismus und CIA. Des Rätsels Lösung: es stammt aus der DDR. Woraus sich ebenfalls erklärt, daß die Drogen bisher vom Westen nur bis nach Wien gelangt seien, nicht aber hinein in den real existierenden Sozialismus — offenbar wie einstmal die Türken an Wien gescheitert sind und so das christliche Abendland gerettet wurde.

Die in der Praxis weitaus wichtigste und verbreitetste Position ist der Therapieoptimismus, wie ihn etwa Wolfgang Heckmann vertritt (Praxis der Drogentherapie, Weinheim 1982). Er wendet sich gegen einen Therapiepessimismus, der zu Unrecht glaube, mit Drogensüchtigen könne man ohnehin nichts mehr machen, und der nach aller Erfahrung ebenso unangebracht wie schädlich sei. Tatsächlich könne die Drogentherapie nach ersten tastenden Anfängen heute auf stattliche Erfolge zurückschauen, hinter denen sie sich nicht zu verstecken brauche. Zwar sei noch allerhand zu verbessern und vor allem auszubauen, aber im Prinzip sei man auf dem rechten Weg. Insbesondere abzulehnen seien alle kurzschlüssigen Patentlösungen wie etwa die Kasernierung der Abhängigen, die Ausgabe von Ersatzdrogen wie Methadon oder die Legalisierung aller Drogen. — Über die Erfolge der Drogentherapie läßt sich trefflich streiten, und es wird heftig gestritten, obgleich (oder weil) es keinerlei verlässliche Evaluation gibt und schon ein Blick auf das Verhältnis von geschätzten Fixern (50.000), Therapieplätzen (1.800) und hoher Abbruchquote (50 % und mehr) eher zu Bescheidenheit anhält. Schwerwiegender als diese Selbstbelobigung scheint mir die Verkürzung der Problemsicht. Die Ursachen, Zusammenhänge, die historisch-gesellschaftliche Bedeutung des Drogenkonsums steht nicht mehr zur Diskussion. Da ist ein „Problem“, woher auch immer, und dieses Problem muß und kann bearbeitet werden, von Spezialisten, in besonderen Einrichtungen, möglichst effektiv im Sinne der Vorgaben. Der Ausbau des Apparats, mit dem dieses Ziel erreicht werden soll, das Wachstum des Etats, die Spezialisierung der Professionellen gelten als Indikatoren einer positiven Entwicklung. Ist das denn mehr als fortschritts-

gläubige, technologisch-funktionalistische Vernunft?

Ein merkwürdiger Widerspruch bietet sich dar. Soweit die Drogenfrage noch gesellschaftstheoretisch betrachtet wird, erscheint der Abhängige auch heute noch als Opfer einer von Widersprüchen zerrissenen Gesellschaft mit zweifelhafter Perspektive. Hierin unterscheidet sich die linke Betrachtungsweise nach wie vor von der bürgerlichen, die von gesellschaftlichen Bedingungen nichts wissen will und in altbewährter Weise dem Individuum nicht nur die Folgen, sondern auch noch die Schuld für sein Scheitern aufbürdet. Aber wo es an die Praxis geht, verschwinden die Unterschiede. Es ist bei beiden das unangepaßte, defiziente Individuum, worauf sich diese Praxis richtet. Und „Nach-Sozialisation“ als Inhalt dieser Praxis bleibt nicht nur von der Wortbildung her in der Nähe von Nachsitzen und ähnlich freundlichen Hilfestellungen. „Es gibt auch einen allzu großen Fortschritt von der Utopie zur Wissenschaft; — wenn diese nämlich den Traum nach vorwärts verliert.“ (Bloch 1965)

Seit alters gilt der Rausch als die äußerste Form des ungezügelter und unmoralischen Lebens, steht er im Umfeld von Verbrechen, Krankheit und Tod. Ganz besonders gilt dies für die Entstehung und Entwicklung



UNI-BUCH
der linke
Buchladen

Jügelstraße 1
Neben dem KOZ
6000 Frankfurt
Tel.: 069/77 50 82

der bürgerlich-industriellen Gesellschaft und ihrer auf Leistung und Berechenbarkeit gerichteten Moral. Kein Wunder, daß die herrschenden Klassen und Eliten allezeit darauf bedacht waren, das Unberechenbare des Rauschs in Grenzen zu halten. Weniger leicht verständlich ist, wann und warum die unteren Volksklassen sich in solche Ordnungskampagnen haben einspannen lassen, ja selbst zu ihrem Träger wurden.

Nur sehr vereinzelt ist bisher die Arbeiterbewegung unter diesem Gesichtspunkt betrachtet worden. In ihren Reihen galt der Engelsche Topos, der Alkoholgenuß der Arbeiter ergebe sich notwendigerweise aus ihren Arbeits- und Lebensbedingungen. Uneinig war man sich in der Antwort darauf. Die einen meinten, mit dem Kapitalismus werde auch der Arbeiteralkoholismus verschwinden; die anderen wollten dem „Saufteufel“ schon jetzt zu Leibe rücken. Seit Ende des 19. Jahrhunderts gab es starke Bemühungen, einen proletarische Abstinenzbewegung in Gang zu bringen. 1903 entstand der „Deutsche Arbeiter-Abstinenten-Bund“. 1930 meinte Otto Rühle (in seiner „Illustrierte(n) Sittengeschichte des Proletariats“), die SPD habe in dieser Frage versagt. Auf mehreren Parteitage waren Abstinenten-Anträge nicht durchgedrungen und insgesamt habe sie sich des Alkoholproblems zu wenig angenommen.

Auch gegenüber dem Umfeld von Alkohol und Rausch gab es in der Arbeiterbewegung eher skeptische Ablehnung. Diethart Kerbs (Die hedonistische Linke, Wien 1974) und Gert Mattenklott (Argument 123, 1980) haben dies für den Hedonismus und die linke Romantik gezeigt. Beides galt als uneindeutig, weltfremd, phantastisch, realitätsuntüchtig. Schimpfworte. Und doch gibt es eine linke hedonistisch-romantische Tradition, die von den Frühsozialisten über den Anarchismus bis zur Neuen Linken reicht. Das Verhältnis der Arbeiterbewegung zu dieser Tradition kennzeichnet Mattenklott mit der Formel: „Erdrosseln oder Einverleiben, jedenfalls Beherrschen.“

Es scheint, als wirke dieses Verhältnis weiter. Die antiautoritäre Studentenbewegung, auf die Tradition der Arbeiterbewegung und auf die kulturevolutionäre und subkulturelle Vorwegnahme einer sozialistischen Gesellschaft gerichtet, konnte dem Rausch und dem Drogengebrauch noch eine positive und hoffnungsgeladene historisch-gesellschaftliche Bedeutung zuschreiben. Mit dem Aufkommen des Zirkel- und Kaderunwesens, der Redogmatisierung linker Positionen, der Liquidierung der Studentenbewegung als „kleinbürgerlichem Sumpf“ verschwand auch diese offene Haltung. Zusammen mit den Unsicherheiten und Schwierigkeiten der frühen Drogen-Selbsthilfe, zusammen auch mit dem Erfolgsdruck und der zunehmenden Verschärfung der Verfolgung, verschob sich die Offenheit zu immer konsequenterer Ablehnung.

Mit aller Deutlichkeit möchte ich es sagen: Keinen Praktiker, der sich über Jahre in der Drogenarbeit abgemüht hat, soll hier eine besserwisserische Watschen verabreicht werden, denn eine Dolchstoß-Legende hätte selbst nur die Funktion einer Denkblockade. Es ist aber der Eindruck nur schwer zu verwischen, die Linke, die linken Pädagogen und Therapeuten, also wir hätten uns an der gesellschaftlichen Ausgrenzung des Drogenproblems nicht tatkräftig beteiligt. Wir haben dies gegen unseren Anspruch getan, vielleicht auch vielfach gegen unseren Willen. Wir selbst haben die Trennung von Politik und Underground aktiv betrieben. Wir haben die Reindividualisierung des Drogengebrauchs befördert, in dem sich die Praxis zunehmend auf die Reparatur als defekt gekennzeichnete Individuen verlagerte. Wir haben uns an der Einrichtung besonderer Institutionen und professioneller Stäbe für die Defekten beteiligt und damit der Entmündigung der Betroffenen Vorschub geleistet. Und wir haben unseren eigenen Drogenkonsum den Erfordernissen angepaßt, sind zu Abstinenzlern geworden oder zu heimlichen Konsumenten, freudlos, privat, isoliert, mit schlechtem Gewissen womöglich. Der Rest ist wieder Sehnsucht.

Aber warum dies alles? Woher das Zurück-sinken? Zweierlei scheint mir bedeutsam. Linke Studenten der Psychologie und der Sozialpädagogik, die sich gegen das repressive Bündnis von Psychiatrie und Strafrecht wandten, die sich als aktiver Teil der Studentenbewegung verstanden und die etwas Praktisches und Nützliches tun wollten, sie und andere Vertreter der helfenden Berufe waren die Initiatoren im Prozeß der Institutionalisierung der Drogenarbeit. Ihre Motive waren gewiß ehrenwert, aber sie hatten auch ein eigenes Interesse. Viele von ihnen schufen sich auf diese Weise ihren späteren Arbeitsplatz, in der Praxis wie auch im Wissenschaftsbetrieb. Und mit der Institutionalisierung kamen die Loyalitätsverpflichtungen, und mit den Loyalitäten kam der eingeschränkte Blick.

Zum anderen sehe ich das Dilemma von Nah- und Fernziel: Um die bürgerliche Gesellschaft zu überwinden, ja um sich mit ihr auseinanderzusetzen zu können, hat die Linke immer wieder enorme Anleihen bei den Prinzipien eben dieser Gesellschaft gemacht und sie noch überhöht: ein höheres Maß an Rationalität und Planung sollte die Bürger ausstehen, mehr Bereitschaft zu Leistung, Engagement und Verzicht. Das bürgerliche Muster des Bedürfnisaufschubs hat sie geradezu zum Ideal des erfüllten Politlebens erhoben. Und die Angst vor der Ich-Auflösung des Subjekts ist vielleicht nirgendwo so groß wie gerade in der Linken. So haben wir uns in der Meinung, diese Anleihen und Übernahmen seien listig und subversiv, in Wahrheit fangen lassen; schlimmer noch: wir sind selbst zu nachsichtigen Vertretern dieser harten Bürgertugenden geworden.

Die Frage nach den praktischen Konsequenzen solcher Überlegungen bereitet Unbehagen. Beugen wir uns da nicht schon wieder dem Verwertungsdruck? Gehen wir nicht sogleich in neue Fallen? Aber auch umgekehrt: Wozu denn solche Selbstreflexion, wenn sie uns bei unserer Suchbewegung nicht auch Orientierungspunkte gibt?

Mir scheint, es ergeben sich solche Orientierungspunkte für die Drogenpolitik auf zwei Ebenen. Zum einen werde ich noch skeptischer gegenüber einer auf Abwehr und Verfolgung gegründeten Drogenpolitik. Ihre innere Inkonsistenz, ihre geringe faktische Reichweite, ihre Tendenz zur Hospitalisierung, ihr Kriminalisierungsgrundsatz, der noch die Therapie einholt und zur Strafe werden läßt — dies alles erweist die offizielle Drogenpolitik als eine Strategie, die soziale Konflikte nicht löst, sondern ausgrenzt, und die einen öffentlich-politischen Dialog der Bürger über gesellschaftliche Ziele, Werte und Normen nicht nur nicht herbeiführt, sondern verhindert. Auf diesem Weg fortzuschreiten, wird die Sache nicht besser, sondern schlechter machen. Gerade an dieses Tabu der Abwehr und Ausgrenzung, das ist die zweite Ebene, müssen wir uns also heranwagen, wenn es um Alternativen zu der bisherigen Drogenpolitik gehen soll. Manfred Josuttis hat in seinen „Unbeholfenen Überlegungen...“ (in: Völger u.a., Rausch und Realität, Bd. II, 1981) eine solche Alternative skizziert. Sie besteht darin, den Umgang mit Drogen nicht aus der Gesellschaft herauszudrängen, sondern ihn gesellschaftlich wieder zu reintegrieren. Das bedeutet, soziale Verständigung zu ermöglichen über Lebensziele und Lebensformen. Das bedeutet auch, soziale Orte und Situationen zu schaffen, an denen Drogengebrauch gewissermaßen gefahrlos möglich ist, das heißt frei von den heutigen Markt- und Verfolgungsgefahren und eingebunden in stützende Rituale und Gebräuche. Das ist auch eine andere Perspektive als die bloße Liberalisierung und Freigabeforderung, die ja sogleich dieselbe schrankenlose Vermarktung zur Folge hätte, wie wir sie heute bei den legalen Drogen Tabak, Alkohol und Tabletten beobachten. Eine solche Wiederaneignung kompetenten Drogengebrauchs könnte wohl kaum auf dem Verordnungswege eingeleitet, sondern müßte von unten aufgebaut werden. Produktion und Konsumtion der Drogen müßten wieder in eigene Regie genommen werden; (...)

Christian Marzahn

Privatdetektiv Kemal Kayankaya

Arjounis Romanfigur in einem Film von Doris Dörrie

Jakob Arjouni hat bislang drei Kriminalromane veröffentlicht. Der Held seiner Krimis heißt Kemal Kayankaya. Der schlägt und säuft sich als Privatdetektiv durch Frankfurts Schattenwelt, im Auftrag wenig notabler Leute, die zumeist in wirtschaftlichen Grauzonen tätig sind und unter der Fuchtel von kleinen Gangsterbossen und korrupten Polizisten ein bürgerlich-rechtloses Dasein führen. Bei seinen Ermittlungen räumt er Pittbulls samt deren zweibeinigen Kopien aus dem Weg, und wenn er nicht wüßte, was ein Bulle ist, bräuchte er erst gar keine Ermittlungen anzustellen. Kayankaya lebt von den Aufträgen, die seine Kollegen mit landesüblichen Namen lieber nicht bearbeiten wollen.

In Arjounis Krimis ist der Detektiv ein Alltagsheld, eine Person, die eher gewöhnlich und erreichbar ist. Er hat keine reichen Eltern und keinen außergewöhnlichen Habitus, ist kein unschlagbarer Muskelprotz und kein unwiderstehlicher Herzensbrecher. Von den ba-

nalen Figuren der Frankfurter Umgebung hebt ihn seine Mischung aus nüchterner Klugheit und hemmungslosem Abenteuerertum ab, daß er sich, Freunde und Gegner sehr direkt und ernst nimmt. Kayankaya beherrscht die Umgangssprache und spielt mit vollem Einsatz, gerade wenn es „um nichts“ geht. In Arjounis „Happy Birthday Türke“ verdrischt der körperlich hoffnungslos unterlegene Detektiv drei nadelgestreifte Kleiderschränke. „Das Nasenbein knackte trocken“, weil die Typen einfach zu stark und fies waren, weiter keine Gründe. Andersherum kann es ihm ähnlich ergehen, und manchmal verläßt ihn auch sein trockener Witz.

Kayankaya ist der desillusionierte Detektiv, sarkastisch, alkoholisiert und interessiert, jene Sorte, die an wenig glaubt, alleine geht, steht und fällt, sich niemals kaufen läßt. „Er hat etwas“, stellte Klaus Bittermann richtig fest, „vom destruktiven Charakter an sich, von dem Benjamin schreibt, er ‚lebt nicht aus

dem Gefühl, daß das Leben lebenswert sei, sondern daß der Selbstmord nicht lohnt“.

Soweit wäre Arjounis Held bereits als die klassische Figur des Außenseiter-Privatdetektivs eingeführt, fehlt noch Teil zwei seiner Grundausstattung: Name, Herkunft, Aufenthaltsland.

Kayankaya ist in der Türkei lediglich geboren, in der Bundesrepublik aber aufgewachsen. Mutter starb bei der Geburt, Vater „ging nach Frankfurt und arbeitete drei Jahre bei der städtischen Müllabfuhr, bis ihn ein Postauto überfuhr.“ Kayankaya wächst bei deutschen Adoptiveltern auf, einsprachig, und erhält einen bundesdeutschen Paß. Mit 17 forscht er einmal nach Verwandten in der Türkei, läßt dies aber schnell wieder bleiben. Für Arjounis Kayankaya ist der „back to the roots“-Faden damit zerschnitten. Er nimmt ihn nie wieder auf und hat ihn in knappen 15 Sätzen der Einleitung zu „Happy Birthday Türke“ erledigt.



Auch in Frankfurt gab es „Tanz gegen Haß“, und Techno-Disco-Buben wie auf unserem Foto präsentierten sich entsprechend fürs Illustrierten-Publikum. Dazu ein kurzer Kommentar aus der Januarausgabe der Musikzeitung *Spex*: „Leser gegen Fremdenhaß“, „Prominente helfen Ausländern“, „Ausländer bringen Farbe in den grauen Alltag“ – Was *Tempo*, *Wiener* und fast alle Stadtzeitschriften an Boutiquenbesitzer-Kryptorassismus verzapfen, ging fast nicht auf die gesammelten Kopfhäute der offenen Rassisten. Während Pöbel und Landbevölkerung zelebrieren, endlich wieder Deutsche sein zu dürfen, bangt das Metropolentrotteltum um seine Schmuckemigranten, um seine Benetton-Colors, die es ab und an braucht wie ab und an Tapetenwechsel. Natürlich ist das Leben als Hofnarr immer noch besser als gleich aufs Rad gespannt zu werden – diejenigen, die einem zu dem einen oder anderen verurteilen, unterscheiden sich nur, aber nur durch ihr Einkommen.

Privatdetektiv Kayankaya verbindet mit der Türkei nichts, außer der Name und eine bundesrepublikanische Gesellschaft, die ihn permanent daran erinnert, wo er ihrer Meinung nach herkommt und auch hingehört. Arjouni setzt die Mittel von Einfühlung und Ablehnung geschickt ein. Leser, die sich mit dem Helden identifizieren wollen, und darauf zielt Arjounis Schreibstrategie, müssen schlucken, daß Leute, deren Differenzdenken sich an sekundären, körperlichen oder kulturellen Merkmalen festmacht, nur rassistischen Blödsinn aussondern.

Im Roman riskieren sie, von Kayankaya eins auf die Schnauze zu kriegen, oder werden kurz als Idioten vorgeführt:

„Ich trank mein Bier ... bis ich bemerkte, daß mich der dritte im Jägermeister-Verein anglotzte. Er gab seinem Herzen einen Stoß: „Babbelst en gudes Deutsch. Biste net vom Balgan?“

Seine Hand deutete hinter sich, wo der Balgan liegen sollte.

„Ei naa, Bubsche, isch war zwaa Woche uff Majjorga.“

„Ah, soo.“ Pause. „Isses schee dort unne?“

„Schee isses scho, blos aach gefällisch, wesse de Indianer.“

„Ah, soo.“ Er überlegte. „Habbe Se sich da verschdändische könne?“

„Klar, isch habb gedrommelt“, antwortete ich ihm, trank das Bier aus und ging ...“

Für Arjouni ist Kayankaya lediglich das Medium, das die bundesrepublikanische Gesellschaft zum Sprechen bringt. Der Dürftigkeit des rassistischen Geklappers begegnet er mit Ironie oder Härte. Er weiß, daß Rassisten nicht mit Aufklärungsfloskeln beizukommen ist, und aus diesem Wissen zieht er einen Teil seines Selbstbewußtseins und seiner Kompromißlosigkeit. Der Outsider läßt sich in seinem Selbstbild nicht so ohne weiteres verunsichern (schon gar nicht fängt er wie der spätere Film-Kayankaya wehmütig im deutsch-türkischen Wörterbuch zu blättern an). Die Probleme, die seine verspeckte Umwelt mit ihm hat, sind nicht die seinen, er läßt sich nicht in den rassistischen Diskurs verweben, qua Abstammungs-, Kultur- oder Nationengefasel. Seine Kriterien sind soziale und damit basta.

Der Regisseurin Doris Dörrie ging die Dekulturalisierungs- und De-Nationalisierungsstrategie der Vorlage von Jakob Arjouni entschieden zu weit. In ihrem Film „Happy Birthday Türke!“ hat sie Kayankaya eingetrückt und im Gegensatz seine Umgebung überdeutscht. Es wäre albern, eine Übereinstimmung von Roman- und Filmhandlung einzuklagen. Es sind zwei unterschiedliche Produkte und als solche auch zu betrachten. Interessant ist jedoch, was Dörrie aus Arjounis Privatdetektiv macht.

Aus Kemal Kayankaya ist ein smarter und angescenerter Tölpel geworden, ein nervöses Etwas, das den Kopf nicht mehr selbst aus der Schlinge ziehen kann. Er muß sich das Bein

und dabei gleich das Kinn aufschlagen lassen.

Armer kleiner Türken-Kayankaya darf beim Autofahren keinen Hip-Hop, keinen Rock, keine Klassik hören. Er muß sich, na an was wohl für Klängen, erfreuen. Und innerlich zerrissen muß er sein, nicht nur die ihn Umgebenden wissen nicht mehr, wer er ist und wo er hingehört, sondern er kriegt das deutsche „Identitätstrauma“ gleich selbst in Hirn und Herz gegossen.

In seine türkische Auftraggeberin muß sich der Privatdetektiv diesmal gleich ein wenig verlieben. Natürlich wie der verstoßene Sohn in seine Mutter. Ein blaues Tuch geistert durch den Film, erst hat es die Auftraggeberin auf den Kopf, dann der Detektiv in der Jackentasche, dann ist es die Kopfbedeckung der Frau auf dem Erinnerungsbild und schließlich nach türkisch-züchtigem Beischlaf darf er das blaue Tuch behalten. Sieht Kayankaya türkische Kinder überfällt ihn die Sehnsucht, soviel Blutsverwandtschaft läßt sich eben nicht verdrängen. Und natürlich gewinnt der Privatschnüffler die Familie seiner Auftraggeberin lieb, die putzigen Kinder, die düster-undurchschaubare orientalische Großmutter, und in der Schlussszene kommt es zur Verbrüderung mit dem Juniortyrann, dem Bruder der Auftraggeberin. Der ist zwar ein patriarchaler Spießler und hat aus niedrigen Motiven einen Mord begangen, aber, wie gesagt, der Film-Kayankaya hat dafür Verständnis. Mag der Detektiv doch seine Auftraggeberin und hatte der Mörder die Ehre der Familie im Sinn, eine unter Türken verständliche Sache.

Von Doris Dörrie durch die Multikulturindustrie gedreht, kann Privatdetektiv Kemal Kayankaya als antirassistische Hans-Wurstigkeit in Blaufilter-Pelle abgegangen werden. Arjounis Kayankaya scherte sich noch einen Dreck um kulturelle oder nationale Sentimentalität. Er läßt den Mörder laufen, weil er ihm keine weitere Tat zutraut und nicht wegen „türkischer“ Gefühle: „Und wissen Sie, weshalb ich Sie nicht zur Polizei bringe ... Weil Sie damit ein Leben lang zu kämpfen haben. Es ist kein gutes Gefühl ein Mörder zu sein, um so mehr, wenn der Mord sinnlos war ... Machen Sie es gut Herr Ergün. Schöne Tage in Istanbul.“

Dörries zäh vor sich hin ächzender Bilderbogen ist voller Versimpelungen und platten Überzeichnungen. Das Publikum wird mit jenen Klischees beliefert, die es ohnehin schon intus hat. Hinzu gesellt sich ästhetische Einfallslosigkeit und technischer Dilletantismus, vergleichbar den Tatort-Abgeschmacktheiten. Jederzeit könnte der bei seinem letzten Tatort-Einsatz an einem Drachenflieger hängende Schnauzbart um die Ecke segeln, „Ein schöner Tag“ und „Mit freundlichen Diebels“ auf den Lippen, um Dörries Frankfurter Ruhrpott-Romantik als wahrhaftige Currywurst den Rest zu geben.

Andreas Fanizadeh

KLEINE BÜCHEREI FÜR HAND & KOPF

»Von Rongwong bis Readymade«



Kurt Schwitters: FRANZ MÜLLERS DRAHT-FRÜHLING. Groteske Prosa. Bücherei 31

René Magritte: DIES IST KEIN BUCH. Polemik, Malerei und anderes. Bücherei 27

GETEILTE NÄCHTE. Erotiken des Surrealismus. Bilder und Texte. Bücherei 28

DADA NEW YORK. Von Rongwong bis Readymade. Prosa, Bilder, Lyrik. Bücherei 29

Gruppe Spur: EIN KULTURELLER PUTSCH. Manifeste und Provokationen. Bücherei 30

Johannes Baader: TRINKEN SIE DIE MILCH DER MILCHSTRASSE. Dadaesk. Bücherei 25

DER GROSSE SCHLAF UND SEINE KUNDEN. Situationistische Texte z. Kunst. Bücherei 26

Francis Picabia: KÖSTLICHE UNGEHEUER. Aphorismen und Manifeste. Bücherei 23

Hausmann: GEIST IM HANDUMDREHEN. Einführung in die Dadasophie. Bücherei 24

Asger Jorn: HERINGE IN ACRYL. Heftige Gedanken zu Malerei und Kritik. Bücherei 17

Russische Futuristen: EINE OHRFEIGE DEM ÖFFENTLICHEN GESCHMACK. Bücherei 18

Huelsenbeck / Tzara: DADA SIEGT! Bilanz & Erinnerung. Zwei Texte. Bücherei 7

Kurt Schwitters: KUWITTER. Grotesken, Szenen, Banalitäten und mehr. Bücherei 13

DADA PARIS. Manifeste, Aktionen, Turbulenzen. Texte und Bilder. Bücherei 21

Francis Picabia: APHORISMEN. Kopfsprünge und dadaistisches Gelächter. Bücherei 3

Sean McGuffin: DER KNIESCHUSSCLUB. Vier Stories aus Nordirland. Bücherei 14

Alfred Jarry: SPEKULATIONEN. Prosaische Blasphemie. Artikel. Bücherei 20

Bernhard Lassahn: DER BONSAI WILL DAS 22 klärende Minis zum Zeitgeist. Bücherei 22

Bisher erschienen 31 Bände.
Farbenfrohe Broschur, illustriert, 64 Seiten,
jew. 12.- DM. In jeder gutsortierten
Buchhandlung vorrätig!

Nautilus

Hassestraße 22. W-2050 Hamburg 80

Alptraum-Szenario

Zwei Leute aus der Hamburger »Roten Flora« sollen in den Knast



Der Sommersonntagsspaziergang endet, man will gerade nach Hause zurückfahren, mit den Worten: „Sie sind verhaftet!“ – die vorgeworfene, aberwitzige Tat: „Sie haben versucht, einen Personenzug zum Entgleisen zu bringen.“ Indizien gibt es keine – aber die Aussagen von Polizisten, die behaupten, dich genau beobachtet zu haben: bei etwas, was du nicht nur nicht gemacht hast, sondern auch noch falsch und furchtbar findest.

Für Ralf G. und Knud A. ist das kein Alptraum, sondern bittere Realität: Die beiden Hamburger, die zu den Rote Flora-AktivistInnen gehören, wurden am 29. Juli letzten Jahres, wenige Tage nach der gewaltsamen Räumung des Flora-Parks durch die Polizei, in Pinneberg auf einem abgelegenen Parkplatz von vier Hamburger LKA-Beamten festgenommen. Seitdem sitzen sie in Itzehoe in Untersuchungshaft – am 27. Januar wird ihnen vor der 5. Strafkammer des Landgerichts Itzehoe der Prozeß gemacht. Die Zeichen stehen schlecht. Die Anklage lautet auf „gemeinschaftlicher Mordversuch mit gemeingefährlichen Mitteln“ und „versuchter gefährlicher

Eingriff in den Schienenverkehr“ – das Strafmaß dafür reicht von drei Jahren bis zu lebenslänglich. Vorsitzender Richter der Kammer ist der berüchtigte Jurist Manfred Selbmann, der 1981 in seinem Urteil gegen die Brokdorf-Demonstranten Markus Mohr und Michael Duffke weit über das Strafmaß der Staatsanwaltschaft hinausging. „Bürgerkriegsjustiz“ bescheinigten, ihm damals die Zeit – der Bundesgerichtshof kassierte den Schuldspruch und verwies wegen befürchteter Parteilichkeit des Richters Selbmann das Verfahren an das Oberlandesgericht Kiel weiter.

Dabei brauchten sich Ralf G. und Knud A. eigentlich keine Sorgen zu machen: Die Anklage stützt sich strenggenommen auf – nichts. Am 29. Juli ist auf der Strecke Hamburg-Kiel kein Personenzug entgleist. Der Lokführer des Eilzuges 3562, der um 17:38 Uhr eine auf den Gleisen liegende Betonplatte überfahren hat, hat „keine Unstimmigkeiten im Fahrverhalten“ festgestellt. Die Betonplatten, die von einem neben den Gleisen verlaufenden Kabelschacht stammen (die frei zugänglichen und leicht zu entfernenden Deckplatten fehlen übrigens über weite Strecken und werden von den jugendlichen Skatern eigenen Aussagen zufolge, zu „allem möglichen“ verwendet), sind, darüber gibt ein Gutachten der Universität Bremen Auskunft, auch nicht geeignet, einen Zug, der schneller als 10 km/h fährt, entgleisen zu lassen. Die Stelle, an der Ralf G. und Knud A. angeblich die Betonplatten auf die Gleise gelegt haben, ist von allen Seiten aus gut einsehbar, direkt daneben befindet sich eine Skaterbahn, die ständig von Jugendlichen frequentiert ist: Hier, am hellichten Tag einen „Anschlag“ durchzuführen, käme einer Selbstanzeige gleich.

Außerdem gibt es keinerlei Indizien, die gegen die beiden sprechen. Korrekter: Es gibt überhaupt keine Indizien. Eine Spurensicherung oder ähnliche kriminalistische Basisarbeit haben sich die LKA-Beamten nämlich gespart. Weder wurden auf den Sandstreifen, die zum Bahndamm führen, Fußabdrücke genommen, noch wurden die Schuhe oder andere Bekleidungsstücke der Beschuldigten auf Sandspuren untersucht. Die auf Drängen der Verteidiger (!) vorgenommene Untersuchung eines Fingernagels blieb ohne Ergebnis, auf den Betonplattensplittern wurden keine Fingerabdrücke entdeckt.

Bleiben die Aussagen der LKA-Beamten selber. Und die sind von A wie Aufnahme der

Observation bis Z wie Zuführung zum Gericht sehr sonderbar. Nach einem Flora-Treffen, so geht die Geschichte, sind Ralf und Knud den Beamten als „bekannt“ aufgefallen. Nur deswegen hätten sie die Observation aufgenommen – und über die Stadtgrenzen, die in diesem Fall auch die Landesgrenzen und mithin die Grenzen ihres Einsatzgebietes sind, weitergeführt. Und das über Stunden, beim Autofahren, beim Spaziergehen, beim Eisessen ... Dann, der erste glückliche Zufall, verlieren sie die beiden ausgerechnet an den Bahngleisen, wenige Minuten vor der angeblichen Tat, aus den Augen. Sie entdecken sie erst wieder, der zweite glückliche Zufall, als sie, vierhundert Meter von den LKA-Beamten entfernt, die Betonplatten auf die Gleise schichten – das gelingt ihnen, so gut werden Bullen ausgebildet, mit bloßem Auge. Gottseidank, dritter glücklicher Zufall, haben die LKA-Observanten das Fernglas aus dem Auto mitgenommen: Jetzt erkennen sie alles, auch die Personen ganz genau – einem NDR-Team gelingt das später beim Nachstellen der Szene keineswegs: Die öffentlich-rechtlichen Mitarbeiter können auf die Entfernung auch mit großer Vergrößerung gerade mal die T-Shirt-Farbe erkennen. Dann allerdings haben die Kripo-Beamten Pech – auch das ein Glück für die Strafverfolgung: Bevor sie eingreifen können, kommt der Zug ... und nichts passiert. Erleichtert können sie die beiden, als sie zu ihrem Auto zurückkommen, festnehmen. Ein Polizei-Märchen – zu dumm, um wahr zu sein, aber nicht dumm genug, um eine Anklage nach sich zu ziehen. Ein Motiv kann sich die Staatsanwaltschaft zwar auch nicht so recht vorstellen – zumal die beiden das Entgleisenlassen von Zügen sofort und scharf verurteilen, sogar darauf hinweisen, daß solche Delikte bislang entweder von Neofaschisten oder als Verfassungsschutz-Provokationen verübt wurden – aber was soll's. Wo ein politischer Wille ist, findet sich auch ein Urteil.

Die Anklagekonstruktion ist aber nicht nur wegen der faktisch fehlenden Beweise gegen die beiden waghalsig, sondern auch in ihrer immanenten Logik: Um „Mordversuch“ anzuklagen, ist der Nachweis eines „Vorsatzes“ notwendig. Weil das bei einer Tat, von der sich die angeblichen Täter distanzieren, ziemlich schwierig ist, begnügen sich Richter und Staatsanwaltschaft bisher mit dem Hinweis auf die „Intelligenz“ der Beschuldigten – wer klug ist, wird's schon gewollt haben. Daß die Wahl des Ortes für den „Anschlag“ nicht gerade ein Beweis für Intelligenz wäre, lassen wir mal außer acht. Ein Mittel muß aber auch „geeignet“ sein, seinen Zweck (in diesem Fall: Tötung von Zugpassagieren durch Entgleisenlassen der Bahn) zu erreichen – die Betonplatten waren das aufgrund ihrer Beschaffenheit nicht: Das schert Staatsanwaltschaft und Gericht nicht, weil sie den Angeklagten in diesem Punkt nicht „Intelligenz“, sondern „Ahnungslosigkeit“ unterstellen – klug ge-

nug zu wissen, was sie tun, aber zu dumm, um die richtigen Mittel zu wählen.

Das Verfahren in Itzehoe ist aufgrund der abenteuerlichen „Beweislage“ sicherlich einer der ungewöhnlichsten Prozesse der letzten Jahre – auch oder gerade weil, 129a gar nicht darin auftaucht. Das seitens der Staatsanwaltschaft und des Gerichtes betont unpolitische Gehabe (das in krassstem Gegensatz zur klar politisch motivierten ungewöhnlich harten Behandlung der Angeklagten steht) erschwert einerseits die, überaus engagiert betriebene, Solidaritätsarbeit vor allem im überregionalen Rahmen – andererseits kann es im Prozeß helfen, wenn tatsächlich „normale“ Beweisführungspraktiken verlangt werden können. Bisher gab es mehrere Kundgebungen am Knast, eine große Demonstration in Itzehoe und etliche Veranstaltungen. Dem Prozeß wohnt eine unabhängige Beobachtergruppe bei, in der Lehrer, Gewerkschafter, kritische Polizisten und andere vertreten sein werden. Die Unterstützung der Solidaritätsarbeit in anderen Städten ist sinnvoll und notwendig. Die Arbeit der vier AnwaltInnen muß außerdem finanziell unterstützt werden.

Oliver Tolmein

Kontaktadressen: Infobüro Ralf und Knud, Rote Flora, Schulterblatt 71, 2 Hamburg 36, Freitags 16 bis 18 Uhr: 040 – 4395413

Spendenkonto: Rechtsanwalt Beuth, Kto.Nr.: 1250/124029, BLZ: 20050505 Hamburger Sparkasse, Anderkonto Ralf und Knud

Politische Kritik mit theoretischem Anspruch

links im Februar 1992:

Inhalt:

Jugoslawien: Vom Versagen der Politik - Algerien: Sieg des Islam? - Rassismus und Fremdenangst: Hase und Igel - Neue Gefahren des Nationalismus - Zerfallsprozesse der Linken: das Linken-Spiel

links



Beiträge von:
Paul Parin,
Ludi Lodo-
vico, Eric
Hobsbawn,
Uli Bielefeld,
Joachim
Hirsch,
Gerhard
Krum, Peter
Kiefer, Jürgen
Gerber, Klaus
Vack, Holm-
Detlev Köhler
u.a.

Ich bestelle

☐ 1 Exemplar links Heft 1/92
zum Preis von 6,— DM

Name: _____

Straße: _____

Ort: _____

links, PF 10 20 62, 6050 Offenbach

Politische Kritik mit theoretischem

Journalismus



Die Arbeit des Journalisten ist eine Arbeit, die sich nicht nur auf die Berichterstattung über die Ereignisse des Tages beschränkt, sondern auch auf die Analyse und die Kritik der politischen Lage. Der Journalist muss in der Lage sein, die Ereignisse in einen Kontext zu setzen und die Leser über die Hintergründe und die Konsequenzen der Ereignisse zu informieren. Dies ist eine Aufgabe, die nicht nur für den Journalisten, sondern auch für die Gesellschaft als Ganzes von großer Bedeutung ist.

Die Arbeit des Journalisten ist eine Arbeit, die sich nicht nur auf die Berichterstattung über die Ereignisse des Tages beschränkt, sondern auch auf die Analyse und die Kritik der politischen Lage. Der Journalist muss in der Lage sein, die Ereignisse in einen Kontext zu setzen und die Leser über die Hintergründe und die Konsequenzen der Ereignisse zu informieren. Dies ist eine Aufgabe, die nicht nur für den Journalisten, sondern auch für die Gesellschaft als Ganzes von großer Bedeutung ist.

Die Arbeit des Journalisten ist eine Arbeit, die sich nicht nur auf die Berichterstattung über die Ereignisse des Tages beschränkt, sondern auch auf die Analyse und die Kritik der politischen Lage. Der Journalist muss in der Lage sein, die Ereignisse in einen Kontext zu setzen und die Leser über die Hintergründe und die Konsequenzen der Ereignisse zu informieren. Dies ist eine Aufgabe, die nicht nur für den Journalisten, sondern auch für die Gesellschaft als Ganzes von großer Bedeutung ist.

Geld oder Gülle

Frauen und Subsistenz

Jüngste feministische Diskussionen sind zu dem Ergebnis gekommen, daß viele Frauen in der Welt es mit einer „triple oppression“ zu tun haben. Einer dreifachen Unterdrückung nämlich durch Kapitalismus, Rassismus und Sexismus. Dies bedeutet nun aber keineswegs, daß alle Frauen ihr weltweit in gleichem Maße unterliegen. Vielmehr ergeben sich aus der Analyse der Verknüpfungen zwischen den einzelnen Strängen der „triple oppression“ eine Reihe von Differenzierungen und Widersprüchen: Auch und gerade zwischen unterschiedlich in dieses Netz aus Machtverhältnissen eingebundenen und an ihnen beteiligten Frauen. Es läßt sich also mitnichten von dem Feminismus als einem gemeinsamen Kampf mit einheitlichen Interessen und Zielsetzungen sprechen.

Dies alles ist der Altfeministin Claudia von Werlhof viel zu kompliziert. In ihrer neuen Aufsatzsammlung straft sie deshalb die VertreterInnen jener neomodischen Sekte, die in ketzerischer Manier die Leidensgemeinschaft der Frauen zu spalten versucht, durch bloßes ignorieren.

„Was haben die Hühner mit dem Dollar zu tun?“ lautet der Titel ihres Buches, in dem sie sich zum Vorsatz genommen hat, zu beweisen, daß die wahren und hauptsächlich Ausgebeuteten weltweit *die* Frauen sind. „Sie sind diejenigen, die die wirklich wesentliche Arbeit erledigen müssen“ (28), was da wäre: Befriedigung der Grundbedürfnisse, Gebären und Aufzucht neuer Arbeitskräfte. Allein diese Tätigkeiten sieht Werlhof als notwendig für den unmittelbaren Lebensunterhalt, die Reproduktion menschlichen Lebens an und faßt sie deshalb kurz unter dem Begriff „Subsistenz“ zusammen.

Die Klasse der Frauen

Der wohl wichtigste Beitrag in dem Band ist ein Aufsatz, der 1978 Furore machte: „Frauenarbeit — Der blinde Fleck in der Kritik der politischen Ökonomie“. Damals unternahm es Werlhof, die Bedeutung des von Marx als Reproduktionsarbeit vernachlässigten Anteils der Frauen an der kapitalistischen Wirtschaft zu analysieren und in die Kritik der politischen Ökonomie zu integrieren.

Erstens entsteht durch die von Frauen geleistete, unentlohnte Gebärrarbeit ein „absoluter Mehrwert“ für den Kapitalisten, den er in Form von Arbeitskräften abschöpft. Zweitens erspart das Eigentum der Männer an ihren Frauen dem Kapital Abzüge vom Mehr-

wert der Lohnarbeiter zur Erhaltung ihrer Arbeitskraft. Und drittens gewinnt gar noch der Lohnarbeiter als quasi „Grundeigentümer“ seiner Frau eine Arbeits- und Produktrente.

Erst auf dieser Basis beginnt der „eigentliche“ Kapitalverwertungs- und Akkumulationsprozeß. „Die Herstellung und ständige Wiederherstellung dieser Basis entspricht somit einer Art fortgesetzten Prozesses ursprünglicher Akkumulation, der denselben Charakter hat, gleich ob es sich um das Makro-Verhältnis Erste Welt/Dritte Welt oder um das Mikro-Verhältnis Mann/Frau handelt.“ (42)

Zwar stellt Werlhof den Subsistenzarbeit leistenden Frauen noch Kleinbauern und „allgemein männliche und weibliche Marginalisierte in Stadt und Land“ zur Seite, sie betont aber, daß „quantitativ und qualitativ“ gesehen das Gros der städtischen und ländlichen Subsistenzproduktion von Frauen geleistet wird. Aufgrund der „historisch bedingten Doppelseigenschaft der Frau als Arbeitskraft und fruchtbringende, zumindest aber extraktionsfähige Ressource ... finden sich (in der Frau) womöglich alle Ausbeutungsformen der Geschichte wieder“ (49).

Ihr Fazit: Frauen sind die ersten Ausgebeuteten der Welt und liefern somit nicht nur das Muster für alle nachfolgenden Ausbeutungsformen von Menschen, sondern gar noch das Vorbild für die Ausbeutung der Natur. (51)

Nun könnte jemand auf die verwegene Idee kommen, einzuwenden, daß eine Hierarchisierung von Ausbeutungs- oder Unterdrückungsverhältnissen — und sei es auch zum Zwecke ihrer Überwindung — völliger Schwachsinn sei und es zudem eine Reihe von Frauen gebe, die von den Früchten des Kapitalismus sehr wohl profitieren. Doch Werlhof ist offensichtlich eine Anhängerin der These, daß nur, wem es am schlechtesten geht, auch Subjekt revolutionärer Veränderung sein kann, und deshalb werden die Frauen zur schlechthin unterdrücktesten „Klasse“ auf Erden erklärt. Ihnen geht es nämlich sogar „noch schlechter als selbst der äußeren Natur, deren Ausbeutung und Erschöpfbarkeit inzwischen wenigstens anerkannt wird“ (32).

Frauen und Technik — Ein Gegensatzpaar

Der Sozialismus als gesamtgesellschaftliche Perspektive ist schnell verworfen. „In der ehemals sich sozialistisch nennenden Welt“ existierte nämlich das Patriarchat „ungebrochen“ fort. (8) Wie wir nun aber wissen, ist die patriarchale Ausbeutung der Frauen die eigentliche Basis des Kapitalismus. Nur deshalb sei der „real existierende Sozialismus“ eigent-

lich keiner gewesen.

Vor allem aber trieb dort wie in den sich offen kapitalistisch nennenden Ländern der Technikfetischismus sein Unwesen. Spätestens seit Tschernobyl aber — so Werlhofs haarscharfe Analyse des Weltgeschehens — müßte allen klar sein, daß die Technik des Teufels ist: „Hat nicht der Zusammenbruch des Sozialismus mit der Explosion des ‚sozialistischen‘ Kernkraftwerkes von Tschernobyl begonnen? Nehmen wir Tschernobyl als ein Zeichen, ein Wahr-Zeichen.“ (11)

Wir trauen unseren Augen nicht, wenn wir lesen, was nicht nur nach dem Willen der Weltwirtschaftsplaner, sondern auch, wenn es nach den naturfreundlichen Linken ginge, „die von Natur ‚befreite‘, die naturlose Gesellschaft kennzeichnen soll: pillen-ernährte Menschen, bodenlos wachsende Hybrid-Pflanzen, die allgemeine Agrarfabrik und Plastikbäume“. Endgültig erschreckt uns aber die Vision von „wahrhaftigen Gebärmaschinen“, industriell gefertigten, gar „elternlosen Menschen“. Da die Menschen aber „in erster Linie Naturwesen sind“, führt deren „Ersetzung durch Maschinen und Roboter eben zu nichts anderem als ihrer Auslöschung!“ (12/13)

Angesichts dieser apokalyptischen Aussichten erteilt Werlhof der Technik also eine generelle Absage. Vorzuschlagen wäre, zuvor das Denken — möglicherweise als „Mechanismus der psychischen, der inneren Kolonisierung“ (17) abzuschaffen. Denn es könnte ja die Möglichkeit eröffnen, zu entscheiden, welche Er rungenschaften der Technik sich vielleicht zum Nutzen eines genüßlicheren Lebens verwenden ließe.

Die Hoffnungsträger der Werlhofschen „Gegenökonomie, ja neuen Produktionsweise“ (183) sind Frauen und Bauern. Ohnehin macht deren Arbeit schon — das ist ja leicht errechnet — „achtzig Prozent“ unserer „Wirtschaft“ aus. „Bauern und Frauen auf der ganzen Welt tragen dazu bei, daß wir von der ‚Wirtschaft‘ reden können, ohne daß sie jemals Gewinne gemacht, Löhne erhalten oder eine Fabrik betreten hätten.“ (7) Aber: „Das besonders — oder vielmehr allgemein — Wichtige an Bauern und Frauen ist die Tatsache, daß sie direkt naturabhängig produzieren.“ (9)

Zwar dämmert der Autorin zuweilen, daß auch dieser angeblich „mimetische“, „lustvolle“ Umgang mit Natur die Ausübung einer — von ihr selbst als grundlegend bezeichneten — „Verfügungsgewalt“ (169) ist. Doch solche möglichen Einwände werden rasch beiseite geschoben, widersprechen sie doch der Vorstellung von Frauen und Bauern als Garanten einer zukünftig naturbezogenen, ökologischen und herrschaftsfreien Gesellschaft.

Heilsformel Subsistenz

Naturbeherrschung, Technik, Kapitalismus, Staat und Patriarchat bilden ein schlechtes Ganzes, das eigentlich kein Außen kennt. Selbst die auf der Welt weitverbreitete Form der Subsistenzwirtschaft, die aus der Sicht „der unmittelbaren ProduzentInnen der Erhaltung ihres Lebens dient, ist aus der Sicht des Kapitals die Erhaltung (Reproduktion) von Arbeitskraft“ (42). Im Bedarfsfall kann es sich „jederzeit und in jeder Form aus dem Pool dieser ‚marginalen Masse‘ bedienen“ (ebd.).

Nachdem das „Tal der Tränen“ dieser globalen Analyse durchritten ist, setzt Werlhof ein entschiedenes *Trotzdem*: es muß wieder dort angefangen werden, wo der Weg in die Irre gegangen ist, „auch wenn wir dann bis in die Steinzeit zurück müßten“ (168).

Die einzig konsequente konkrete Utopie besteht in der *Subsistenzwirtschaft*. „Subsistenz hat auch eine *utopische Dimension*. Sie umfaßt sowohl den Weg als auch das Ziel unserer Versuche, einen Ausweg aus dem Industriesystem zu finden.“ (169)

Die Utopie der Subsistenz sieht so schöne Dinge vor wie: „Selbstversorgung, ‚Eigenarbeit‘, Tausch von Subsistenzprodukten, schonenden Umgang mit der Umwelt, also auch

die Verwendung anderer, nämlich handwerklicher, irgendwann einmal vielleicht wieder magischer Techniken, und all dies zunächst zur Grundversorgung überschaubarer und selbstorganisierter Gruppen, die sich an den lokal vorhandenen Fähigkeiten und Notwendigkeiten orientieren.“ (171)

Wer nun das arbeitsreiche, durch die Natur beherrschte Leben scheut und die Aussicht auf ein „Zurück zur Scholle“ wenig verheißungsvoll findet, könnte folgende Ausreden erfinden:

Die vorgeschlagenen Ausstiegsstrategie käme den in der kapitalistischen Weltwirtschaft zunehmend zu beobachtenden Tendenzen zur Ausgrenzung weiter Bevölkerungsteile gerade recht. Dies gelte sowohl innerhalb der Metropolenländer als auch im Verhältnis dieser zu ihrer Peripherie. Im übrigen sei es auch denkbar, daß sich „das Kapital“ der sich freiwillig Ausgrenzenden weiterhin als „Pool beliebig verfügbarer Arbeitskräfte“ bediene.

Solche unverbesserlichen ZweiflerInnen jedoch setzt Werlhof die Pistole auf die Brust und fragt sie ein letztes Mal: „Geld oder Leben?“

Wir müssen raus aus der abstrakten Herrschaft des Geldes, die uns die Warenproduktion beschert hat. Schließlich geht es „am Ende ... immer ums nackte Überleben, und da-

bei sind — wie die letzten Flüchtlingsströme der Kurden oder die Not der Bangladeshis zeigten — die unmittelbaren Lebensmittel immer wichtiger als Geld, das man bekanntlich nicht essen kann“ (10).

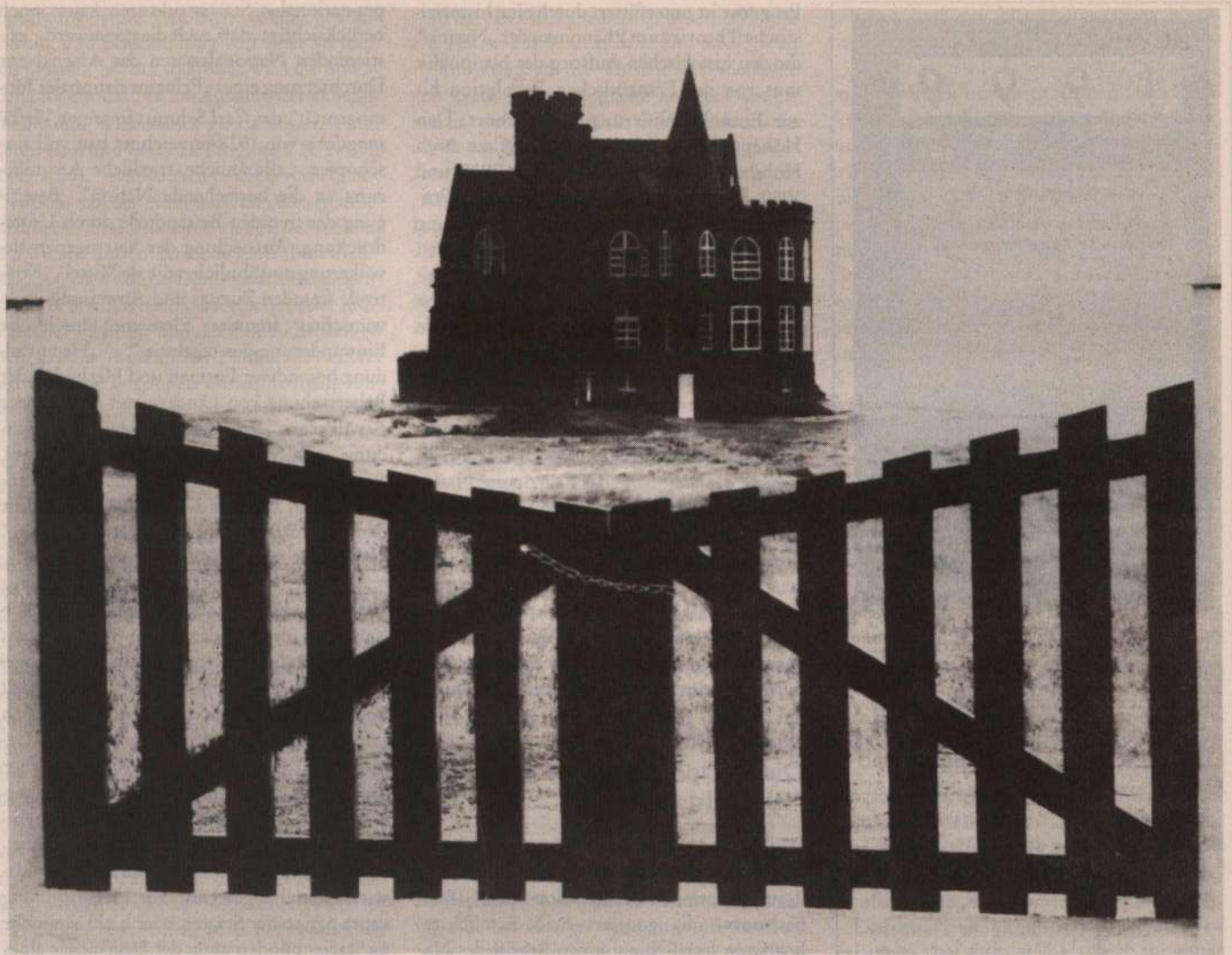
Und wer würde sich nicht, vor eine derart erschreckende Alternative gestellt, zusammen mit Werlhof „auf die Seite von Leib und Leben schlagen“ (19)?

„Der Weg aus den Bunkern und Gefängnissen der Industriegesellschaft führt *ins Freie*. Ins Freie auch deshalb, weil damit ein neues Verhältnis zur Natur und zur Welt selbst sowie ein anderes Verhältnis zur *Freiheit* gemeint ist. Die Freiheit im Freien ist jedenfalls nicht die Freiheit, die uns seit der Aufklärung immer versprochen und die noch immer nur mit der Erfindung und Durchsetzung einer neuen Unfreiheit — insbesondere der Frauen — erkaufte wurde. (...) Im Freien spüren wir: Die Subsistenz liegt schon in der Luft.“ (172)
... oder ist es doch nur eine Güllegrube?

Christiane Müller-Lohbeck

Claudia Werlhof: Was haben die Hühner mit dem Dol'är zu tun? Frauen und Ökonomie, München (Verlag Frauenoffensive) 1991





Agonie ohne Ende

Vom unheimlichen Verschwinden der Nationen in Europa

Wenn gegenwärtig über die Zukunft der Nationen in einer „neuen Weltordnung“ debattiert wird, kristallisieren sich schnell zwei grundlegende, scheinbar gegensätzliche Argumentationslinien heraus. Die erste Linie beschreibt die Tendenz zum Nationalstaat und zum Nationalismus im Übergang zum nächsten Jahrhundert, wie sie sich etwa in dem Zusammenbruch der staatskapitalistischen Regimes in Osteuropa zu bestätigen scheint, um dann entweder vor einem Rückfall in den Nationalismus des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts zu warnen, oder den Primat des Nationalen, der „Nation“ gegenüber der „Klasse“ zu beschwören. Letzteres ist kennzeichnend für die nationale Ideologie, die nicht erst in den vergangenen zwei Jahren, sondern bereits seit über zehn Jahren von einem sich ausbreitenden Nationalismus in ganz Europa befördert wurde. In beiden Fällen, selbst wenn die negatorische Position be-

zogen wird, speist sich die Argumentation aus dem „nationalen Mythos“ der Wiedergeburt feststehender Nationalcharaktere, gleichgültig ob sie als „Nationalwahn“ verworfen oder als „Nationalgefühl“ begrüßt werden. Im bisherigen anti-nationalistischen Kampf der Linken hat der gegenidentifikatorische Bezug auf den „nationalen Mythos“ fatale Konsequenzen gehabt und es weitgehend unmöglich gemacht, den Primat der Nation und die Dominanz der nationalen Anrufungen zu unterminieren bzw. zu desartikulieren. Am deutlichsten wird dies im historischen Moment des Umschlagens, wenn sich die nationalistischen Parolen nicht – wie geglaubt – als hohle Phrasen herausstellen, sondern als wirkungsmächtige nationale Anrufungen, denen selbst die anti-kapitalistische Linke unterworfen ist. Zu denken ist hierbei an die „Burgfriedenspolitik“ der sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien von 1914, an das Programm

der „nationalen und sozialen Befreiung“ der Kommunistischen Internationale, den nationalistischen Antifaschismus der Arbeiterorganisationen in den 30er Jahren und den anti-imperialistischen „Befreiungsnationalismus“ nach 1945.

Die zweite Argumentationslinie bezieht sich auf supra-nationale Strukturen und auf die Relativierung der „nationalen Identität“ durch andere, regionalistische oder soziale „Identitäten“, also auf sogenannte „übernationale“ und „unternationale“ Einheiten, die, wie der marxistische Historiker Eric J. Hobsbawm in seiner jüngsten Studie über *Nationen und Nationalismus* meint, „den Niedergang des alten Nationalstaats als eines funktionsfähigen politischen Gebildes zum Ausdruck bringen“; Nationen und Nationalismen, so sieht er voraus, werden in Zukunft „von untergeordneter und vielfach sehr geringer Bedeutung sein“ (Hobsbawm 1991: 220). Seine

1 9 9 9

Zeitschrift für Sozialgeschichte des
20. und 21. Jahrhunderts 4/91

Kommentar Vom Eigen-Sinn der
Utopie

Volker Ullrich »Wir haben nichts
gewußt« – Ein deutsches Trauma
Birthe Kundrus/Astrid Schulte-
Zweifel Frauenarbeitsinsatz in
Hamburg 1939-1943

Sander F. Gilman Seuche in
Deutschland 1939/1989

Dokument Streiks im »Dritten
Reich«

Die Zeitschrift erscheint seit Herbst 1986 vierteljährlich, hat einen durchschnittlichen Umfang von 190 Seiten und bringt Kommentare, Dokumente, Diskussionen und Forschungsergebnisse zur Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts.

Ursprünglich aus den »Mitteilungen der Dokumentationsstelle zur NS-Sozialpolitik« hervorgegangen, hat die 1999 seit der Gründung ihr Themenspektrum über den Bereich nationalsozialistischer Gesundheits- und Sozialpolitik hinaus erheblich erweitert. Mit der Veröffentlichung unbekannter Dokumente und kritischer Zeitgespräche stellt sie sich bewußt in die Tradition der Gegeninformation und ist für Außenseiter und Basishistoriker ebenso offen, wie für Repräsentanten des Fachs. Ein Netz von Auslandskorrespondenten sorgt dafür, daß Provinzialität nicht aufkommt und wichtige Lernprozesse der historiographischen Community auch entlegenerer Sprachen zur Kenntnis genommen werden.

Fordern Sie ein kostenloses
Probeexemplar an!

Volksblatt Verlag
Postfach 250 405 • 5000 Köln 1



Sachsenring 2-4 5000 Köln 1
VOLKSBLATT VERLAG
Tel. 0221 / 31 70 87 Fax 31 47 11

Prognose ist unterfüttert durch eine historizistische Theorie zum Phänomen der »Nation«, die den historischen Aufstieg des Nationalismus von der Französischen Revolution bis zur Entkolonialisierung nachzeichnet. Den Höhepunkt des Nationalismus bildet nach Hobsbawm die Phase zwischen 1918 und 1950, in der sich das nationalistische Programm, »Nation« und »Staat« zur Deckung zu bringen, verallgemeinerte. Im faktischen Scheitern dieses »Nationalitätsprinzips« – eines Prinzips, wie es etwa im Wilsonschen Selbstbestimmungsrecht der Völker am Ende des Ersten Weltkrieges formuliert ist – überschreite die nationalistische Politik ihren historischen Zenit; sie fungiere »nicht mehr als eine Hauptkraft der historischen Entwicklung« (Hobsbawm 1991: 194). Die Nationalisierung der Welt habe das Prinzip der Nationalität (Übereinstimmung von Staat und Nation) historisch nicht realisiert, so daß der Nationalismus zusammen mit dem Nationalstaat vergehen werde. Es handelt sich hierbei um eine teleologische Konstruktion des historischen Prozesses, nach der quasi automatisch verschwinden muß, was nicht zur vollen Entfaltung des logisch zugeordneten substantiellen Prinzips gelangt ist.

Die Metaphysik des Nationalstaates

Wollte man einer der beiden Argumentationslinien folgen, so wären die historischen Transformationen der »Nation-Form« (Baliar) notwendig ignoriert. Beide nämlich rekurrieren letztlich auf einen Begriff des Nationalstaates als Substanz des Politischen, zumindest für die »bürgerliche Politik« und den »bürgerlichen Staat« der vergangenen zwei Jahrhunderte. Bei der ersten Argumentation bewegte man sich dabei unweigerlich im Horizont der Vergangenheit: im Imaginären wird eine Schlacht um den »alten Nationalstaat« geschlagen, die längst historisch entschieden ist. Die »Nationalisierung der Welt« (Hobsbawm) hat tatsächlich zu keiner Zeit einen Nationalstaat hervorgebracht, dessen Konstitution »in der nationalen Gleichartigkeit seiner Bürger« (Schmitt 1989: 231) bestanden hätte. Die »soziale Metaphysik des Nationalismus« dient, wie der liberale Sozialphilosoph Ernest Gellner zu Recht feststellt, nicht zur Erklärung der Nationen und der Nationalstaaten. Und er fügt hinzu: »Kritiker des Nationalismus, die die politische Bewegung kritisieren, die Existenz der Nationen jedoch stillschweigend akzeptieren, gehen nicht weit genug« (Gellner 1991: 76f.). Die zweite Argumentation verschiebt den Horizont in die vermeintliche Zukunft; man wähnt sich gemäß der logischen Priorität in einem Zeitalter, in dem die Nationalstaaten verschwunden sind, so daß der Kampf gegen den gegenwärtig expandierenden Nationalismus als historisches Relikt erscheinen muß. Dabei wird folglich im Vertrauen auf die su-

pra-nationalen Staatsstrukturen kaum noch berücksichtigt, daß auch die gegenwärtig existierenden Nationalstaaten das Arsenal zur Durchsetzung eines »Prinzips nationaler Homogenität«, das Carl Schmitt in seiner *Verfassungslehre* von 1928 verzeichnet hat, voll ausschöpfen: »allmähliche, friedliche Assimilierung an die herrschende Nation«, »Beseitigung des fremden Bestandteils durch Unterdrückung, Aussiedlung der heterogenen Bevölkerung und ähnlich radikale Mittel«, »Kontrolle fremden Zuzugs und Abweisung unerwünschter fremder Elemente durch die Einwanderungsgesetzgebung«, »Herausbildung besonderer Formen und Methoden der Beherrschung von Ländern mit heterogener Bevölkerung«, »Gesetze gegen Überfremdung, zum Schutz der nationalen Industrie, zum Schutz gegen die ökonomische und soziale Macht fremden Kapitals«, »Möglichkeit der Expatriierung, Denaturalisierung« (Schmitt 1989: 232f.).

Ausgeblendet bleibt schließlich die Frage nach der aktuellen Problematik einer Verknüpfung der Tendenz zum Nationalstaat mit der Tendenz zu supra-nationalen Staatsgebilden. Ob die unbestreitbare Tendenz zu übernationalen Neuordnungen, wie sie sich im Vereinigungsprozeß der Europäischen Gemeinschaft (EG) und der (Re)Kreation einer um die baltischen Staaten und Georgien verkleinerten, euro-asiatischen Staatengemeinschaft (GUS) niederschlägt (von den irredentistischen Bestrebungen vor allem in Moldawien einmal abgesehen), zur Herausbildung supra-nationaler Staaten oder nicht vielmehr zu Staatenbünden unter der Hegemonie eines Nationalstaates führen wird, ist noch keineswegs ausgemacht. Indiz für die zweite Alternative ist zumindest der Primat des Nationalstaates, der sich in der bundesrepublikanischen Annexion der DDR im Bereich der EG und in dem russischen Bestreben, außen- und militärpolitische Institutionen der zerfallenen UdSSR zu übernehmen, manifestiert. Hinzu kommt, daß zur Zeit eher Integrationsprobleme in und zwischen den jeweiligen »souveränen Nationalstaaten« bestehen, von deren Lösungen es abhängen wird, wie sich supra-nationale mit nationalen Staatsstrukturen verbinden. Die theoretische Bestimmung der Nation-Form ist vor diesem Hintergrund keine überflüssige Aufgabe, da sie einigen Aufschluß über die strukturellen und historischen Bedingungen der gegenwärtigen Veränderungen verspricht.

Bezogen auf nationale Anrufungen scheint die folgende Beschreibung des Nationalismus-Forschers Karl W. Deutsch von 1966 nichts von ihrer Gültigkeit verloren zu haben: »Der Nationalstaat bietet den meisten seiner Mitglieder ein stärkeres Gefühl an Sicherheit, Zugehörigkeit, Verbindlichkeit und sogar persönlicher Identität, als jede andere größere alternative Gruppe es vermag. Je größer das Bedürfnis der Bevölkerung für eine derartige Verbindlichkeit und Identität unter

den Zwängen und Krisen der sozialen Mobilisierung und Entfremdung von einer vertrauten Umwelt ist, um so größer wird die potentielle Macht des Nationalstaates, deren Sehnsüchte und Widerstände zu kanalisieren und deren Haß und Liebe zu dirigieren" (Deutsch 1985: 59). Andererseits aber beschreibt Deutsch, daß der Nationalstaat „für seine Bewohner in Friedenszeiten zu einer erkennbaren Gefahr und im Krieg zu einer Todesfalle“ (ebd.) werden könne. Der beobachtete Gegensatz von Streben nach persönlicher oder individueller Identität und der Erkennbarkeit einer „Gefahr“ bis hin zur „Todesfalle“ deutet auf einen ideologischen Zusammenhang hin, der sich meines Erachtens nicht nach der ideologiekritischen Prämisse auf die Pole Irrationalismus und Rationalismus oder Ideologie und Erkenntnis verteilen läßt.

Für Nationalisten, für Subjekte, die in der nationalen Ideologie leben, ist dieser Gegensatz offenkundig nicht virulent: der „nationale Mythos“ überspringt den Abgrund zwischen imaginärer „Sicherheit“ und realer „Todesfalle“, indem er Rettung und Tod in der Metapher der „Wiedergeburt“ verschmilzt. Er verheißt die „Wiederkehr eines ursprünglich goldenen Zeitalters“, für die es sich nicht allein zu töten, sondern auch in den Tod zu gehen lohne. Es gibt keine nationalistische Ideologie, die nicht diesen nekrophilen Charakter trüge. Anti-nationalistische und anti-militaristische Strategien, die den Nexus von Nationalismus und Krieg immer wieder betont haben, werden dergestalt leicht unterlaufen, sofern sie sich nicht auf die Macht der Nation als „imaginärer Gemeinschaft“ – „vorgestellt als begrenzt und souverän“ (Anderson 1988: 15) – beziehen. Gegenüber dem ideologiekritischen Verfahren, das diese „imaginäre Gemeinschaft“ als manipulativen Schein kennzeichnet, um – berechtigterweise – auf die Realität von Vernichtung, Krieg und Völkermord zu verweisen, bietet ein ideologietheoretisch angeleitetes Verfahren den Vorteil, Struktur und Funktion der nationalen Ideologie ebenso wie Ort und Modus ihrer Reproduktion analysierbar zu machen.

So hat etwa Etienne Balibar in seiner Studie *Die Nation-Form: Geschichte und Ideologie* in Anknüpfung an die Theorie der Ideologie von Louis Althusser darauf aufmerksam gemacht, daß „jede soziale Gemeinschaft, die durch das Wirken von Institutionen reproduziert wird, imaginär“ ist und daß durch die „Anrufung der Individuen als Subjekte“ ein Prozeß in Gang gesetzt ist, „in dessen Verlauf die Affekte Liebe und Haß sowie die ‚Selbst-Vorstellung fixiert werden‘. Es handelt sich hierbei zugleich um „ein Massen- und ein Individuationsphänomen“, d.h. die Ideologie integriert die individuelle in eine kollektive Identität, so daß sich die Individuen als Subjekte wechselseitig miteinander identifizieren, wechselseitig wieder- und anerkennen und in der Projektion kollektiver Geschichte, gemeinsamer Traditionen und eines vereinheitlichenden Namens als „reale Gemeinschaft“ erleben. Mit Bezug auf die Nation-Form besteht das Imaginäre, laut Balibar, in der Konstruktion eines „Volkes“, das sich „von vornherein in der Institution Staat wiedererkennt“ (Balibar/Wallerstein 1990: 115f.; vgl. auch Althusser 1977). Die „Institution Staat“ und die Konstruktion „Volk“ bilden folglich die zentralen strukturellen und funktionalen Modi, durch welche sich die Reproduktion der Nation-Form vollzieht.

Der Chronotopos von Staat und Nation

Im Rahmen der neueren materialistischen Gesellschaftstheorie wird die „Institution Staat“ als ein „institutionalisierter Kristallisationspunkt komplexer, sowohl legitimatorischer wie repressiver Beziehungen zwischen allen Klassen und Klassenfraktionen, als Terrain sozialer Konflikte und Kämpfe“ (Hirsch 1990: 44; vgl. vor allem Poulantzas 1978) interpretiert. Demnach ist der kapitalistische Staat weder Instrument der herrschenden Klasse oder Klassenfraktion noch Subjekt mit einer über den Klassen stehenden Schiedsrichterfunktion. Insofern die „Institution Staat“ selbst das Produkt und Terrain von Klassenkämpfen und sozialen Konflikten bildet, ist darüber hinaus jede Vorstellung eines monolithischen Staatswesens in den kapitalistischen Gesellschaftsformationen irreführend. In seinem strukturellen Aufbau stellt sich der kapitalistische Staat vielmehr nicht als eine Institution, sondern als ein Ensemble verschiedener Apparate und Institutionen dar, die in einem funktionalen Verhältnis zu den verschiedenen gesellschaftlichen Klassen und ihren Fraktionen stehen. Durch seine institutionelle Materialität und funktionale Ausdifferenzierung ist der kapitalistische Staat „in allen gesellschaftlichen Beziehungen präsent und zugleich ist die Art und Weise seines Wirkens von diesen geformt. Er ist daher immer schon ‚Interventionsstaat‘, auch wenn sich die Art und Weise der Institutionalisierung der Klassenbeziehungen, der ökonomischen Re-

gulation und der Massenintegration historisch verändert“ (Hirsch 1990: 49f.).

Analysiert man das staatliche Ensemble von Apparaten und Institutionen unter dem Aspekt politischer Herrschaft, so ergibt sich eine strukturelle Dominanz von Kapitalinteressen, die ihn als Klassenstaat, eben als kapitalistischen Staat charakterisiert. Als Struktur und als soziales Verhältnis organisiert und repräsentiert der kapitalistische Staat, wie Gramsci festgestellt hat, in einer Verbindung von Konsens und Zwang die Hegemonie der herrschenden Klassen und ihrer Fraktionen und desorganisiert dergestalt die beherrschten Klassen. Diese hegemoniale Konstruktion gewährleistet schließlich die innere Kohärenz des Staates, während umgekehrt hegemoniale Instabilität zur Krise des Staates führt. Mit dieser Feststellung bewegt man sich bereits auf dem Terrain des Nationalstaates, denn auf diese Kohärenz, die Einheit des kapitalistischen Staates, formuliert als hegemoniales Projekt einer nationalen Politik, bezieht sich die Konstruktion des „Volkes“, die „imaginäre Gemeinschaft“, die sich in der „Institution Staat“ wiedererkennt, „ihn angesichts anderer Staaten als den ‚ihrigen‘ anerkennt und vor allem ihre politischen Kämpfe in seinen Horizont stellt: indem sie beispielsweise ihr Streben nach Reform und sozialer Revolution als Projekt formuliert, das ‚ihren‘ Nationalstaat umgestalten soll“ (Balibar/Wallerstein 1990: 115). Umgekehrt ist Hegemonie ohne die Modulation eines „politischen Körpers Volk-als-Nation“ (Poulantzas 1980: 135ff.) nicht denkbar.

Um die Beziehung von Staat und Nation zu erläutern, hat Nicos Poulantzas in seiner *Staatstheorie*, auf die „Transformation der Raum- und Zeitmatrizes“ hingewiesen, welche „die Materialität der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, des Staatsaufbaus und der ökonomischen, politischen und ideologischen kapitalistischen Machttechniken“ (Poulantzas 1978: 90f.) bestimmen. In dem Bestreben des kapitalistischen Staates, die „Organisierungsverfahren des Raumes und der Zeit zu monopolisieren“, fällt die „moderne Nation“, laut Poulantzas, „tendenziell mit dem Staat zusammen in dem Sinne, daß der Staat sich die Nation einverleibt und die Nation in den Staatsapparaten Gestalt annimmt, denn sie wird zur Verankerung seiner Macht in der Gesellschaft und umreißt ihre Grenzen“ (ebd.). In diesem Kontext entwickelt Poulantzas einen Chronotopos, der auf der kapitalistischen Arbeitsteilung und dem kapitalistischen Produktionsprozeß beruht. Der kapitalistische Produktionsprozeß hat ein Ziel, das Produkt als Ware, aber kein Ende, die Akkumulation des Kapitals als erweiterte Reproduktion des Kapitalverhältnisses; er ist teleologischer und unendlicher Prozeß, der sich in der Maschinerie, der großen Industrie, dem Taylorsystem und der Fließbandproduktion räumlich und zeitlich zergliedert, um von einer Station zur anderen, von einem Intervall zum anderen überzugehen und fortzu-



LAND IN SICHT

Buchladen im Nordend
Rotteckstr. 13/Mercatorstr.
Nähe Friedberger Platz
6 Ffm 1, Tel. 0 69/44 30 95

schreiten. Im Unterschied zum konzentrischen Raum und zu der zyklischen Zeit der antiken Produktionsweise sowie zum hierarchischen Raum und zu der linearen Zeit der feudalen Produktionsweise ist der kapitalistische Chronotopos durch eine „Homogenität zweiten Grades“, des Raumes mittels Grenzziehung und der Zeit mittels normierter Messung (Poulantzas 1978: 96, 103) charakterisiert. Die kapitalistische Raummatrix ist demnach durch „einen seriellen, fraktionierten, diskontinuierlichen, parzellierten, zellenförmigen und irreversiblen Raum“ geprägt, und die kapitalistische Zeitmatrix durch eine „segmentierte, serielle, in gleiche Momente unterteilte, kumulative und irreversible, da auf das Produkt orientierte Zeit“ (Poulantzas 1978: 96, 102). Der serielle, unterteilte und irreversible Chronotopos konstituiert die raum-zeitliche Ungleichmäßigkeit der erweiterten Reproduktion, die weder dem antiken und feudalen „Nicht-Ort“ der „Barbaren“ und „Heiden“, noch der mythisch-religiösen Zeitlosigkeit zu vergleichen ist. Er ermöglicht eine ungleichzeitige und kombinierte Entwicklung in den Formen der Territorialisierung/Deterritorialisierung und der differenziellen Historizität, wie sie sich in der Herausbildung von Zentren und Peripherien im Weltsystem darstellen (vgl. auch Marmora 1983: 75ff.; Hirsch 1990: 91ff).

Dieser Chronotopos ist damit als Bedingungsmöglichkeit der Nation-Form und als konstitutives Moment des Nationalstaates anzusprechen: „Der kapitalistische Staat setzt die Grenzen, indem er das konstituiert, was innen ist – Volk und Nation –, und das Vorher und Nachher des Inhalts dieser Einfriedung homogenisiert. Die nationale Einheit, die moderne Nation, wird so zur Historizität eines Territoriums und zur Territorialisierung einer Geschichte, zur nationalen Tradition eines Territoriums, die sich im Nationalstaat materialisiert“ (Poulantzas 1978: 107). In dieser doppelten Bewegung des Nationalstaates manifestiert sich der ambivalente Charakter der Nation-Form: die Partikularität (Eingrenzung/Ausgrenzung) und die Universalität (Homogenisierung) der Nation-Form, die auf der Grundlage des kapitalistischen Chronotopos die Fragmentierung von Raum und Zeit mittels territorialer Eingliederung bestimmter Segmente und die Assimilierung der eingegliederten Segmente in eine evolutionäre Einheit von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft produziert und erweitert reproduziert. Logisch wie historisch gehen bestimmte Aspekte des kapitalistischen Staates (zentralisierte Verwaltung, Doktrin der Staatsräson usw.) seiner nationalen Form voraus, aber erst der Prozeß der äußeren wie inneren Kolonialisierung im Rahmen eines kapitalistischen Weltsystems – im Sinne Wallersteins „historischem Kapitalismus“ (Wallerstein 1984) – schafft „Nationen“, die sowohl das Zentrum als kolonisierende „Nationen“ als auch die Peripherie als kolonisierte „Nationen“ in einer

Rangordnung gliedern (vgl. Balibar/Wallerstein 1990: 103).

Die Konstruktion des Volkes

Die innere Kolonialisierung verlangt eine Homogenisierung und Universalisierung, die über die sozialen Ungleichheiten, Spaltungen und Differenzen hinweg die Konstruktion Volk-als-Nation ermöglicht. Nach Ernest Gellner ist dies das Produkt des Industrialismus, der in der neugeschaffenen Beziehung von Staat und Kultur eine „soziale Entropie“ (Gellner 1991: 98ff.) bewirke, welche die horizontalen wie vertikalen Differenzen der vorausgehenden agrarischen Gesellschaften auflöse. Denn: „Die industrielle Ordnung erfordert innerhalb politischer Einheiten eine Homogenität, die zumindest ausreicht, um einigermaßen reibungslose Mobilität zu gestatten und die ‚ethnische‘ Identifikation von Vor- oder Nachteilen wirtschaftlicher und politischer Art auszuschließen“ (Gellner 1991: 162). In den Mittelpunkt seiner Analyse des Nationalismus stellt er das Erziehungssystem, das dieser Aufgabe gerecht zu werden habe. Das staatliche „Erziehungsmonopol“ (Gellner 1991: 57) produziere die erforderliche kulturelle Homogenität, eine Universalisierung der „schriftgestützten Hochkultur“ (Gellner 1991: 58ff., 115), die die Nation im Unterschied zu anderen Gemeinschaften kennzeichne. Die Konstruktion Volk-als-Nation wäre, wollte man Gellner folgen, durch die ausschließlich „kulturelle Identität“ des modernen Menschen, seine Loyalität gegenüber der ihm im Erziehungssystem anerzogenen Kultur zu bestimmen.

Der Hinweis auf das Erziehungssystem ist ohne Zweifel von zentraler Bedeutung für die Konstruktion des Volkes, allerdings vernachlässigt Gellner die Artikulationen des Rassismus in der Nation-Form, die der Kulturbegriff geradezu transportiert (vgl. *diskus* 2/1990: 38ff.). Folgerichtig behandelt er die Rassismen als „entropie-resistente“ oder „kontra-entropische“ Identitäten, was seine Typologie der Nationalismen zu einem formalisierten Modell der Gegenüberstellung von „kultureller Einheit“ und „kultureller Dualität“ im Zugang zur Macht und zur Ausbildung werden läßt (Gellner 1991: 139ff.). Ausgeblendet bleibt somit das Bestreben der Nationalismen, die Konstruktion Volk-als-Nation mit einem genealogischen Mythos zu verknüpfen: mit einer „Abstammung“, wie sie etwa Sièyes in seiner Schrift *Qu'est-ce que le Tiers-état?* von 1789 für die von der „fränkischen“ Aristokratie „gereinigte Nation“, „nur aus Abkömmlingen der Gallier und Römer zusammengesetzt“, annahm (Sièyes 1988: 35), oder mit einem „Urvolk“, wie es beispielsweise Fichte 1808 seinem Programm einer Nationalerziehung für die Deutschen unterlegte (Fichte 1978: 106ff.). Volksgenealogien dieser Art lassen sich in allen Nationalismen des 19. und des 20. Jahrhunderts auffinden.

Der Nationalstaat stellt diese Verknüpfung von Nationalismus und Rassismus her, indem er ein raum-zeitliches Kontinuum schafft, um das „eigene Volk“ territorial zu homogenisieren und historisch zu universalisieren, die „fremden“ oder „unterentwickelten“ Traditionen innerhalb des nationalen Territoriums und der nationalen Geschichte dagegen tendenziell zu isolieren, zu negieren oder auszulöschen versucht. Sowohl in sozialer als auch in kultureller Hinsicht zerstört der Nationalstaat andere Muster der Traditionsbildung, indem er sie entweder der nationalen Tradition assimiliert oder im Namen dieser Tradition annihiliert. Die beiden wichtigsten historischen Kontrahenten des Nationalismus, der Regionalismus und der Internationalismus, sind bisher vor allem an dieser Konstruktion des „eigenen Volkes“, des Staatsvolkes gescheitert: wo sie nicht selbst zum Staat, etwa in Form des Separatismus/Irredentismus oder des „sozialistischen Vaterlandes“, und damit dem Nationalismus völlig symmetrisch geworden sind, treten regionalistische und internationalistische Artikulationen im Volk lediglich diskontinuierlich auf.

Für die Artikulationen des Rassismus in der Volksgenealogie gilt umgekehrt, daß sie eine ungebrochene Kontinuität besitzen und sich in unterschiedlichen Formen (impliziter und expliziter Rassismus, kulturalistischer und biologistischer Rassismus) und verschiedenen historischen Modi (universeller, superiorer, differentieller Rassismus) reproduzieren. Die Konstruktion Volk-als-Nation beruht folglich ideologisch auf einer „wechselseitige(n) Determination von Nationalismus und Rassismus“ (Balibar/Wallerstein 1990: 67) und einer „fluktuierende(n) Differenz“ (ebd.: 69) zwischen den Polen Universalität und Partikularität, wie sie Etienne Balibar herausgearbeitet hat (Vgl. Balibar/Wallerstein 1990: 49ff.; Balibar 1991). Die Artikulationen des Rassismus können die Homogenisierung und Universalisierung des „eigenen Volkes“ ebenso gut unterlaufen wie überbieten. Sie heften sich an die Territorialisierung einer Geschichte, um sie rassistisch zu substantialisieren, und an die Historizität eines Territoriums, um sie rassistisch zu spezifizieren; sie können sich zugleich oberhalb und unterhalb der Ebene des Nationalstaates bewegen; sie spalten tendenziell das Volk-als-Nation im Diesseits und transzendieren die Volksgenealogie im Jenseits der nationalen Grenzen.

Da kein Nationalstaat eine ethnische Basis besitzt, produziert er zur Modulation des ‚Volkskörpers‘, laut Balibar, eine „fiktive Ethnizität“, die zwei komplementäre Wege, sich „Volk“ als eine „absolut autonome Einheit vorzustellen“ (Balibar/Wallerstein 1990: 119), einschließt: die sprachliche Gemeinschaft und die rassistische Gemeinschaft. Balibar rekurriert damit zunächst auf die Nationalsprache, die im linguistisch-philologischen Nationalismus als „natürliche Sprache“ artikuliert ist, und sich tatsächlich in staatlich organisier-

ten Prozessen der Alphabetisierung, Schriftreformierung, Sprachplanung und Sprachnormierung vereinheitlicht (vgl. Calvet 1978; Coulmas 1985). Die sprachliche Gemeinschaft ist insofern eine Fiktion, als ihr – linguistisch gesprochen – ein gemeinsamer „Code“ zwischen Senderinnen und Empfängern unterstellt wird, der jenen sozial kommensurabel und völlig transparent erscheint. Die von Gellner aufgezeigte „kulturelle Homogenität“ hat in dieser Sprachgemeinschaft ihren Platz. Aber die sprachliche Gemeinschaft bleibt eine prekäre nationalstaatliche Homogenisierung, denn sie assimiliert tendenziell alle kompetenten Sprecherinnen und Sprecher und ihr Ausschlussmodus reicht kaum eine Generation zurück.

Allerdings geht die sprachliche Praxis darüber auch hinaus: die imaginäre Gemeinschaft der Kommunizierenden beharrt möglicherweise auf der Identifizierbarkeit der „Muttersprache“ als konstitutives Merkmal der Spaltung des ‚Selbst‘ von den ‚Anderen‘, die so zum „Ideal eines gemeinsamen Ursprungs“ und zur „Metapher für die gegenseitigen Liebe der Staatsangehörigen wird“ (Balibar/Wallerstein 1990: 121). Obgleich sie einer grundsätzlichen Unwägbarkeit der nationalen Zuschreibung ausgesetzt ist, liefert sie das Material einer rassischen Zuordnung. Die „sprachliche Gemeinschaft“ gleitet über zur „rassischen Gemeinschaft“, da sie rassistisch überdeterminiert ist. Aber auch umgekehrt: in ihr artikuliert sich die rassische Gemeinschaft, deren konstitutives Merkmal die „ursprüngliche Verwandtschaft“, die Eingliederung der Individuen in die Volksgenealogie bildet, wie sie in der Metapher der Nation als der „großen Familie“ verdichtet ist (vgl. Balibar/Wallerstein 1990: 123). Die rassische Gemeinschaft fußt im Unterschied zur Sprachgemeinschaft auf einer fiktiven Kette der Generationen, die sich quasi beliebig in Vergangenheit und Zukunft verlängern läßt, aber Integration und Assimilation per se reduziert oder sogar ganz ausschließt.

Die imaginäre Gemeinschaft der Rassisten und Rassistinnen, so läßt sich vermuten, findet ihre Praxis in den reglementierten Formen des Heiratsverhaltens (vgl. *diskus* 4/1991: 49), das sie auf den Nationalstaat projiziert, der es wiederum postwendend in der Einrichtung von Standesämtern, durch die Familienberatung und die national-rassistisch fixierte Familienpolitik und Sozialfürsorge bestätigt. Balibar zumindest geht davon aus, daß das „Paar Familie-Schule“ als institutionelles Ensemble einen ideologischen Staatsapparat bildet, der unter anderem die fiktive Ethnizität von „Sprache“ und „Rasse“ reproduziert, so daß „die heutige Bedeutung der allgemeinen Schulpflicht und der Familienzelle nicht nur in dem funktionalen Stellenwert liegt, den sie für die Reproduktion der Arbeitskraft haben, sondern darin, daß sie diese Reproduktion der Bildung einer fiktiven Ethnizität unterordnen, d.h. der Artikulation einer sprachli-

chen und einer rassischen Gemeinschaft, die implizit in der Bevölkerungspolitik vorhanden ist“ (Balibar/Wallerstein 1990: 126). Entscheidende Orte der Konstruktion Volks-Nation hat der Nationalstaat folglich in der „zivilgesellschaftlichen“ und in der vermeintlich „privaten“ Einrichtung, in denen die Vermittlung von Kompetenz in der jeweiligen Schriftsprache und die Einübung generativen Verhaltens stattfindet und welche die staatliche Bevölkerungsplanung lediglich antizipierend und koordinierend einzusetzen hat.

Die „Nation Europa“ und die Grenzen der Festungsmetaphorik

Vor dem Hintergrund solcher staats- und ideologietheoretischer Überlegungen läßt sich ermitteln, welchen Schwierigkeiten und Gefahren die Konstruktion einer „Nation Europa“ ausgesetzt ist. Die Herausbildung eines vereinigten Europas kapitalistischer Staaten vollzieht sich nicht in einem Prozeß der self-fulfilling prophecy, die das Zeitalter der Nationalstaaten einfach für beendet erklärt. Deklarationen der europäischen Integration im Rahmen einer nationalen Politik, wie etwa der gegenwärtigen Bundesregierung, bestätigen vielmehr den Verdacht, daß es sich dabei um ein hegemoniales Projekt „Deutschland im Herzen Europas“ handelt, welches der Dominanz der BRD im Europäischen Währungssystem, ihrer Rolle als „Wirtschaftsminister Gesamteuropas“ (Lipietz 1989: 56) eine politisch-strategische Machtdimension hinzufügt: Indem die erweiterte BRD die „neue Aufgabe einer Schaniermacht zwischen West und Ost übernimmt“ (Ziebur 1991: 138), kommt ihr eine zentrale Rolle bei der Umstrukturierung und Neuordnung Europas, insbesondere bei der Festlegung der wichtigen Grenzziehungen in Mittel-, Ost- und Südosteuropa zu. Nicht zuletzt an der Nötigung anderer EG-Staaten, Slowenien und Kroatien als „souveräne Nationalstaaten“ anzuerkennen, hat sich dabei gezeigt, nach welchem Muster die BRD diese Aufgabe erfüllt. Die Anerkennungspolitik folgt der Prämisse, der „ethnisch-sprachlichen Gemeinschaft“ einen Primat gegenüber der Schaffung supra-nationaler Strukturen einzuräumen, also neue Nationalstaaten zu etablieren und die Konsequenzen rassistisch-nationalstaatlicher Homogenisierung zu forcieren. Die Tendenz zum Primat des Nationalstaates, welche die Annexion der DDR dominierte, wird somit auch EG-außenpolitisch durch die Dominanz der BRD gestärkt.

Der Prozeß der sozialen und ökonomischen Integration des „neuen Deutschland“ ist jedoch noch lange nicht abgeschlossen, ja sogar nicht einmal richtig in Gang gekommen (vgl. Esser 1991). Der Primat des deutschen Nationalstaates wirkt in dieser Hinsicht dem vorgegebenen Ziel entgegen, die nationalstaatlichen Ungleichzeitigkeiten und

KOMMUNE

I M F E B R U A R

Thema: Frauenbilder, Männergewalt • Die Erben der Dritten Welt – Die algerischen Ereignisse • Zu Hause im Krieg in Kroatien • Nicaraguanisches Intermezzo tropical. Reise in ein Land im Umbruch • Öko-Realismus: Einsicht in die Katastrophe • Stasi-Erbe: ein deutsches Gruselstück • Debatte: Antideutscher Antirassismus? • MarxLektüre: Simmels »Philosophie des Geldes« • Drago Jančar antwortet auf Peter Handkes Kroatien-/Jugoslawien-Buch

»Längst ist sie für Insider die interessanteste Monatszeitung aus dem links-grün-alternativen Spektrum: ... beinahe unentbehrlich geworden für alle, die sich mit aktuellen Fragen gründlicher beschäftigen wollen.«
die tageszeitung

Interessiert? Probeabo machen!

Ich bestelle

- ☐ Einzelheft 2/92 für 10 DM
- ☐ Drei-Monats-Probeabo = 3 Hefte für 20 DM (ohne automatische Verlängerung)

Bestellungen nur gegen Vorkasse!

Datum/Unterschrift

Diese Bestellung kann innerhalb 7 Tagen schriftlich widerrufen werden. Davon habe ich Kenntnis genommen:

Zweite Unterschrift

Einsenden (Scheck/Schein/Briefm. beilegen!)

Kommune • Postfach 900609 • 6 Frankfurt 90


K A R L M A R X
B U C H H A N D L U N G G M B H
+ A N T I Q U A R I A T
J O R D A N S T R. 11 • 6 F R A N K F U R T / M. 90
T E L E F O N 0 6 9 / 7 7 8 8 0 7 + 0 3

Ungleichmäßigkeiten in der EG zu koordinieren. Weder das Ensemble der europäischen Institutionen und supra-nationalen Staatsapparate noch die Konstruktion eines „europäischen Volkes“ hat bisher eine Kohärenz erreicht, welche den Nationalstaat und die nationale Hegemonie der Kapitalfraktionen ersetzen könnte. Das Beispiel der Angliederung der ehemaligen DDR hat die Schwäche der supra-nationalen Institutionen und Apparate im Bereich der EG gegenüber dem Nationalstaat BRD verdeutlicht: sie haben weder die Dynamik der Annexion noch die nationalstaatlichen Imperative, unter denen sie stattfand, verhindert oder auch nur koordinierend abgefedert. Obgleich daher die Etablierung eines „Superstaates“ EG und der „Nation Europa“ kaum absehbar ist, wäre der Umkehrschluß einer Restituierung der „alten Nationalstaaten“ aus der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg eine trügerische Vorstellung. Tatsächlich ist die Stellung der Nationalstaaten durch die Internationalisierung der Produktion und die Dominanz der multinationalen Kapitalfraktion von einem grundlegenden Widerspruch durchzogen: „Ihre Kapazität zur politischen Modifikation der Kapitalverwertungsbedingungen und zur Durchsetzung eigenständiger kapitalistischer Entwicklungs- und Wachstumsmodelle, damit aber auch ihre Fähigkeit zur Vermittlung von Hegemonie nimmt ab und wird zugleich notwendiger“ (Hirsch 1991: 55). In diesem Widerspruch verknüpfen sich die Tendenz zum Nationalstaat autoritärer Prägung bei geringer werdender Massenintegration (vgl. die Analyse des „autoritären Etatismus“ in Poulantzas 1978) und die Tendenz zu supra-nationalen Staatsstrukturen.



Buchhandlung Schutt

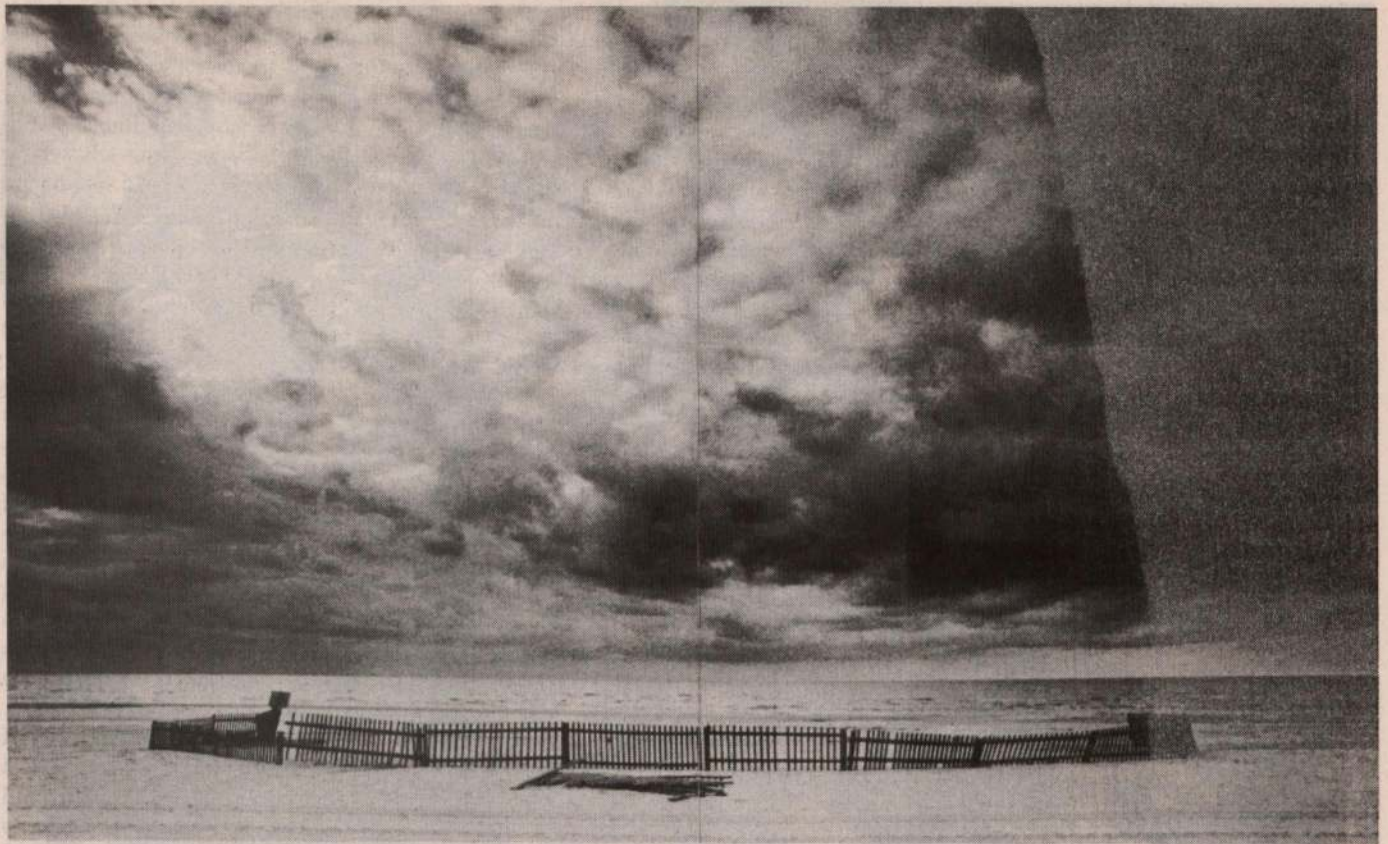
Am Bornheimer Uhrtürmchen
Arnsburger Straße 76
6000 Frankfurt am Main 60
Telefon: 069/43 51 73

Die bisherige Konsolidierung der Nationalstaaten war gekennzeichnet durch eine „Demokratisierung der Politik“ als „Nationalisierung der Massen“, wie Nationalisten und Faschisten sie stets propagierten, das heißt als staatlich-reglementierte Formierung der Massen in unterschiedlichen politischen und ideologischen Formen und Institutionen: in Wahlen, Wahlkämpfen und Volksabstimmungen, in der Armee und der Militarisierung der Politik, in Militärparaden und semimilitärischen Aufmärschen, in Massen- oder Volksparteien, im Sport und in den Massenmedien wie Presse, Film, Rundfunk und Fernsehen (vgl. Hobsbawm 1991: 131, 167). Die „Demokratisierung“ bedeutet in dieser Hinsicht eine „Nationalisierung der Gesellschaft“, die sich erst im 20. Jahrhundert durch den nationalen Sozialstaat beziehungsweise den „sozialen Nationalstaat“, der die gesamte Reproduktion seiner StaatsbürgerInnen in der „öffentlichen“ und „privaten“ Sphäre gewährleistet und reguliert, in Europa realisierte (vgl. Balibars These der „verspäteten Nationalisierung der Gesellschaft“; Balibar/Wallerstein 1990: 113f.). Der Zwang zu supra-nationalen Strukturen schwächt die für die nationale Hegemonie der Kapitalfraktionen im Verhältnis zu den beherrschten Klassen lebenswichtige Tendenz zum „sozialen Nationalstaat“, durch die soziale Kämpfe und Konflikte, Widersprüche und Spaltungen, Ungleichzeitigkeiten und Ungleichmäßigkeiten kanalisiert, umgeformt und homogenisiert werden; er bewirkt zudem ein Schwinden der „nationalen(n) Souveränität; nicht nur in der Politik der europäischen Regierungen, sondern auch der institutionellen Materialität der verschiedenen Staaten“ (Poulantzas 1978: 222). Umgekehrt aber verstärkt er eine sekundäre Nationalisierung der Gesellschaft im Ideologischen, nämlich die nationalen Anrufungen, in denen sich die Bekräftigung „nationaler Identität“ mit den Artikulationen des differentiellen Rassismus (Neo-Rassismus) verbindet: die Bedrohungs- und Ausgrenzungsdiskurse über die invarianten Differenzen zwischen den Kulturkreisen, über deren Unüberwindbarkeit und Unvereinbarkeit, über den Fundamentalismus, die Intoleranz und die Kriminalität der „Anderen“. Das institutionelle Muster, wie beides zusammengeht, liefern die Polizeiminister-Konferenzen und Gruppen der TREVI („Terrorismus, Radicalism, Extremism, Violence International“) sowie die „Ad Hoc-Gruppe Migration“, welche innerhalb der EG die Leitlinien für die „Innere Sicherheit“ ausarbeiten, und schließlich die Planung eines „Europäischen Kriminalamtes“ im gleichen Kontext.

Unverkennbar kristallisiert sich die Transformation der Nation-Form – in ihren ökonomischen, politischen und ideologischen Dimensionen – um die Migrationsprozesse und den Aufbau eines europäischen Sicherheitsstaates mit geschlossenen Grenzen. In der Kritik an der Migrations-, Ausländer- und Asylpolitik im Bereich der EG hat sich nicht

ohne Grund die Metapher von der „Festung Europa“ leicht eingestellt, um die „Abschottung des reichen Westeuropas gegen die verarmten Massen der ‚Dritten Welt‘“ (Voss 1992) oder die Maßnahmen zur „Abschirmung“ gegen eine vermeintliche Migrationsbewegung aus dem „Osten“ (Stölting 1991) zu charakterisieren. Doch mit dieser Metapher sollte behutsamer umgegangen werden, den sie produziert neben dem Sinneffekt der Abschottung und Abschirmung auch noch den der Befestigung und der Belagerung, wie er in der nationalsozialistischen Kriegspropaganda diskursiv vorkonstruiert ist (vgl. Klemperer 1985: 171ff.). Die Wirkung der Festungsmetapher kann sich umkehren, nicht nur, indem sie das Menetekel des „Vierten Reiches“ hervorruft, sondern in einer Bestätigung jener planungstechnokratischen Imperative, die gerade in Zweifel zu ziehen und zu kritisieren wären. Mehr noch, sie suggeriert eine innere Homogenität der „Nation Europa“, mit allen Konsequenzen der Historizität eines europäischen Territoriums und der Territorialisierung einer europäischen Geschichte, die sich schnell als ein unsicherer Wechsel des Europäismus auf die Zukunft herausstellen kann. Daß etwa Historiker als konzeptive Intellektuelle an beidem arbeiten (vgl. z.B. Pomian 1991) und so die planungstechnokratischen Vorschläge und Maßnahmen durch Legendenbildungen über historische Stufen der europäischen Einigung und die Einheit eines „europäischen Geistes“ begleiten, ist kein neues Phänomen und demonstriert, daß der Europäismus ein ideologisch umkämpftes Feld ist. Bisher sind jedoch weder die Grenzen Europas bereits fixiert, noch ist die Geschichte der „Nation Europa“ bereits geschrieben. In dieser Hinsicht wirkt die Metapher „Festung Europa“ desorientierend, weil sie bestimmte äußere Grenzziehungen invers bestätigt und innere Grenzziehungen ignoriert. Die gegenwärtige Situation ist dagegen meines Erachtens vor allem durch ein Changieren zwischen einer imaginären Gemeinschaft der EuropäerInnen und einer solchen mit „nationaler Identifikation“ gekennzeichnet, worin sich die hegemoniale Instabilität und zugleich die hegemonialen Machtansprüche, die Schwächung des Nationalstaates und seine Versteifung im autoritären Etatismus zeigen.

Die radikale Linke kann sich auf das damit verbundene Spiel zwischen der Option für die Vereinigten Staaten von (West-)Europa unter der Dominanz des multinationalen Kapitals und dem Prinzip der Nationalität nicht einlassen; politisch kann sie sich weder einem europäisierten Verfassungspatriotismus als stets unzufriedener Juniorpartner andienen, noch in der Illusion einer besseren, machtpolitisch geläuterten „nationalen Identität“ wiegen. Die Metapher „Festung Europa“ steht ihr vielmehr dafür, eine Politik der offenen Grenzen und des Humanismus einzuklagen, die in der Tradition der Kritik an Patriotismus wie Nationalismus bis auf die linkshegelianischen



Intellektuellen zurückgeht. 1844 formulierte Arnold Ruge: „Nicht die Fremden (les étrangers) sind ins Auge zu fassen, sondern die Gegner (les ennemis), wo sie auch sind. (...) Der Patriotismus hat den Feind in der Fremde und vergißt über dieser Vorstellung den einheimischen Feind, den er vor sich und den principiellen Freund, den er in der Fremde hat“ (Ruge 1990: 48f.). Unter dem Eindruck des Vormarsches der industriellen Bourgeoisie und der Entstehung der proletarischen Bewegung hat Marx dann den abstrakten Humanismus von Ruge in die Bestimmung eines sozialen Verhältnisses, des Klassenkampfes umgearbeitet und historisch konkretisiert. Die Verwendung der Metapher „Festung Europa“ signalisiert die Schwierigkeit, vom abstrakten Humanismus zu einer Theorie der sozialen Widersprüche und Spaltungen überzugehen, welche erst dazu beitrüge, die Artikulationen sozialer Ungerechtigkeit und Unterdrückung ihrer nationalen Formierung zu entwinden. Zu einer Kritik der Politik überzugehen, die den Nationalismus desartikuliert, ohne dem Mythos des Sozialen, der selbstgerechten Evidenz einer „Einheit des internationalen Klassenkampfes“ zu verfallen, welche die Aporien des traditionellen Anti-Nationalismus und Internationalismus der radikalen Linken markieren.

Jost Müller

LITERATUR:

Althusser, Louis (1977): Ideologie und ideologische Staatsapparate. Hamburg, Westberlin.
 Anderson, Benedict (1988): Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts. Frankfurt/M., New York.
 Balibar, Etienne (1991): Der Rassismus: auch noch ein Universalismus. In: Bielefeld, Uli (Hrsg.): Das Eigene und das Fremde. Neuer Rassismus in der Alten Welt? Hamburg 1991, S. 175-188.
 Balibar, Etienne/Wallerstein, Immanuel (1990): Rasse, Klasse, Nation. Ambivalente Identitäten. Hamburg, Berlin.
 Calvet, Louis-Jean (1978): Die Sprachenfresser. Ein Versuch über Linguistik und Kolonialismus. Berlin.
 Coulmas, Florian (1985): Sprache und Staat. Studien zur Sprachplanung. Berlin, New York.
 Demirovic, Alex (1991): Vom Vorurteil zum Neorassismus. Das Objekt ‚Rassismus‘ in Ideologiekritik und Ideologietheorie. In: *diskus* 4/1991.
 Deutsch, Karl W. (1985): Nation und Welt. In: Winkler, Heinrich August (Hrsg.): Nationalismus. 2. Aufl. Königstein/Ts. 1985, S.49-66.
 Esser, Josef (1991): Das neue Deutschland – zwei Gesellschaften in einem Staat. In: *links*, Nr. 285 (Nov.) u. 286 (Dez.).
 Fichte, Johann Gottlieb (1978): Reden an die deutsche Nation. 5. Aufl. Hamburg.
 Gellner, Ernest (1991): Nationalismus und Moderne. Berlin.
 Hirsch, Joachim (1990): Kapitalismus ohne Alternative? Materialistische Gesellschaftstheorie und Möglichkeiten einer sozialistischen Politik heute. Hamburg.

Hobsbawm, Eric J. (1991): Nationen und Nationalismus, Mythos und Realität seit 1780. Frankfurt/M., New York.
 Klemperer, Victor (1985): LIT. Notizbuch eines Philologen. 3. Aufl. Frankfurt/M.
 Lipietz, Alain (1989): Europa als letztes Aufgebot für einen weltweiten Wirtschaftsaufschwung? In: *Das Argument* 173 (Jan./Feb.).
 Mármora, Leopoldo (1983): Nation und Internationalismus. Probleme und Perspektiven eines sozialistischen Nationbegriffs. Bremen, Lüdinghausen.
 Müller, Jost (1990): Rassismus und die Fallstricke des gewöhnlichen Antirassismus. In: *diskus* 2/1990.
 Pomian, Krzysztof (1991): Europa und seine Nationen. Berlin.
 Poulantzas, Nicos (1978): Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Sozialistische Demokratie. Hamburg.
 Poulantzas, Nicos (1980): Politische Macht und gesellschaftliche Klassen. 2. Aufl. Frankfurt/M.
 Ruge, Arnold (1990): Patriotismus. Frankfurt/M.
 Schmitt, Carl (1989): Verfassungslehre. 7. Aufl. Berlin.
 Sièyes, Emmanuel Joseph (1988): Was ist der Dritte Stand. Essen.
 Stölting, Erhard (1991): Festung Europa. Grenzziehungen in der Ost-West-Migration. In: *Prokla* 83 (Jun.).
 Voss, Eckhard (1992): Back to the Future. In: *konkret* 1/1992.
 Wallerstein, Immanuel (1984): Der historische Kapitalismus. Berlin.
 Ziebur, Gilbert (1991): Golfkrieg, „neue Weltordnung“ und die Folgen für Deutschland. In: *Gewerkschaftliche Monatshefte* 3/1991.



Schwammichte Teile

Wissenschaftler sieht Armut der Menschen in klimato-erwerbswirtschaftlicher Prägung begründet

BONN, 7. Januar. Der Zustand der Wirtschaft einer Region und ihre Beschäftigungslage hängt nach Meinung von Wissenschaftlern erheblich von der Mentalität der jeweiligen Bevölkerung ab und kann nur in Grenzen durch den politischen Anspruch gleicher materieller Lebensbedingungen beeinflusst werden. Zu diesem provozierenden Ergebnis kommt das „Institut der Wirtschaft und Gesellschaft (IWG), Bonn“ in einer von der Bertelsmann-Stiftung geförderten Untersuchung

über „wirtschafts- und arbeitskulturelle Unterschiede in Deutschland“. Das Institut war vor Jahren vom jetzigen sächsischen Ministerpräsidenten Kurt Biedenkopf (CDU) gegründet worden.

IWG-Leiter Miegel sagte am Dienstag bei der Vorstellung der Untersuchung in Bonn, die Studie lege den Schluß nahe, daß auf Dauer Hilfen und Transferleistungen aus den reicheren in die ärmeren Regionen wegen der unterschiedlichen Prägungen der Bevölkerung

nichts an dem wirtschaftlichen Gefälle würden ändern können. Fraglich ist nach seiner Auffassung nicht nur, ob die Politik gleiche materielle Lebensbedingungen in einem Land herstellen kann, sondern auch, ob sie diese überhaupt herstellen soll.

Als wichtigsten Grund dafür, daß sich trotz jahrzehntelanger Ausgleichsleistungen nichts am bestehenden Wirtschaftsgefälle in Deutschland – aber auch in der Europäischen Gemeinschaft (EG) und darüber hin-

aus – geändert habe, nannte der Wissenschaftler unterschiedliche Arbeitsmoral und Leistungswillen der jeweiligen Bevölkerungen. Die meisten Politiker beantworteten die heikle, weil konfliktträchtige Frage nicht, ob das Wirtschafts- und Beschäftigungsgefälle – zumindest auch – in den subjektiven Neigungen und Verhaltensweisen der Betroffenen Menschen begründet sein könnte, sagte Miegel. Er bezog sich dabei auf die, wie er es nannte, Tabuisierung subjektiver Andersartigkeit ganzer Völker und Volksteile.

Dieser Tabuisierung gelte es entgegenzutreten, betonte Miegel und verwies auf den „großen deutschen Aufklärungsphilosophen“ Immanuel Kant, der seinerzeit schon die Ursache der subjektiven Andersartigkeiten in der Umweltbeschaffenheit, insbesondere des Klimas gefunden und dessen Auswirkungen nicht nur auf die „unterschiedlichen Denk- und Anschauungsweisen sowie wirtschafts- und arbeitskulturellen Einstellungen, sondern sogar bis in die Feinheiten der Physiognomie“ hinein verfolgt habe.

„Der Wuchs der schwammichten Teile des Körpers mußte in einem heißen und feuchten Klima zunehmen“, zitierte Miegel aus dem Kantschen Werk, „daher eine dicke Stülpnase und Wurstlippen. Die Haut mußte geölt sein, nicht bloß um die zu starke Ausdünstung zu mäßigen, sondern die schädliche Einsaugung der fäulichen Feuchtigkeiten der Luft zu verhüten. Der Überfluß der Eisenteilchen, die sonst in jedem Menschenblute angetroffen werden, und hier durch die Ausdünstung des phosphorischen Säuren (wonach alle Neger stinken) in der netzförmigen Substanz gefällt worden, verursacht die durch das Oberhäutchen durchscheinende Schwärze, und der starke Eisengehalt im Blute scheint auch nötig zu sein, um der Erschlaffung aller Teile vorzubeugen. Das Öl der Haut, welches den zum Haareswuchs erforderlichen Nahrungsschleim schwächt, verstattete kaum die Erzeugung einer den Kopf bedeckenden Wolle. Übrigens ist die feuchte Wärme dem starken Wuchs der Tiere überhaupt beförderlich, und kurz, es entspringt der Neger, der seinem Klima wohl angemessen, nämlich stark, fleischig, gelenk, aber unter der reichlichen Versorgung seines Mutterlandes faul, weichlich und tadelnd ist.“

Aufgrund dieser Evidenzen verneinte Miegel jegliche Hoffnung bezüglich einer Aufhebung des Nord-Süd-Gefälles, räumte jedoch ein, daß seine Schlußfolgerungen auch im Blick auf die deutsche Einheit erhebliche Konsequenzen hätten. Deutsche hätten in West und Ost während der zurückliegenden 40 Jahre recht unterschiedliche klimato-erwerbswirtschaftliche Prägungen erfahren. „Solche neigungs- und verhaltensbedingten Unterschiede wirtschaftlichen Handelns sollten nicht durch Transfers ausgeglichen werden“, riet der IWG-Chef. Man könne nur davor warnen, die Menschen über einen Kamm zu scheren. Die Ostdeutschen hätten sich nun mal unter dem Einfluß des stetigen Kollektivierungsklimas zu Gemeinschaftsmenschen gewandelt, die sich für Erfolge und Mißerfolge nicht selbst verantwortlich fühlen. Eine Angleichung an die individualistischere Grundhaltung der westdeutschen Erwerbsbevölkerung, welche sich durch Wettbewerbs- und Durchsetzungsbereitschaft des einzelnen auszeichne, sei unmöglich. Die kurze Geschichte der deutschen Einheit habe die alte Weisheit bestätigt, daß man Wetter nun mal nicht machen könne. Angesichts der enormen Bedeutung des Klimas für den menschlichen Geistes- und Körperbau liege der Verlust dieses Wissens am Grunde des deutschen Problems: Er, Miegel, als einer der letzten wetterfähigen Menschen hingegen werde jedoch nicht ermüden, vor den verheerenden Sturm Schäden zu warnen, die der Zusammenprall dieser beiden so unterschiedlichen Wetterfronten unweigerlich zeitigen müsse.

Raymund Burghardt

Weiterführende Literatur:

Kant, Immanuel, Von den verschiedenen Rassen der Menschen, Königsberg 1775
Frankfurter Rundschau, 8.1.1992, S. 1

atom

Nr. 37 Winter 91/92

Aus dem Inhalt :

➔ Anti-AKW-BUKO in Marburg

Ist die Krise der Bewegung vom Tisch?

Aufruf: "Kein neues Atomgesetz"

➔ Rot-Grüne Atompolitik - Eine Geschichte ohne Ausstieg

Vom vielbeschworenen Ausstieg ist außer Lippenbekenntnissen nicht viel übrig geblieben

- Erklärung der Nieders. Standorte
- Die Unglaubwürdigkeit der Ausstiegspolitik

➔ Endlager

- Asse II: Hochradioakt. US-Atom Müll
- Schacht Konrad; Atomtransporte
- Gorleben

➔ Karlsruhe - Hanau

- Pretoria-Bagdad
- Beihilfe zur Atombombe?!
- Stop für Mox in Hanau?

➔ Rassismus - Neue Fragen? Neue Antworten?

- Die Fascho-Szene in Stiefel u. Frack
- Anti-Fa Ratschlag Dresden
- Solidarität ist eine Waffe - Autonome Unterstützung für Flüchtlinge in Norderstedt
- Für offene Grenzen auch in unseren Köpfen
- Linke, Antirassismus u. Theorie
- Alle Grenzen offen
- Bundesverdienstkreuz für Herbert Gruhl

➔ Kriminalisierung

- Freiheit für Knud u. Ralf
- Notbremse im WAA-Prozeß

Die atom erscheint zweimonatlich, 68 Seiten, Einzelpreis 5 Mark (+ Porto), Abo für 5 Ausgaben 30 DM Ab 4 Ex. 3,50DM (+ Porto)

Bestelladresse:

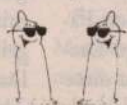
atom, Postfach 1109,
2120 Lüneburg

CONDOMERIA

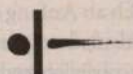
Gutleutstraße 139, 2 Min. vom Basler Platz
Telefon 069/25 29 87, Fax 069/23 72 27

Das einzigartige Fachgeschäft zur Liebe und Sexualität.
CONDOME · CONDOMGESCHENKE · COMICS · BÜCHER und VIDEOS

Alles zur Liebe, Lust und Leidenschaft, Verhütung, Körper und Sexualität.
Fordern Sie unseren kostenlosen Katalog an.



Mo - Fr 11 - 18.30 Uhr, Sa 11 - 14 Uhr



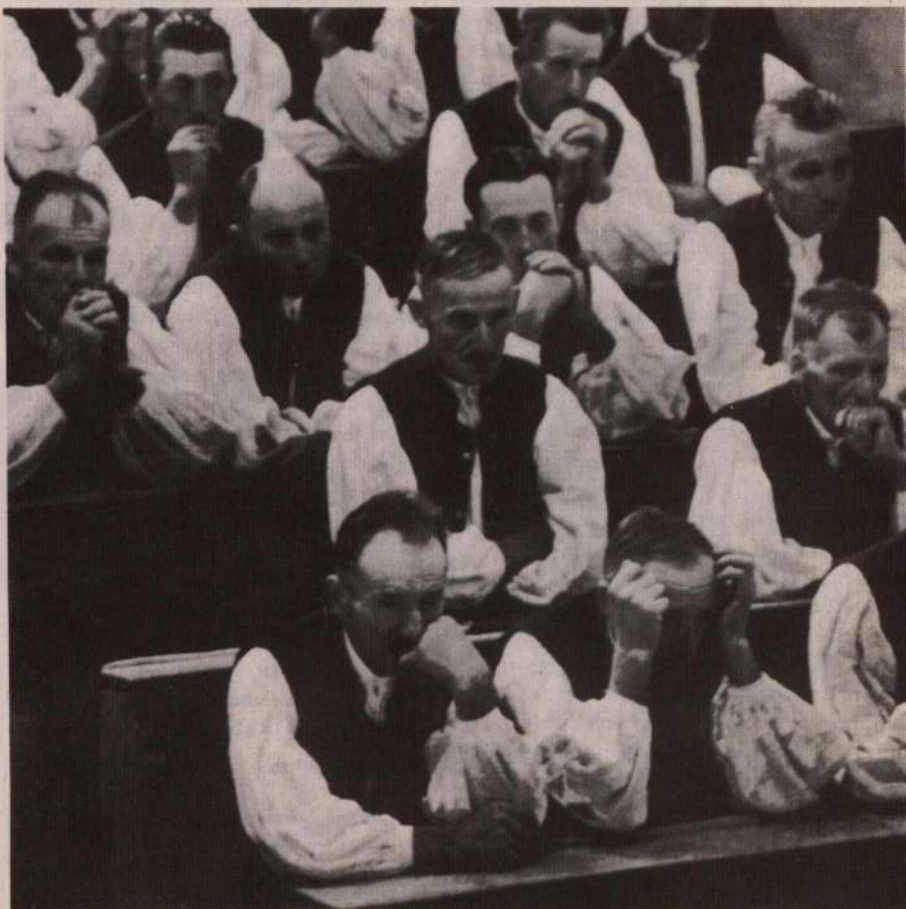
PROFAMILIA
Verlagsgesellschaft

Rot-Grüne Re-Hierarchisierung

Wiesbadener Vorschläge zur »Strukturverbesserung« an den geisteswissenschaftlichen Fachbereichen

Unbehelligt plant die rot-grüne Landesregierung in Hessen eine drastische Reduzierung der Lehrstühle in den Geisteswissenschaften. Für die Germanistik an der Frankfurter Universität etwa sieht das Wissenschaftsministerium bis zum Jahr 2000 einen Abbau um 15 % vor, hochgerechnet auf das Jahr 2007 ergeben sich sogar 70 %. Die miserablen Studien- und Prüfungsbedingungen in Frankfurt lassen die Ministerialbürokratie nicht nur kalt, sondern sollen sich nach deren Planungen auch noch verschärfen. Der *diskus*-Autor Gisbert Lepper kommentiert als Germanistikprofessor den hessischen Erläufentwurf zur Stellenentwicklung und macht auf hochschulpolitische Implikationen des beabsichtigten Mißverhältnisses zwischen der wachsenden Zahl von StudentInnen und der schrumpfenden Zahl von Lehr- und Prüfungsberechtigten an den betroffenen Fachbereichen aufmerksam.

Im Februar vorigen Jahres hat das Hessische Ministerium für Wissenschaft und Kunst den ihm unterstehenden Universitäten einen Erläufentwurf zur Stellenentwicklung in den „geisteswissenschaftlichen Fächern ... während der Jahre 1991 bis 2000“ zukommen lassen. Begründet wird das Papier mit dem Erfolg eines Erlasses aus der Amtszeit der sozialdemokratischen Wissenschaftsministerin Vera Rüdiger 1984. Es ging damals um den Abzug von Planstellen aus den geisteswissenschaftlichen Fachbereichen in dem bevorstehenden Jahrfünft bis 1990. Die betroffenen Fachbereiche wehrten sich redlich gegen dieses – so der Titel – „Konzept zur Reduzierung (überschüssiger) Ausbildungskapazitäten“. Sie monierten, daß der Erläuf auf zweifelhaften Vorannahmen und auf dem Berechnungsverfahren der „Kapazitäts-Verordnung“ basierte, in der stets von der Binnengliederung der Fächer in Institute und Abteilungen abstrahiert worden war. Ein Protest ohne Erfolg, wie man weiß. – Nun hingegen heißt es: „Das Konzept fand an den Hochschulen grundsätzlich Zustimmung, unbeschadet von Meinungsverschiedenheiten im Einzelfall. (...) Die guten Erfahrungen der letzten fünf Jahre legen es nahe, das Konzept nach Ablauf seines ursprünglichen Planungszeitraums fortzuschreiben, um den geisteswis-



senschaftlichen Fächern an den hessischen Universitäten auch für die neunziger Jahre eine Perspektive zu geben ...“

Mitte der 80er Jahre wurde eine Verfügung zum Stellenabbau noch „Reduktionserlaß“ genannt. Ihre „Fortreibung“, deren Kern nur aus einer Stellenliste mit Umwandlungs- oder Wiederbesetzungsvermerken besteht, trägt eine Argumentationsfassade, die aus einer Beschönigung der bisherigen Stellenabzüge und legitimatorischen Rationalisierungen wie „Planungssicherheit“, „inhaltliche Zielsetzung“, „Perspektive“, „Strukturverbesserung“ und „Beibehaltung des Stellenbestands“ zusammengeleimt ist. Der frühere Erläuf rechtfertigte die Reduktion der Hochschullehrerstellen mit einer „demographischen“ Prognose, die bereits damals angreifbar war und die sich inzwischen als falsch erwiesen hat, daß nämlich ab Anfang der 90er Jahre die Studentenzahl in den geisteswissenschaftlichen Fächern zurückgehen werde. Der jetzige Entwurf hält es nicht nur für unnötig, auf diese Fehlprognose einzugehen; er schafft sie viel-

mehr aus der Welt mit dem irreführenden Hinweis auf die damals „stark gesunkene(n) Studentenzahlen in den Lehramtsstudiengängen“.

Tatsächlich ist die Zahl der Studentinnen und Studenten seither – wegen der noch immer steigenden Jahrgangsquote der Studierenden – permanent angewachsen. Daß es überdies Magisterstudenten gibt, deren Andrang in den Geisteswissenschaften seit den ausgehenden 70er Jahren das verringerte Interesse für die Lehramtsstudiengänge ständig überkompensiert hat, darüber hüllt sich der Entwurf in berechnendes Schweigen. – Das hat, um aufs Grundsätzliche zu kommen, den Vorteil, den „heutigen Stand“ stillschweigend zur Bemessungsgrundlage der Stellenplanung zu machen. Aber war denn nicht noch vor kurzem von „Überlast“ die Rede, die man glaubte den Hochschulen zumuten zu dürfen, mit der festen Zusicherung, die daraus sich ergebenden Ausbildungsprobleme sollten kein Dauerzustand bleiben. An diese Zusicherung scheint sich das Wissenschaftsministerium

den geisteswissenschaftlichen Fächern gegenüber nicht mehr gebunden zu fühlen. Statt dessen schreibt es sogar die Fehlprognose weiter fort. Bemerkenswert sind die Sätze, die die diesbezügliche Behauptung umrahmen:

„Die Ausgangslage für die Geisteswissenschaften hat sich gegenüber 1985 insofern verbessert, als der Ende der neunziger Jahre an den Schulen verstärkt einsetzende Ersatzbedarf für altersbedingt ausscheidende Lehrer in Verbindung mit wieder steigenden Schülerzahlen sich positiv auf die Studienplatznachfrage für Lehramtsstudiengänge auszuwirken beginnt. Vor einer Überschätzung der Berufschancen von Lehramtsabsolventen muß aber weiterhin gewarnt werden. Hinzu kommt, daß die Anzahl der Studienanfänger an den Hochschulen aus demographischen Gründen während der neunziger Jahre insgesamt gegenüber dem heutigen Stand zurückgehen wird. Daher erscheinen Spekulationen von Fachvertretern über eine zu erwartende hohe Steigerung der Studienplatznachfrage in den Geisteswissenschaften zu optimistisch.“

Nach ihrem Realitätsverhältnis zu urteilen, sind diese Sätze nur komisch. Da sie aber aus der entscheidenden Machtposition formuliert sind, spricht aus ihnen bürokratische Gleichgültigkeit oder Geringschätzung. Geringschätzung der Ausbildungsansprüche von Studenten, die außer der fehlenden Berufsperspektive noch die Abfertigung in überfüllten Lehrveranstaltungen in Kauf zu nehmen haben. Geringschätzung der Bemühung der Dozenten, diese zweckwidrigen Großveranstaltungen zusammenzuhalten und ihren Prüfungsverpflichtungen nachzukommen. Von „Spekulationen“ läßt sich vor allem das Ministerium leiten, von Spekulationen freilich besonderer Art. Es sind Spekulationen auf das kurze Gedächtnis der Fachvertreter, auf die Apathie der Studenten, Spekulationen auf das Sicherheitsgefühl und die Wurstigkeit („Nach mir die Sintflut“) der derzeitigen Stelleninhaber und die Spekulation, daß sich die kleinen und großen Fächer, die mehr und die minder betroffenen Institute werden auseinanderdividieren lassen. Kurz, es sind Kennzeichen einer autokratischen Verwaltungspraxis, eingehüllt in eine „Vorschlags“Rhetorik. Und das erklärt denn auch die monströse Rationalisierung, die den Eingangsteil des Erlasses kennzeichnet.

Den Durchführungsbestimmungen der Anlage läßt sich entnehmen, daß die geplante Anpassung der bestehenden an die im Hochschulrecht vorgeschriebene Stellenstruktur (Abschaffung der C 2-Stellen), insbesondere aber die beabsichtigte „Strukturverbesserung“, d.h. die Absicht, „eine Reihe freiwerdender Professoren- in Qualifikationsstellen für den wissenschaftlichen Nachwuchs umzuwandeln“, nicht nur einzelne Stellen betrifft, sondern für eine Reihe von größeren Instituten eine restaurative Veränderung der Kollegialverfassung und internen Machtverhältnisse in Gang setzt. Was die Frankfurter

Universität betrifft, so sieht der Erlassesentwurf für die in den Jahren 1991 bis 2000 „aus Altersgründen absehbar freiwerdenden Professuren“ folgende Maßnahmen vor:

„Es wird vorgeschlagen, alle 26 frei werdenden C 4-Stellen ... wiederzubesetzen, von acht C 3-Stellen ... zwei in Stellen für wissenschaftliche Assistenten umzuwandeln ... Von den 18 C 2-Stellen sollen drei nach C 3 gehoben, zwei in Hochschuldozenturen, vier in wissenschaftliche Nachwuchsstellen, sieben in Stellen für wissenschaftliche Assistenten umgewandelt und zwei abgezogen werden. (...)

Theologie

Eine frei werdende C 2-Professur soll in eine Stelle für einen wissenschaftlichen Mitarbeiter umgewandelt werden.

Germanistik

Zur Strukturverbesserung sollen alle im Planungszeitraum frei werdenden C 2-Stellen in Stellen für wissenschaftliche Assistenten bzw. für wissenschaftliche Mitarbeiter umgewandelt werden.

Anglistik

Auch in diesem Fach sind die frei werdenden C 2-Stellen in Stellen für wissenschaftliche Assistenten umzuwandeln.“

Das Ministerium beabsichtigt demnach, die ehemaligen H 2-Stellen, das sind ihrer Herkunft nach Assistentenstellen, die Anfang der 70er Jahre im sogenannten ‚vereinfachten Berufungsverfahren‘ zu Professuren gemacht worden sind, wieder zu kassieren. Vorgesehen ist in der Regel die Rückverwandlung in Mittelbau- und Qualifikationsstellen, wenn man so will also die „Beibehaltung des Stellenbestandes“. Für die größeren Institute ist dies ein Kahlschlagverfahren; denn es zielt ab auf die Stellenkategorie. Auf die Funktion, die die einzelnen Stellen für das Lehrprogramm haben, auf die Projekte, die an sie gebunden sind, nimmt es keinerlei Rücksicht.

Am härtesten trifft das Verfahren diejenigen Fächer, die zu Beginn der 70er Jahre – als es darum ging, die universitäre Lehrerausbildung zu sichern und auf die Reform des Schulwesens in Hessen auszurichten – einen hohen Anteil an H 2-Stellen erhielten. Das hatte gewiß Kostengründe, aber auch den internen Reformeffekt, daß die Direktorialverfassung der Institute und die persönliche Verfügung der Ordinarien über die ihrem Lehrstuhl zugeordneten Institutsangehörigen verschwanden. Ohne Zweifel haben die Institute, an denen das geschah, noch heute eine liberale Atmosphäre und die theoretisch differenzierte Lehrprogramme. Die „Strukturverbesserung“, die das Ministerium anstrebt, trägt dazu bei, diese Veränderung rückgängig zu machen: sie befördert oder bezweckt gar die Restauration der Stellenhierarchie der Ordinarienuniversität.

Es ist leider nicht zu bestreiten, daß sich das Ministerium dabei eine Zweideutigkeit zunutze machen kann, die sich auch diese Institute bei der Forderung nach einer besseren

Personalausstattung haben zuschulden kommen lassen. Denn aus Gründen eines Opportunismus, für den sie nun zahlen werden, haben sie es immer unterlassen, klarzustellen, daß es ihnen um zusätzliche Personalstellen für die Organisationseinheit, nicht aber um die Ausstattung von Professuren ging. Man kann allerdings bezweifeln, ob die Lehrenden selbst an dieser Unterscheidung noch festhalten. Es ist die Frage, ob nicht die refeudalisierte Berufungspraxis, das Prämienwesen, das die Präsidialverwaltung in den 80er Jahren zum Ausbau ihrer Macht über die Fachbereiche installiert hat, die allgemeine Wertschätzung der Forschungs- vor der Lehrtätigkeit und die daraus resultierende Mittel- und Prestige-Konkurrenz die Hochschullehrer inzwischen so weit auseinander gebracht haben, daß ihnen das allgemeine Interesse ihrer Institute gleichgültig geworden ist.

Der Entwurf gibt keinen Grund zum Zweifel, daß es dem Ministerium nicht zugleich um die Förderung junger Wissenschaftler zu tun ist. Es ist aber zu fragen, welchen Sinn es hat, zusätzliche Qualifikationsstellen zu schaffen, wenn im gleichen Maße die Hochschullehrer-Stellen, um die die Nachwuchskräfte einmal konkurrieren werden, abgebaut werden.

Der entscheidende Einwand gegen den Entwurf bleibt aber der, daß diese Stellen angesichts der gegenwärtigen Studienmisere in den Geisteswissenschaften zur Bewältigung der Lehr- und Prüfungsaufgaben auf absehbare Zeit unentbehrlich sind. Es ist unverantwortlich, den Abbau dieser Stellen aus den vom Ministerium angeführten „demographischen Gründen“ ins Auge zu fassen; denn bisher hat der steigende Anteil von Studierwilligen an den sogenannten geburtenschwachen Jahrgängen den demographisch registrierten Rückgang der Jahrgangsstärken noch immer ausgeglichen. Und spricht nicht das Ministerium selbst von „wieder steigenden Schülerzahlen“? Wenn es trotzdem auf der Reduktion der Hochschullehrerstellen beharrt, so will es sie aus anderen Gründen. Das nenne ich unerträgliche Ausbildungsbedingungen in den Normalzustand umdefinieren. Diejenigen, die damit praktisch konfrontiert sind, Studenten gleichermaßen wie Dozenten, können dem Erlassesentwurf nur die Verachtung ihrer Tätigkeit entnehmen.

Gisbert Lepper

* KapVO: eine im Hochschulrahmengesetz verankerte Vorschrift zur jährlichen Ermittlung der Ausbildungskapazität an den Hochschulen. Es handelt sich ursprünglich um eine Auflage des Bundesverfassungsgerichts zur juristischen Absicherung der dem Grundrecht auf freie Ausbildung entgegenstehenden ‚Beschränkung der Zulassung zum Studium‘. Doch kaum war dieses Verfahren zur Verrechtlichung der grundgesetzwidrigen Praxis des Numerus clausus politisch durchgesetzt, so funktionierte die Ministerialverwaltung es zum Instrument der Stellenplanung, d.h. der Anpassung der Lehrkapazität an die Studienplatz-Nachfrage, um.

Der banale Krieg

Ein Kommentar zu Karl-Heinz Roth

In seiner Analyse des Golfkriegs und der Reaktionen auf diesen Krieg in der BRD, die im *diskus* 4/91 auszugsweise nachgedruckt wurde, kritisiert Karl-Heinz Roth zu Recht den Mentalitätswandel jener ehemaligen Links-Intellektuellen, die sich gegenseitig bei der Diffamierung der gesamten Antikriegsbewegung und in ihrer Begeisterung für den „wonderful war“ zu überbieten versuchten. Gleichzeitig möchte Roth in seinem Artikel eine theoretische Erklärung der Hintergründe des Golfkriegs geben, mit der sich eine Gegenposition zur Argumentation der KriegsbefürworterInnen beziehen lassen kann. An diesem Punkt jedoch, und darauf soll in diesem Kommentar hingewiesen werden, gelingt es ihm nicht, jene Denkschemen zu überwinden, die es den BellizistInnen so einfach machten, den gesamten Protest gegen den Krieg als anti-amerikanisch und antisemitisch zu denunzieren.

Roth interpretiert den sich jährenden Konflikt als „großangelegten Angriffskrieg der USA“ und versucht die „Unerbittlichkeit, mit der die US-Administration seit dem 3. August 1990 auf diesen Krieg zusteuerte“ anhand von vier Punkten zu erklären. Zum einen hätte, in Anlehnung an die Argumentation Noam Chomskys, der Verlust der ökonomischen Weltmachtrolle an Japan und Europa die USA dazu bewogen, sich als Weltpolizei anzudienen und bezahlen zu lassen, um auf diese Weise die innere ökonomische Krise zu bewältigen. Zweitens sollte der Golfkrieg „den internationalen Wirtschaftszentren die Fortdauer ihrer Kontrolle über das OPEC-Kartell und damit einen niedrigeren Ölpreis sichern“. Drittens habe vor allem die US-amerikanische Rüstungsindustrie ein großes Interesse daran gehabt, ihre Bedeutung und Notwendigkeit auch nach dem Ende des kalten Krieges unter Beweis zu stellen. Viertens schließlich soll die Invasion des Irak in Kuwait die internationale ökonomische Ordnung, die Roth mit dem Begriff der „*debt economy*“ beschreibt, in Frage gestellt und die USA zur militärischen Intervention bewogen haben. Diese vier Argumente, die genau diskutiert werden müssen und gerade auch auf die besondere historische Konstellation des Krieges verweisen, werden von Roth in überraschend einfacher Weise auf einen gemeinsamen Nenner gebracht: „Soweit die Rahmenbedingungen eines klassischen Konflikts zwischen einer imperialistischen Großmacht

und einem Schwellenland, das versucht hat, in einer weltwirtschaftlichen Schlüsselregion eine Vormachtstellung zu erringen. Sie erscheinen in fast allen Aspekten banal, so banal wie die gesamte bisherige Geschichte imperialistischer Macht- und Wirtschaftspolitik.“

Von der von Roth selbst geforderten „kritisch differenzierenden Gesamteinschätzung“ des Golfkriegs bleibt so am Ende nichts weiter übrig als die Einschätzung, daß dieser Krieg sich nahtlos in die Geschichte des Imperialismus einreihen und nach dem Muster der altbekannten Theorien interpretieren lasse. Demgegenüber führte gerade die fehlende Auseinandersetzung mit den Gefahren des gewöhnlichen Anti-Imperialismus, nämlich dem Hang zu verschwörungstheoretischen und vereinfachten ökonomischen Argumentationen, innerhalb einiger Teile der Antikriegsbewegung dazu, daß ihre Parolen nur schwer von den Schlagzeilen der *National-Zeitung* zu unterscheiden waren. Die geläuterten BellizistInnen konnten so ihre in den siebziger Jahren oft selbst vertretenen Positionen wiedererkennen und genüsslich denunzieren. Anhand zweier Parolen, die während des Golfkriegs wieder einmal auftauchten, läßt sich die Problematik der vereinfachten Imperialismustheorien aufzeigen.

„USA = internationale Völkermordzentrale“

Bekanntermaßen hatte sich Marx für das Ende seiner Analyse des Gesamtprozesses der kapitalistischen Produktion die Kritik der internationalen Ausbeutungsverhältnisse vorgenommen, sie jedoch nicht mehr selbst in Angriff nehmen können. Die zu Beginn dieses Jahrhunderts entstandenen klassischen Imperialismustheorien versuchten diese Lücke zu schließen. Eine auch heute noch populäre Vertreterin dieser Theorien, nämlich Rosa Luxemburg, steht für die Ansicht, daß der Kapitalismus „externe Märkte“ erschließen muß, damit der in den kapitalistischen Zentren produzierte Mehrwert realisiert werden kann. Rosa Luxemburg war sich sehr wohl bewußt, daß diese „externen Märkte“ nicht nur in unterentwickelten Ländern zu finden sind, sondern auch in den nicht-kapitalistischen Bereichen der entwickelten Ökonomien selbst (wie etwa der Landwirtschaft) oder den durch Staatskäufen geschaffenen Märkten (wie etwa der Rüstungsindustrie). Gleichwohl hat ihre Theorie die einfache Vorstellung geprägt, daß die erweiterte ökonomische Reproduktion innerhalb eines geschlossenen kapitalistischen Systems unmöglich und deshalb die Entwicklung des Kapitalismus auf die Eroberung anderer Länder angewiesen sei.

und einem Schwellenland, das versucht hat, in einer weltwirtschaftlichen Schlüsselregion eine Vormachtstellung zu erringen. Sie erscheinen in fast allen Aspekten banal, so banal wie die gesamte bisherige Geschichte imperialistischer Macht- und Wirtschaftspolitik.“

Die Gefahr einer solchen Behauptung besteht nicht nur darin, daß sie aus theoretischer Sicht einfach falsch ist, sondern auch in ihrer Konzeption des Verhältnisses von Zentrum und Peripherie. Die Klasse der KapitalistInnen in den Zentren kann nach dieser Vorstellung die Entwicklung der Weltökonomie ganz in ihrem Interesse steuern und wird nur durch die räumlichen Grenzen der Ausdehnung des Kapitalismus in ihrer Gestaltungsmacht eingeschränkt. Bei Rosa Luxemburg findet sich die fatale Vorstellung, daß die KapitalistInnenklasse ihre Investitionsentscheidungen als Ganze trifft, also nach einer gemeinsamen Logik handelt. Wenn aber eine solche „Verschwörung des Kapitals“ überhaupt möglich wäre, warum sollte dann, wie Michal Kalecki zu Recht gegen Luxemburg eingewendet hat, die KapitalistInnenklasse nicht im richtigen Ausmaß investieren und so das Problem der Überakkumulation erst gar nicht entstehen lassen? Die Krisenhaftigkeit des Kapitalismus beruht ja gerade nicht auf der Verschwörung des Kapitals, sondern auf der von Marx immer wieder kritisierten „Anarchie des Marktes“, die keine vorherige Koordination der Investitionsentscheidungen erlaubt.

Noch schlimmer aber wird es, wenn als grimmiger Bösewicht an den Hebeln der Macht nicht mehr „das Kapital“ ausgemacht wird, sondern ganz bestimmte Nationen oder Völker. Kaum anders als in jenen bürgerlichen Marx-Interpretationen, in denen nicht mehr die kapitalistischen Produktionsverhältnisse, sondern die abstrakte Erscheinungsform des Kapitals kritisiert und mit bestimmten Bevölkerungsgruppen identifiziert wird, pervertiert sich so die marxistische Klassentheorie in eine Rassentheorie. Auf diese Weise sind die Imperialismustheorien oft mißbraucht worden, um beispielsweise die Vorstellung von der satanischen amerikanischen Weltmacht zu propagieren, die den Rest der Welt mit gnadenloser Gewalt unter ihre Alleinherrschaft zwingt. Nicht weit ist dann der Schritt, die Wall-Street von jüdischen Spekulanten kontrolliert zu sehen und Israel als „Brückenkopf“ des amerikanischen Imperialismus im Nahen Osten darzustellen. Die umstandslose Identifikation mit der PLO in manchen Kreisen der Linken oder die Unfähigkeit der „Friedensbewegung“, die bundesdeutsche Rüstungsindustrie zu thematisieren, sind auch ein Ausdruck solcher Fehlinterpretationen der marxistischen Kapitalismuskritik.

Aufgrund dieser Erfahrungen muß man deshalb sehr sensibel reagieren, wenn Karl-

Heinz Roth den USA unterstellen, sie hätten den Irak „in die Falle [ge]lockt und exemplarisch ab[ge]straft“ und dessen „Erpressungsmanöver gegen Kuwait arglistig“ ausgenutzt, „um einen aggressiven Vernichtungskrieg vom Zaun zu brechen“. Während Roth zu Beginn seines Artikels noch die fundierte Quellenkritik einfordert, verweist er nun auf „erst in Jahrzehnten zur Verfügung stehende[s] Quellenmaterial“, von dem er jetzt schon annehmen darf, daß es seine Sicht nicht korrigieren wird. Demnach haben die USA den Irak geradezu ermuntert, in Kuwait einzumarschieren, um einen Vorwand für die bereits von Anfang an geplante Massenvernichtung zu haben.

Selbst Noam Chomsky, dem sich wirklich keine Sympathie für die Politik der USA nachsagen läßt, hat in seiner Analyse des Golfkriegs (vgl. *diskus* 1/91) die Interessenkonflikte innerhalb der amerikanischen Eliten nicht verschweigen wollen. Ob am Golf Gewalt angewendet oder ob weiter auf wirtschaftliche Sanktionen gesetzt werden soll, war auch noch nach der Stationierung der US-amerikanischen Truppen in Saudi-Arabien stark umstritten. Der Krieg war für die ökonomisch stark angeschlagene Hegemonialmacht eine sehr teure und gefährliche Alternative. Warum sie dennoch gewählt wurde, hat Präsident Bush selbst gesagt: seine Entscheidung war von der Hoffnung mitgetragen, daß Europa und Japan zu ökonomischen Zugeständnissen an die USA bereit sind, um so nicht nur den Krieg finanzierbar zu machen, sondern auch die innere Krise zu überwinden. Wenngleich die direkten Kriegskosten von den Handelsrivalen getragen wurden, blieben die weiteren erhofften Zugeständnisse, wie etwa die Senkung der Zinsen in Europa oder die Rücknahme der Blockadepolitik der EG in den Gatt-Verhandlungen, bisher aus. Die in den USA gehegte Hoffnung, daß ein schneller Sieg am Golf auch ein Ende der Rezession bedeuten könnte, hat sich inzwischen als Trugschluß erwiesen. Entgegen allen Erwartungen fungierte der Dollar während des Golfkriegs nicht mehr wie in früheren Zeiten als Fluchtwährung, sondern erreichte sogar am 12. Februar 1991 seinen historischen Tiefstand. Insgesamt hat sich die ökonomische Krise in den USA seit dem Golfkrieg noch verschlimmert.

Ein Jahr nach Ende des Krieges erscheinen die USA nicht als arglistige Verschwörer, sondern allenfalls als betrogene Betrüger. Der militärische Einsatz am Golf war kein lang geplantes und erwünschtes Ziel der US-amerikanischen Politik. Er war aus guten Gründen umstritten und erst nach der angekündigten finanziellen Unterstützung durch die westlichen Verbündeten für Präsident Bush überhaupt durchführbar. Die Hoffnung, aus dem Krieg politisches und ökonomisches Kapital schlagen zu können, war jedoch trügerisch. Der kurzzeitige Sympathiegewinn für Präsident Bush innerhalb der amerikanischen Be-

völkerung ist bereits verspielt, das Ende der ökonomischen Misere nicht absehbar.

Tatsächlich also war die Rolle der USA während des Golfkriegs nicht mehr die einer imperialen Großmacht, sondern, wie Chomsky richtig feststellt, die einer Söldnerarmee. Auch Roth bezieht sich auf Chomsky, doch er zieht nicht die wichtige Konsequenz, die sich aus dieser Argumentation ergibt. Die Rolle der Söldnerarmee weist nämlich vor allem auf die Instrumentalisierung der USA und somit auf den bedeutenden Einfluß Europas für die Wahl des Krieges hin. Ein Kommentator der *FAZ* vom 31.12.91 sieht bezeichnenderweise den Golfkrieg als besten Beweis dafür, daß Washington als „Schrittmacher des europäischen Willens gebraucht“ werde. In Roths Analyse hingegen dominiert das alte Feindbild des US-amerikanischen Imperialismus, womit die europäische Verantwortung für den Golfkrieg völlig ausgeblendet wird.

Gegen diese Argumentation ließe sich einwenden, daß die USA sehr wohl eigene Interessen in der Golfregion verfolgen, nämlich die Kontrolle über die wichtigen Rohstoffquellen anstreben und deren ökonomische Ausbeutung forcieren wollen. Auf eine einfache Formel gebracht, hat dieses Argument auch in Teilen der Antikriegsbewegung eine wichtige Rolle gespielt.

„Kein Blut für billiges Öl“

Für Roth steht fest, daß neben dem Wunsch nach einer exemplarischen Abstrafung eines aufmüpfigen Schwellenlandes das US-amerikanische Interesse an einem niedrigen Ölpreis den ökonomischen Hintergrund des Golfkrieges bildete. US-amerikanische Politiker wie Lee Hamilton, der Vorsitzende des Unter-

ausschusses für Europa und den Nahen Osten im US-Repräsentantenhaus, der im *Spiegel* 34/1990 scheinbar freimütig äußerte, der Grund für den Einsatz am Golf sei ganz alltäglich, nämlich Geld, Öl und die Kontrolle über beides, scheinen ihn in dieser Ansicht bestätigen zu können.

Hinter dem Gedanken, daß ein niedriger Ölpreis von zentralem Interesse für die US-amerikanische Ökonomie sein müsse, verbirgt sich eine von den Theorien des „ungleichen Tauschs“ her bekannte Vorstellung von den weltweiten ökonomischen Ausbeutungsmechanismen. Diese Theorien weisen auf die Lohndifferentiale zwischen Zentrum und Peripherie und den sich daraus ergebenden Werttransfer im internationalen Handel hin. Ihre Anwendung auf Schwellenländer wie den Irak und insbesondere auf den Rohstofftausch, dessen Preisbildungsmechanismus weniger von den Produktionskosten, sondern von der Nachfragestruktur bestimmt wird, ist jedoch problematisch. Da Roth diese Frage nicht näher aufgreift, soll hier auf eine komplementäre Position eingegangen werden.

Die jahrelange Unterbewertung des Öl-Listenpreises, so etwa die Argumentation von Mohssen Massarat (vgl. *diskus* 1/91), habe es den Verbraucherstaaten des Nordens ermöglicht, den Rentenanteil der ölproduzierenden Länder niedrig zu halten und sich die Differenz zwischen Marktpreis und Listenpreis über Mineralölsteuern und Importzölle selbst anzueignen. Erst mit den drastischen Preisanhebungen durch die OPEC im Jahre 1973/74 und 1979 wäre ein Prozeß in Gang gekommen, der den unbeschränkten Abfluß von Öl und Kapital aus dem Nahen Osten in die Verbraucherstaaten einzudämmen begann. Der Ölpreis, so Massarat, sei jedoch immer noch

EPK

ENTWICKLUNGSPOLITISCHE KORRESPONDENZ



EPK-Drucksache Nr. 1 2. erweiterte Auflage

Ein Lesebuch zur Kolonialgeschichte Aufsätze und Dokumente

Hamburg 1991
240 S., DM 14,-

Bestellungen:
Entwicklungspolitische
Korrespondenz
Nernstweg 32-34
2000 Hamburg 50
Tel. 040 / 390 52 21

Schaffen wir ein, zwei, drei ... viele Barrel Öl nach Cuba!

Weg mit der US-Blockade!

Die Lage in Cuba ist dramatisch. Die Verbindung von US-Blockade, die seit dreißig Jahren aufrecht erhalten wird und drastischem Rückgang des Handels mit der UdSSR und den osteuropäischen Staaten gefährdet die Versorgung der Bevölkerung. Verschärfend wirkt, daß die Bundesrepublik die Verträge zwischen Cuba und der DDR nicht mehr fortführt. Die Lieferung von Energie und Rohstoffen ist praktisch völlig zum Erliegen gekommen. Das Gespenst einer Krise gerade auch in den Bereichen der größten cubanischen Errungenschaften zeichnet sich immer deutlicher ab: Cubas Kinder konnten sich bisher – im Gegensatz zu Millionen verlassener, hungernder, als lebende Organbanken ausgebeuteter Kindern in Lateinamerika – gut genährt und medizinisch versorgt in einem allen zugänglichen Schulsystem entfalten. Das ist nun infragegestellt. Wir haben unterschiedliche Positionen zum cubanischen Regierungssystem. Aber gemeinsam verurteilen wir den Versuch, eine politische Führung durch Aushungern eines Volkes zu stürzen. Das Recht des cubanischen Volkes auf eine **eigene** Entwicklung muß gegen ökonomische Erpressung ebenso wie gegen offene Aggression à la Grenada oder Panama verteidigt werden.

Deshalb fordern wir:

- die unverzügliche Aufhebung der US-Wirtschaftsblockade
- den Abzug aller US-Truppen aus Guantanamo
- keinerlei offene und verdeckte Militäraktionen der USA gegen Kuba
- die weitere Erfüllung oder Fortführung der Verträge zwischen Cuba und der ehemaligen DDR durch die Bundesrepublik
- statt Unterstützung der Bundesregierung für die US-Wirtschaftsblockade ihr Eintreten für deren Aufhebung in EG und UNO

Leisten wir darüber hinaus praktische Solidarität mit dem cubanischen Volk, nicht nur einmal sondern regelmäßig:

Schaffen wir eins, zwei, drei ... viele Barrel Öl nach Cuba!

UnterstützerInnen: Prof. Klaus Bätjer-Claassen (Physiker), Prof. Klaus Brake (Regional- und Stadtplaner), Prof. Dieter Borris (Politikwissenschaftler), Jutta Brand (MdB, PDS-LL), Christian Dehm (Studienleiter Dienste in Übersee), Jutta Dittfurth (Vorstand Deutsche Journalisten Union in der IG Medien) Prof. Ulrich Duchrow (Theologe), Prof. Martin Franzbach (Literaturwissenschaftler), Prof. Georg Fülberth (Politikwissenschaftler), Thomas Gebauer (medico international), Dr. Gregor Gysi (MdB, PDS-LL), Erich Hackl (Schriftsteller), Hannelore Heinrich (Journalistin), Hans-Jürgen Kröger (Gewerkschaftsausschuß HBV), Jakob Moneta (ehem. Chefredakteur „metall“), Prof. Peter von Oertzen (SPD-Parteivorstand), Prof. Norman Paesch (Jurist), Dorothee Piermont (MdEP), Prof. Uta Ranke-Heinemann (Theologin), Inge Remmert-Fontes (Studienleiterin „Dienste in Übersee“), Prof. Schapour Ravasani (Politikwissenschaftler), Dr. Ulla Rovers (Lehrerin), Karl-Heinz Roth (Arzt und Historiker), Henning Scherf (Bürgermeister Bremen) Prof. Jens Scheer (Physiker), Prof. Gerhild Schwoch (Medizinerin), Prof. Dorothee Sölle (Theologin), Gordian Troeller (Filmemacher), Prof. Marie Veit (Theologin) Ludger Volmer (Bundessprecher „Die Grünen“) Manfred Zieran (BundessprecherInnenrat „Ökologische Linke“), Prof. Jochen Zimmer (Sozialpädagoge) Arbeitskreis Internationalismus Karlsruhe, AutorInnenkollektiv CoCo-Piranhas, BundessprecherInnenkreis der Vereinigung Verfolgter des Naziregimes, Cultur-Cooperation e.V., Deutsch-Cubanische Gesellschaft (DeCub), Freundschaftsgesellschaft BRD-Cuba, Freundschaftsgesellschaft Berlin-Cuba, Informationsbüro Nicaragua e.V., Informationsstelle Lateinamerika (ila), Taller de la Solidaridad.

Spenden unter dem Stichwort: „Energie für Cuba“ auf das Konto Nr. 132 975 707 bei der Sparkasse Bonn, BLZ 380 500 00, (Klaus Wardenbach)

Kontaktadresse:

Dorothee Piermont, Postfach 21 02 32, 5300 Bonn 2, Tel. 02 28/16 91 98

unterbewertet und seine Anhebung das einzige Mittel der OPEC, den gigantischen Ressourcentransfer vom Süden in den Norden zu stoppen.

In der Tat könnte ein hoher Ölpreis den Ressourcentransfer reduzieren, jedoch wären die Konsequenzen allein für die ölproduzierenden Staaten katastrophal. Prinzipiell sind die Vereinigten Staaten – selbst ohne die vielfältigen Einsparungsmöglichkeiten zu berücksichtigen – in der Lage, ihren enormen Energiebedarf selbst zu produzieren, und sie werden dazu bei einem hohen Ölpreis auch einen entsprechenden Anreiz haben. Langfristig gesehen sind die USA – im Gegensatz zu ihren Handelsrivalen in Europa und Japan – weit weniger von den Öllieferungen aus dem Nahen Osten abhängig. Ein hoher Ölpreis würde, wie die „Energiekrise“ der siebziger Jahre gezeigt hat, die Konkurrenzposition der USA gegenüber Europa und Japan sogar verbessern. Der Anstieg der Ölpreise in den siebziger Jahren erlaubte es den USA, ihre unrentabel gewordene heimische Energieproduktion wieder aufzunehmen und sich unabhängiger von der Preispolitik der OPEC zu machen. Die stetige Reduktion der Nachfrage nach teurem Öl führte schließlich 1986 zum „Gegen-Crash“: der Preis pro Barrel fiel von 25 US– auf bis zu 8 US– und stabilisierte sich schließlich auf einem Niveau von etwa 15 US–. Eine Politik hoher Ölpreise kann deshalb angesichts der vorhandenen Energiesubstitutionsmöglichkeiten keine erfolgversprechende Strategie der OPEC-Staaten sein.

Umgekehrt aber ist es auch für die Verbraucherstaaten wenig sinnvoll, den Ölpreis auf einem sehr niedrigen Niveau zu halten. Die Erfahrungen in Europa und den USA in den fünfziger und sechziger Jahren haben gezeigt, welche negativen Auswirkungen auf die Entwicklung des inländischen Energiesektors der ölimportierenden Nationen ein niedriger Ölpreis haben kann. Nur durch hohe Importschranken konnte in dieser Zeit in Europa die Kohleindustrie in der Konkurrenz gegen das billige Öl verteidigt werden. Ein „zu niedriger“ Ölpreis kann also die notwendige Abschaffung unrentabel gewordener, aber beschäftigungs- und strukturell wichtiger Energieproduktionssektoren verhindern und dazu führen, daß solche Bereiche unter hohen gesamtwirtschaftlichen Kosten gegen die Konkurrenz abgeschottet werden müssen. Eine solche Politik der Protektion ist nicht nur für die ölproduzierenden Staaten schädlich, sondern auch für die Entwicklung der inländischen Industrie bedenklich. Es sollte deshalb nicht verwundern, wenn James R. Schlesinger, der frühere amerikanische Staatssekretär für Energie und Verteidigung, im *Energy Journal* 2/1991 zu dem Schluß kommt, daß der Ölpreis sowohl zu niedrig als auch zu hoch sein kann.

Das Verhältnis der ölproduzierenden Staaten zu den Verbraucherländern der nördlichen Hemisphäre läßt sich aus diesen Grün-

den nicht allein auf eine Beziehung zwischen Zentrum und Peripherie reduzieren. In vielerlei Hinsicht erscheinen die ölproduzierenden Staaten gegenüber Ländern der „Dritten“ und „Vierten Welt“ als durchaus privilegiert. Die Ausbeutung der Billiglohnländer in Asien und die Gewaltverhältnisse gegenüber den überschuldeten Ländern in Afrika und Lateinamerika, die sich zum Teil in der absurden Situation von Nettokapitalexporturen befinden, ist für den Imperialismus der Zentren bezeichnender als die eher auf Kooperation angelegten Beziehungen gegenüber der OPEC.

Auch wenn die Situation der ölproduzierenden Staaten nicht gerade typisch für die internationalen Ausbeutungsverhältnisse ist, könnte dennoch damit argumentiert werden, daß die Stabilität der Golfregion ein aus ökonomischen Gründen und mit militärischen Mitteln zu verteidigendes Ziel der US-Politik war. Die strategische Bedeutung der Golfregion für die Weltenergieversorgung wird jedoch weit überschätzt, wenn der militärische Einsatz der US-Truppen allein mit dieser Argumentation erklärt werden soll. Wenn den USA nicht ein grundsätzlicher Vernichtungswille unterstellt werden soll, muß vor allem bedacht werden, daß ihre ökonomischen Interessen auch mit anderen Mitteln hätten durchgesetzt werden können. Die jüngsten Meldungen über die katastrophale ökonomische Situation im Irak sind ein eindrucksvolles Beispiel für den „Erfolg“ des – bis heute bestehenden – westlichen Embargos und stellen deshalb erneut die Frage, warum der riskante und teure Weg des militärischen Eingriffs gewählt wurde, um die „Stabilität“ der Region zu sichern.

Der Krieg kann deshalb nicht alleine auf die ökonomischen Interessen der USA in der Golfregion zurückgeführt werden. Zwar eint Europa und die USA das gemeinsame Interesse an der Stabilität der Golfregion, jedoch wären die Auswirkungen einer Destabilisierung dieser Region für Europa nicht nur aufgrund der größeren Nähe, sondern eben auch wegen der stärkeren Abhängigkeit von den Ölimporten aus dem Nahen Osten nachteiliger als für die USA. Auch aus diesem Grund deutet einiges darauf hin, daß die Wahl der militärischen Option nur vor dem Hintergrund der veränderten hegemonialen Kräfteverhältnisse zwischen den USA und Europa erklärt werden kann. Nicht billiges Öl, sondern die Hoffnung auf Zugeständnisse der schärfsten Handelsrivalen in Europa und Japan wird letztlich aus der Sicht der USA für die Wahl des Krieges gesprochen haben. Hinter der „heiligen Allianz der Imperialisten“ verbirgt sich ein massiver Interessenkonflikt, der Europa ein hohes Maß der Verantwortung für die Wahl des Krieges zuweist. Eine ökonomische Analyse, die eine falsche Vorstellung von den internationalen Ausbeutungsverhältnissen vermittelt, verschleiert hier ein weiteres Mal die historisch neuartige Konstellation

während des Golfkriegs.

Zur Zeit sieht es danach aus, als ob der Golfkrieg für die USA trotz des militärischen Triumphs die wesentlich weitergehenden Hoffnungen nicht erfüllen konnte. In Europa wiederum wird offen darüber debattiert, wie die militärische Führungsrolle selbst in die Hand genommen und so die Finanzierung einer US-amerikanischen Söldnerarmee in Zukunft vermieden werden kann. Auch wenn die Neuordnung der gesamten Region des Nahen Ostens noch lange nicht beendet ist und insbesondere die Ergebnisse der Verhandlungen zwischen Israel und den arabischen Staaten abgewartet werden müssen, erscheint das Unternehmen „Wüstensturm“ nicht eben beispielhaft für die zukünftige Formen des Nord-Süd-Konflikts.

Imperialismus und die „Vereinigten Staaten von Europa“

Der Golfkrieg läßt sich demnach weder als Konflikt erklären, der sich nahtlos in die bisherige Geschichte des Imperialismus einreicht, noch steht er für das Ende des Imperialismus und den Übergang zu einem einst von Karl Kautsky erträumten friedlichen „Über-Imperialismus“. Entscheidend ist vielmehr der Wandel der Hegemonialverhältnisse in den achtziger Jahren, mit dem die sich konstituierenden „Vereinigten Staaten von Europa“ eine Schlüsselrolle in der „Neuen Weltordnung“ erhalten haben. Sie tragen eine zentrale Verantwortung für den Golfkrieg, auch wenn sie an den Kriegshandlungen selbst nur marginal beteiligt waren. Diesen Wandel der Hegemonialstrukturen zu benennen und seine Auswirkungen zu begreifen, muß der wesentliche Inhalt eines auch in Zukunft tragfähigen Imperialismusbegriffs sein.

Roth nimmt diesen Wandel zwar wahr, bleibt aber in seiner Vorstellung gefangen, daß die USA immer noch das imperialistische Zentrum bilden. Der sich daraus ergebende Widerspruch wird besonders deutlich, wenn Roth den Begriff der *debt economy* verwendet, um die neue ökonomische Weltordnung zu beschreiben. Dieser Begriff läßt sich eben nicht mit einer alten Weltordnung gleichsetzen, in der die USA die unbestrittene Hegemonialmacht waren. Die größte Schuldner-Nation der weltweiten *debt economy* sind die USA selbst, und ihrem Wandel von der größten Gläubiger- zur größten Schuldner-Nation in den achtziger Jahren steht dabei die Entwicklung der BRD gegenüber, deren traditioneller Leistungsbilanzüberschuß seit den siebziger Jahren auch noch von einer massiven Zunahme der Nettokapitalexporte begleitet wird. Die internationale *debt economy* ist somit gerade das Paradigma jener gewandelten Hegemonialstruktur, in der Europa und vor allem die BRD zunehmend die Führungsrolle übernimmt.

Es wäre jedoch falsch, aus diesen Überlegungen die Konsequenz zu ziehen, daß die

US-amerikanische Hegemonie endgültig vorbei wäre und der neue Gegner nun in Europa zu suchen sei. Zum einen ist die Stabilität jener historischen Konstellation, die dem Golfkrieg zugrunde lag, äußerst ungewiß, da nicht nur die Konstitution der „Vereinigten Staaten von Europa“ ein gefährvoller und in sich widersprüchlicher Prozeß ist, sondern auch die Rekonstitution der US-amerikanischen Ökonomie keineswegs auszuschließen ist. Zum anderen aber ist das Feindbild der Nation selbst problematisch, da mit ihm zur mystifizierenden Konstruktion des Nationalen beigetragen wird.

Innerhalb der Antikriegsbewegung gab es sehr wohl Gruppierungen, die zu einer solchen Analyse befähigt waren und die eine differenzierte und undogmatische linke Position vertraten, die sich nicht anti-amerikanischen und antisemitischen Ressentiments bediente, um ihre Opposition gegen den Krieg zu begründen. Daß in Frankfurt während des Golfkrieges Demonstrationen organisiert wurden, die nicht vor dem amerikanischen Konsulat, sondern vor der Börse, dem Ordnungsamt und den Panzerausstattungen von VDO stattfanden und daß in Hamburg die Hermes Kreditversicherungs AG, die den RüstungsexporteurInnen den Rücken deckt, besetzt wurde, zeugt von der Urteilskraft einer – wenn auch marginalisierten – Linken in diesem Land. Die Arroganz der MentalitätswandlerInnen bestand auch darin, diese Positionen nicht wahrnehmen zu wollen. Die notwendige Kritik dieses Lagerwechsels kann jedoch nicht die konkrete Analyse der herrschenden Verhältnisse ersetzen oder diese als einfache Fingerübung abtun. Eine solche Fingerübung kann, wie Roths Analyse zeigt, nämlich leicht mißglücken.

Christoph Kind



Zwei Atlantiker

Brumliks und Diners neueste Weltweisheiten

Im Jahrzehnt der Postmoderne ist es modisch geworden, in der eigenen Zeitgeschichte historische Umbrüche und Zäsuren auszumachen. Brumlik und Diner haben in zwei Büchern*, in denen sie sich mit dem letzten Golfkrieg und seinen Folgen befassen, die Bush-Parole von der „Neuen Weltordnung“ zum Anlaß genommen, mit die-

sem Krieg eine weitere solche Epoche auszurufen, einen weltgeschichtlichen Einschnitt, der für den halbttausendjährigen (auf das Kolumbusjahr 1492 zurückdatierten) „okzidentalischen Rationalismus“ die existentielle Bewährungsprobe darstelle. Sie konstatieren zunächst, daß mit dem Zerfall des Sowjet-Imperiums eine „offene Weltlage“ einge-

treten sei, wie es seit 1806, dem Ende des Heiligen Römischen Reichs, keine zweite mehr gegeben habe. Das Problem, das sie angesichts dieser krisen-trächtigen Situation, deren Risiken mit der Besetzung Kuwaits durch den Irak sichtbar geworden seien, zur Diskussion stellen, ist die Konzeption und Realisierbarkeit einer neuen internationalen Sicherheitsordnung.

I.

Bevor sie sich aber diesem Thema zuwenden, nehmen sie sich die einheimischen Kritiker der militärischen Strafaktion der UNO unter US-amerikanischem Kommando vor, aber nicht etwa, um sich mit ihren Argumenten auseinanderzusetzen. Sie halten es vielmehr für an der Zeit, sich über die „innere Befindlichkeit“, über das nationalistische Unterfutter der Golfkriegsgegner auszusprechen. Damit ist das Verfahren angedeutet, dessen sie sich bedienen, um die Linke als politische Kraft zu eskamotieren: politische „Tiefenpsychologie“. Sie setzen diese ein, um die Linke zu desavouieren. – Brumlik holt etwas weiter aus. Er erklärt, daß der Ruin der realsozialistischen Planwirtschaft dem vertrauten Rechts-Links-Gegensatz das Fundament entzogen habe. Die Linke, so behauptet er, hat als Theorie-Position und als politisches Lager aufgehört zu existieren, weil das Ende der Systemkonkurrenz alle Vorstellungen von anti-kapitalistischer Politik hat obsolet werden lassen. Was sich dadurch an der kapitalistischen Produktionsweise und der auf ihr basierenden Weltordnung verändert haben soll, sagt Brumlik allerdings nicht. Was er zu verstehen gibt, ist: der Kapitalismus ist unangreifbar geworden, somit erübrigt es sich, ihn zu kritisieren. – Diner fügt hinzu, daß sich die Imperialismus-Theorie der Linken durch die politische Entwicklung als eine „abstrakte“ und ökonomistische Konstruktion widerlegt sehe. Wer jetzt noch an ihr festhalte, der gebrauche sie nurmehr als Rationalisierung; und zwar entweder seines Vorurteils über die bloß legitimatorische Funktion der westlichen Wertprinzipien oder, und das sei der besondere Fall der westdeutschen Linken, eines ihm durch die nationale Tradition eingepprägten „Antiamerikanismus“.

Ein Taschenspielertrick aus der politischen Rhetorik wird herausgekratzt und zum hundertsten Male wiederholt: „Les extrêmes se touchent“. Die Extreme berühren sich nun bei Brumlik und Diner in der westdeutschen Seelen-Landschaft. Aus naheliegenden Gründen ist von den bundesrepublikanischen Kriegsbefürwortern nicht weiter die Rede. Die Kritiker der US-Intervention aber werden „tiefenpsychologisch“ ins Gebet genommen.

Brumlik ermittelt als paranoides Symptom die „Identifikation“ mit den Opfern der alliierten Bombardements, Diner konstatiert eine „Parteinahme für den Irak“, was gleichbedeutend sei mit Gleichgültigkeit gegen die Leiden der Kurden und Israelis. Brumliks Diagnose ergibt, daß diese Reaktion zwei unbewußte Ursachen hat: zum einen die Erinnerung an eigenes Leiden, das bisher, unter den Bedingungen der Blockkonfrontation, psychisch nicht bearbeitet werden konnte, nämlich das Trauma der Bombennächte in Berlin, Hamburg und Dresden, zum anderen ein den Westalliierten nachgetragenes „Revanchebedürfnis der Besiegten“ von 1945 für das „moralische Debakel“ der Volksgemeinschaft. Beides deute auf einen „Antiamerikanismus“ hin, der während der Adenauerzeit ins „kollektive Unbewußte“ abgedrängt worden sei. Dieses Argument zielt offenbar auf die politische Integrität der Neuen Linken von Anfang an; es soll sie zumindest in *einem* der für die Studentenrevolte konstitutiven Beweggründe erledigen. Denn, auf die sechziger Jahre übertragen, besagt es nichts geringeres, als daß die Empörung über den Krieg der USA in Vietnam, über den Napalmeinsatz und die Bombardierung Hanois nur der entstellte Ausdruck eines nationalen Ressentiments gegen die Siegermacht von ehemals gewesen sei und daß die Imperialismus-Thesen des SDS dafür nur die Rationalisierung geliefert hätten.

Diner läßt es sich in der Fahndung nach „Traditionsbeständen“ im „kollektiven Unbewußten“, nach „Wiederholungszwängen“ in der „Tiefenschicht“ des Weltbildes der Neuen Linken angelegen sein, den nationalen Hintersinn ihres *zweiten* Beweggrunds aufzudecken: er führt deren Wahrnehmung einer strukturellen Kontinuität zwischen dem Staatsapparat der BRD und seinem faschistischen Vorgänger und die linke Kritik an der diesen Zusammenhang ausblendenden offiziellen Totalitarismuskritik auf das Bedürfnis zurück, sich der kollektiven „Schuldverstrickung“ zu entziehen. Denn er behauptet, daß die dieser Distanzierung von der Bonner Demokratie zugrundeliegende Theorie des Nationalsozialismus als einer besonderen Form des kapitalistischen Staats nichts weiter sei als eine marxistisch getarnte Variante der Selbstentlastung von der Mitverantwortung für die Rassen- und Vernichtungspolitik des NS-Regimes, die sich nun einmal ökonomisch nicht erklären lasse. Er erläutert das so: „Die rassenideologisch motivierte ... Vernichtung außerhalb einer jeden Ausbeutungs- und Verwertungslogik muß die kapitalismuskritische Reduktion des Faschismus Lügen strafen. Die Besonderheit des Nationalsozialismus liegt also auch in der durch die Massenvernichtung erfolgten Transzendierung bloß ökonomischer Kalküle. Damit ist aber das politische Identitäten stiftende Theoriekonstrukt eines Ineinander von Kapitalismus und Faschismus zur Gänze annulliert.“ (Diner)



Das treibende Motiv solchermaßen für belanglos erklärten antikapitalistischen Theorisierens liegt demnach darin, die Schuld von sich auf die Kapitalistenklasse abzuwälzen.

Auf diese Weise meint Diner die mentale Kontinuität zwischen der Tätergeneration und der um Gegenidentität bemühten Neuen Linken enthüllt zu haben: Was beide verbindet, ist das nationale Ressentiment gegen Demokratie und Kapitalismus als Sache des Westens und artfremd; es ist die Tradition des „kulturellen Antiamerikanismus“ und im Kern ein bei der Linken nur „verstellter Antisemitismus“. Die vorgegebene Mimikry der Linken ist somit in drei Schritten tiefschürfend entlarvt: zunächst wird unterstellt, die

Kapitalismuskritik sei eine Reduktion des Faschismus auf „bloß ökonomische Kalküle“, sie kenne folglich keine politischen und ideologischen Dimensionen; diese unterstellte Reduktion dient dann dazu, der Analyse der ökonomischen Dimension „zur Gänze“ einen faschismustheoretischen Erklärungswert abzusprechen, um schließlich hinter der marxistischen Argumentation die revanchistischen und faschistischen Seelen der Neuen Linken zu enttarnen. Solches Vorgehen hat sich die Art der rhetorischen Verkehrung historischer Zusammenhänge bei dem deutsch-nationalen Historiker Ernst Nolte abgeschaut, der einer breiteren Öffentlichkeit im „Historikerstreit“ mit der These bekannt

wurde, daß die nationalsozialistischen Vernichtungslager ihr „logisches und faktisches Prius“ im Bolschewismus hätten.

II.

Angesichts dieser Abrechnung mit der Neuen Linken hätte man eine neue Theorie der Weltordnung von Brumlik und Diner erwarten können. Merkwürdig ist aber, daß Diner – trotz seiner Polemik gegen den Anachronismus und Tarncharakter der Imperialismus-Theorie der Linken – diese Theorie dort, wo es ihm paßt, kritisch einsetzt. Etwa am Beispiel des vereinten Deutschland. Er ermittelt Indizien für eine Neuorientierung der bundesrepublikanischen Politik, spricht vom „Exporttraum der Deutschen“, vom „Kraftgefälle“ in Europa und folgert daraus veränderte „Hegemonialverhältnisse“, was nur heißen kann: eine Machtverschiebung zwischen den Zentren des imperialistischen Systems. Für die Bundesrepublik als der dominanten Wirtschaftsmacht in Europa bedeutet dies im Klartext linker Imperialismusanalyse, daß sie ihren Produktivitätsvorsprung dazu nutzen wird, die osteuropäischen Märkte zu durchdringen. Den ehemaligen Comecon-Staaten droht so die Lateinamerikanisierung, das heißt verstärkte Außenhandels- und Kreditabhängigkeit, Zwang zum Austausch von Rohstoffen gegen Industrieerzeugnisse, restriktive „Entwicklungsaufgaben“ und außenpolitische Bedeutungslosigkeit, und im Innern zunehmende soziale Ungleichheit und politische Instabilität.

Das heißt aber nicht, daß sich die BRD, wie Brumlik und Diner annehmen, aus dem westeuropäischen Verbund lösen und nach der national-traditionellen Mitteleuropastrategie einen Imperialismus auf eigene Faust betreiben kann. Trotz der Konkurrenz der kapitalisti-

schen Zentren, der OECD-Staaten, gruppiert um die dominanten Ökonomien Japans, der USA und der BRD, kann letztere die politischen und sozialen Konsequenzen der kapitalistischen Durchdringung Osteuropas nicht im Alleingang beherrschen. Denn politische Alleingänge oder der drohende ökonomische Zusammenbruch eines der Zentren würde die gesamte Reproduktion der Hegemonialstruktur gefährden. So bleibt die Bundesrepublik ohne west-europäische und nordatlantische Unterstützung für lange Zeit unfähig, die bestehenden nationalstaatlichen Ungleichzeitigkeiten und Ungleichmäßigkeiten zwischen den ehemaligen Comecon-Staaten in diesem Prozeß gegebenenfalls auch militärisch zu sanktionieren. Die militärische Supermacht USA hingegen ist aufgrund ihrer ökonomischen Abwärtsentwicklung zum gegenwärtig größten Schuldnerland der Welt geworden und nicht mehr in der Lage die Rolle einer ökonomischen und politischen Hegemonialmacht wie nach dem Zweiten Weltkrieg zu spielen, während Japan ohne starkes Militärpotential zu einer ökonomischen Großmacht und dem weltweit größten Gläubigerland aufgestiegen ist.

Vor diesem Hintergrund entwirft Brumlik eine „Weltinnenpolitik“, die der „neuen Unübersichtlichkeit“ eine den veränderten Machtverhältnissen angemessene politische „Verantwortungsethik“ entgegenstellen soll. Während er sich so auf die weltpolitische Thematik einer juristischen Neuordnung der zwischenstaatlichen Beziehungen beschränkt, bringt Diner sämtliche Aspekte der imperialistischen Verflechtung, Abhängigkeits- und Ausbeutungsverhältnisse zur Sprache: den durch Macht, Kredit- und Währungspolitik erzwungenen „freien Weltmarkt“ sowie das Produktivitätsgefälle zwischen den Zentren und den Ländern der Peripherie. Nur hält er dafür den Begriff „Imperialismus“ für zu „abstrakt“ und bevorzugt den suggestiven Begriff des „ungeteilten Weltmarktes“. Da Diner aber an die „invisible hand“, des alten Nationalökonom Adam Smith nicht mehr recht glauben kann, bedarf es schon einer „neuen Weltordnung“, die er sich nach dem Vorbild der „antikolonialistischen Politik“ der USA denkt. Diner reduziert den Imperialismus auf die Kanonenbootpolitik und Ausbeutungspraktiken der europäischen Kolonialmächte. So unerschrocken kann sich ein Theoretiker der „neuen Weltordnung“ aus dem Lehrbuchwissen für die gymnasiale Oberstufe bedienen.

Unbestritten wurde die territoriale Eroberungspolitik im Laufe dieses Jahrhunderts allmählich aufgegeben, da sie große militärische Risiken barg und innenpolitisch destabilisierend wirkte. Die von den USA nach 1945 forcierte Herrschafts- und Ausbeutungsstrategie zielt hingegen auf eine kapitalistische Durchdringung bei indirekter politischer Einflusnahme, auf eine soziale Modernisierung und Stabilisierung des Staatsapparates in den ab-

hängigen Ländern der drei Kontinente Afrika, Asien und Lateinamerika. Die zu diesem Zweck regulär gewordenen Zwangsmethoden lassen sich unter den Begriffen „counter-insurgency“ und „low intensity warfare“ zusammenfassen; sie bestehen aus begrenzten militärischen Operationen und Kommandoaktionen (wie etwa in Grenada, Panama, dem Tschad und El Salvador) zugunsten kooperationsbereiter Eliten, zu deren Etablierung und Aufrüstung. Früher wurden diese Interventionen in der antikommunistischen Ideologie des Kalten Krieges legitimiert, als militärische Maßnahmen, um der Gefahr einer kommunistischen Expansion vorzubeugen, heute werden sie mit der vermeintlichen Bedrohung der „westlichen Zivilisation“ durch Drogenhandel, politischen Terrorismus und religiösen Fundamentalismus gerechtfertigt. Es handelt sich also um austauschbare Feindbilder, die einer nationalen Alarmierung dienen, wie sie jedes Expeditionskorps zur Tötungsbereitschaft benötigt.

Wenn Diner nun den „ungeteilten Weltmarkt“ und die Dominanz der „westlichen Zivilisation“ für ein Heilmittel gegen die „alteuropäische Seuche des Nationalismus“ hält, will er nicht wahrhaben, daß der „freie und offene Weltmarkt“ sowohl unter der britischen als auch unter der US-Hegemonie seine politische Organisationsform in einem Ensemble rivalisierender Nationalstaaten hat und daß er mit seinen destruktiven und Deindustrialisierungseffekten nationale Befreiungsbewegungen, staatliche und regionale Autarkiebestrebungen selbst erzeugt. Statt dessen glaubt Diner prognostizieren zu können, daß der nunmehr unbeschränkte, nach dem Zerfall der UdSSR durch keine Systemgrenzen mehr „geteilte“ Tauschverkehr der Waren und Kapitalien die Grundlage beziehungsweise der Hebel sein wird für eine ebenso globale Durchsetzung der demokratischen Staatsform.

Nicht zuletzt am ökonomischen Zusammenbruch und an der Renationalisierung des Ostblocks läßt sich gegenwärtig studieren, daß der Weltmarkt niemals „geteilt“ war und die Nationalstaaten einer imperialistischen Verkettung mit unterschiedlichen Dominanz- und Allianzbeziehungen eingegliedert sind. Mehr noch, die imperialistischen Zentren erzielen und reproduzieren ihre ökonomische und politische Herrschaft gerade dadurch, daß sie den untergeordneten Ländern der Zentren, Semiperipherien und Peripherien die nationalstaatliche Selbständigkeit garantieren, sie dadurch voneinander isolieren und gegeneinander hierarchisieren, sie politisch – etwa durch den Ausschluß von internationalen Entscheidungsgremien – marginalisieren. Die Zentren können sich dabei den Luxus erlauben, auf einen aggressiv-expansiven Nationalismus weitgehend zu verzichten. Den von ihnen abhängigen Staaten bleibt er als Mittel der ideologischen Integration nicht erspart und begünstigt dort despotische Re-

WIDERSPRUCH

Beiträge zur
sozialistischen Politik

21

Neuer Rassismus

Europa, Nationalstaat, Klassenrassismus;
„Ausländerin“ und geteilter Feminismus;
Islam und Machismo; jüdischer Antisemitismus?
Ethnische Toleranz; Multikulturalismus
und Antirassismus; Kulturrevolution von rechts?
Neonazis und Bürgerblock; Armut und Fremden-
hass; Antirassismus-Gesetze

E. Balibar, W. Efferding, Á. Kalpaka,
S. Boos, B. Rothschild, J. Müller,
H. Siegfried, H.U. Jost, J. Frischknecht,
U. Mäder, B. Koprio, B. Leuthardt

Diskussion

Gottfried und Krise der
neokolonialen Weltordnung; G. Hiescher
Was heisst Zivilgesellschaft? H. Jäger
Zivilgesellschaft und Nation; G. Fülberth
Gramsci und die Religion; J. Rehmann

Rezensionen / Zeitschriftenchau

11. Jg./Heft 21 – Juni 1991

Fr. 15.–

208 Seiten, Fr. 15.–

zu beziehen im Buchhandel oder bei
WIDERSPRUCH, Postfach, 8026 Zurich

gimes mit verheerenden Folgen für die jeweiligen Bevölkerungen. Was der Nachkriegsimperialismus den „befreiten“ Kolonialländern eingebracht hat, sind umfunktionierte Kolonialgrenzen und vorprogrammierte militärische Konflikte um sie, Hungerregionen und „wuchernde Städte“ sowie bürgerkriegsähnliche Auseinandersetzungen, die sich ethnische und religiöse Differenzen zum Vorwand nehmen und sie herausstellen.

III.

Der Entwurf einer neuen „Weltsicht“, wie Brumlik und Diner ihre Ausführungen zur „neuen Weltordnung“ und zum zweiten Golfkrieg bezeichnen, ist theoretisch auf Sand gebaut. Die Linke, so argumentieren beide, sei in die Krise geraten, weil sie sich den Verlust des Realfundaments ihrer theoretischen Gewissheiten nicht eingestanden habe; die Agonie habe mit dem US-Ultimatum an den Irak eingesetzt, als sie in die gesinnungsethisch verfeindeten Gruppen der Bellizisten und „Pazifisten“ zerfiel; und diese seien schließlich in den Massenprotesten gegen die Kriegspolitik der USA, was besagen soll in der Umarmung des reaktivierten deutschen Nationalismus untergegangen. Die „verantwortungsethische“ Alternative der Kriegsbefürworter sieht die Legitimität von Sanktionen der UNO und der militärischen Intervention unter der Führung der USA in den Völkerrechtsgarantien der bestehenden Staatsgrenzen. Die Dreistigkeit, die darin liegt, daß ausgerechnet die Aufrüster und Hauptproduzenten von Massenvernichtungswaffen es für unumgänglich erklärten, einen Staat der „Dritten Welt“ zu entwaffnen, ist von den Kriegsbefürwortern stets ignoriert worden.

Es hatte durchaus nicht nur regionale Ursachen, daß der Staat Irak, nachdem das OPEC-Kartell zusammengebrochen war, zwei Eroberungskriege anzettelte. Ermuntert nicht zuletzt durch das angehäuften Waffenarsenal, für das die irakische Führung Lieferanten in der gesamten westlichen und östlichen Welt fand, glaubte die despotische Führung, militärisch erreichen zu können, wozu sie mit ökonomischen Mitteln unter den Bedingungen des „ungeteilten Weltmarktes“ auf absehbare Zeit nicht in der Lage gewesen wäre. Nach der Besetzung Kuwaits traten ihr eben diese Lieferanten zu einer exemplarischen Strafaktion entgegen. Die USA organisierten den Eindämmungsfeldzug, der trotz aller Dementis so, wie er geführt wurde, die Zivilbevölkerung traf und vorsätzlich die Infrastruktur des Landes verwüstete. Finanziert wurde dieser Feldzug von den ökonomisch potenten Verbündeten der USA, den arabischen Ölscheichtümern, Japan und der Bundesrepublik Deutschland. Das Kriegsziel der „Befreiung Kuwaits“ erwies sich als Restauration der

brutalen Familien-Diktatur der Sabahs.

Beide Aspekte haben in der „Weltsicht“ der Kriegsbefürworter keinen Platz. Sie stellen auch nach diesem Krieg – wie andere in den gewärtigen Betrachtungen zu seinem einjährigen Jubiläum – den militärisch-industriellen Komplex und die wieder florierenden Waffenexporte der Zentren nicht in Frage, sondern haben sich angewöhnt, zwischen Waffenbesitz in „demokratischen“ und den Zentren befreundeten Regimen und solchem in „ultratalitären“ Händen, in „gute“ und „schlechte“ Vernichtungsarsenale zu unterscheiden. Was in Staaten der „Dritten Welt“ als bedrohlich empfunden wird, ist ehemaligen Linken die selbstverständliche Bestandsgarantie des völkerrechtlich kodifizierten politisch-ökonomischen Weltsystems. Es ist noch nicht lange her, daß sie dieses System dafür verantwortlich machten, nicht nur ständig Ursachen für Kriege in den drei Kontinenten hervorzurufen, sondern zugleich durch die Waffenexporte dafür zu sorgen, daß sie immer verheerender geführt werden.

Nun dient ihnen der militärische „Entwaffnungsfeldzug“ gegen ein despotisches Regime und die Restauration einer Familien-Diktatur zum willkommenen Anlaß, ihr politisch-theoretisches Desaster der Öffentlichkeit bekannt zu machen. Ihre Schläge gegen die Neue Linke machen nur vor diesem Hintergrund Sinn: Der Preisgabe der durch die Marxsche Theorie inspirierten Analyse der internationalen Hegemonialverhältnisse und der Suche nach einem globalen Ausweg aus den kapitalistischen Gewaltverhältnissen folgte die Identifikation mit diesen Verhältnissen. Die theoretische Dürftigkeit ihrer „Weltsicht“ wird dabei durch die monströsen Psychologisierungen nur schlecht verdeckt. Warum sonst hätten sie die US-amerikanische Bewegung gegen den Vietnamkrieg der sechziger Jahre, die mit ihren Sit-ins und Go-ins der Neuen Linken in der BRD zum Vorbild wurde, wie auch die Antikriegsbewegung und die Opposition vieler linker Intellektueller in den USA zur Zeit des zweiten Golfkrieges verschweigen sollen.

Andreas Fanizadeh/Gisbert Lepper

* Micha Brumlik, Weltrisiko Naher Osten. Moralische und politische Perspektiven in einem Konflikt ohne Ende. Hamburg 1991.

Dan Diner, Der Krieg der Erinnerungen und die Ordnung der Welt. Berlin 1991.



„Slainté!“
Zwei
irische
Autoren
über
die
ewigen
Themen
aus
dem
legendären
Helden-
und
Alltags-
leben
der
grünen
Insel.

Sean McGuffin

DER HUND / Roman

Geschichte einer Verschwörung gegen das britische Empire. Der definitive Thriller um heutigen IRA-Aktivismus und alte keltische Mythen. Broschur, 210 Seiten, 29.80 DM

Brendan Behan

MRS. MURPHY'S LETZTE ZÜGE

Autobiographische Erzählungen aus Dublin. Geschichten über Alkohol, Katholizismus, Selbstbehauptung und den Tod. Gebunden, 96 S., 20.- DM

Edition Nautilus

Hassestraße 22 – 2050 Hamburg 80

Hegemonie und radikale Demokratie

Zur Dekonstruktion des Marxismus

Ernesto Laclau/Chantal Mouffe

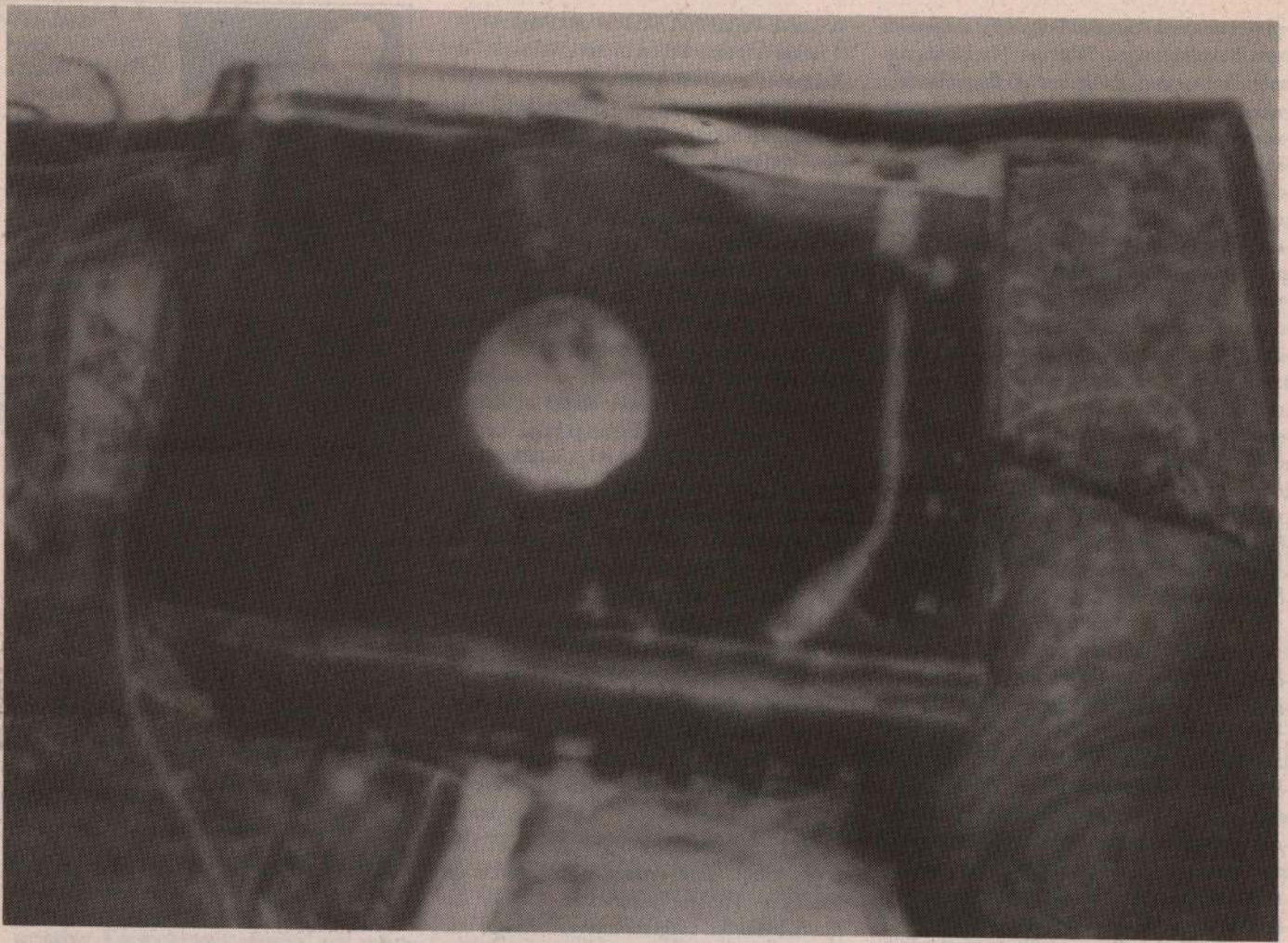
Hrsg., eingeleitet und aus dem Engl. übersetzt von Michael Hintz/Gerd Vorwallner

1991, 288 S., broschiert, DM 58,-
ISBN 3-900767-71-8

Spätestens seit dem Zusammenbruch des „realen Sozialismus“ sind demokratietheoretische Fragestellungen zu einem zentralen Feld der intellektuellen Auseinandersetzung geworden. Hier gehen die AutorInnen eine – wenn nicht die – entscheidende Leerstelle linker, marxistischer Theoriebildung an. Über eine Dekonstruktion des Marxismus vornehmlich der II. und III. Internationalen versuchen sie den Blick freizumachen für eine anti-essentialistische Konzeption des Sozialen. Dabei führt ihre Radikalisierung und Verknüpfung von Gramscis Überlegungen zur Hegemonie, Foucaults Diskursanalytik und Leforts libertärer Politikkonzeption zu einer neuen Artikulation von postindividualistischem Liberalismus, radikaler und pluraler Demokratie sowie nicht-totalitärem Sozialismus. Insofern stellt dieses Buch auch einen Beitrag zur Herausbildung einer neuen Politik der Linken dar.

Passagen Verlag





„Plattenspieler“ aus dem Zyklus 18. Oktober 1977 von Gerhard Richter

Geiseln der Zivilgesellschaft

Weiterhin normale Sonderbehandlung für RAF-Gefangene

Das neue Jahr begann in der Bundesrepublik verheißungsvoll — zumindest für die politischen Gefangenen: der *Stern*, spätestens seit seiner (erfundenen) Titelgeschichte über die „Kommandozentrale der RAF“ in der Hamburger Hafenstraße als halbamtliches Verlautbarungsorgan der Bundesanwaltschaft bekannt, berichtete über geplante vorzeitige Haftentlassungen von Gefangenen aus der RAF, die *Süddeutsche Zeitung* zog nach mit „Informationen aus dem Bundeskabinett: sieben verurteilte Terroristen sollen vorzeitig entlassen werden“ und die *taz*, seit dem letzten großen Hungerstreik 1989 vorzugsweise von der Modernisierer-Fraktion der Ämter für Verfassungsschutz mit zu lancierendem Material beliefert, kommentierte mit vorausseilender Zufriedenheit, als seien bereits Fakten geschaffen: „Die Entlassung einiger RAF-Häftlinge trägt zur Zivilisierung der Bundesrepublik bei.“

Die Wirklichkeit kann mit so viel staats-treuem Optimismus der Journaille kaum

Schritt halten. Und so mühen sich denn derzeit die Spitzenpolitiker mit blumigen Formulierungen über „Versöhnung“ und „Menschlichkeit“ zu überdecken, daß die ganze Aufregung um nicht mehr geht als um eine Vorschrift aus der Strafprozeßordnung und einen Paragraphen aus dem Strafgesetzbuch. Die eine sieht vor, daß StraftäterInnen nach Verbüßung von zwei Dritteln ihrer Haftzeit rauskommen können, der andere schreibt fest, daß bei Menschen, die zu lebenslanger Haft verurteilt wurden, nach fünfzehn Jahren zu prüfen ist, ob sie vorzeitig entlassen werden können. Bei der Diskussion um die Freilassung von Günter Sonnenberg, Irmgard Möller, Bernhard Rössner, Lutz Taufer, Christine Kuby, Karl-Friedrich Grosser und Claudia Wannersdorfer geht es also nicht um Gnade, besonders großzügige oder zivile Umgangsformen des Staates, es ist zuallererst ein juristischer Routinevorgang, rechtsstaatliche Normalität. Wobei zu dieser rechtsstaatlichen Normalität eben auch die gnadenlose Sonder-

behandlung dieser Gefangenen gehört. Claudia Wannersdorfer, die wegen Unterstützung der RAF seit sieben Jahren sitzt, Bernhard Rössner, der 1975 u.a. wegen Teilnahme am Überfall auf die Deutsche Botschaft in Stockholm zu lebenslanger Haft verurteilt wurde, und Günter Sonnenberg, der wegen Mordversuchs an zwei Polizisten 1978 zweimal lebenslang bekam, gelten wegen schwerer Krankheiten seit langem als haftunfähig, ohne daß sich die Gerichte, das Bundesjustizministerium oder ein nennenswerter Teil der deutschen Öffentlichkeit darum scheren würde. Irmgard Möller wurde im Juli 1972 gefaßt und wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung zu viereinhalb Jahren verurteilt — zusammen mit Jan Carl Raspe, Gudrun Ensslin und Andreas Baader war sie während der bis heute nicht aufgeklärten Todesnacht vom 17. auf den 18. November 1977 im Hochsicherheitstrakt in Stuttgart-Stammheim und überlebte als einzige (schwer verletzt). Sie hat die Selbstmord-Behauptung des Staates immer als

Lüge bezeichnet und wurde nach der Todesnacht mit einem neuen, nur auf Aussagen eines V-Mannes basierenden Ermittlungsverfahren überzogen, das 1979 mit dem Urteil „lebenslang“ endete. Ihre mittlerweile zwanzig Jahre währende Haft kann aufgrund der Lage der Dinge getrost als „zum Schweigen bringen einer Zeugin“ bewertet werden.

Daß auch die Entlassung von Christa Eckes, die ihre achtjährige Haftstrafe 1992 vollständig abgesessen hat, von den Medien in Zusammenhang mit der „Strafaußsetzung auf Bewährung“ gesetzt wird, zeigt, was die deutsche Justiz von ihren Gesetzen hält und wie staatskonform die politische Diskussion in der BRD tatsächlich ist.

Aber nicht nur die genaueren Umstände der Haft dieser politischen Gefangenen, die eher ihre weitere Einknastung als Skandal erscheinen lassen, als daß sie ihre Freilassung als „versöhnliche Geste“ interpretierbar machen, werfen ein falsches Licht auf die aktuelle Debatte. Auf Nachfragen bezüglich der tatsächlichen Aussichten der Gefangenen freizukommen, halten sich das FDP-geführte Justizministerium und die von einem FDP-Mann geleitete Bundesanwaltschaft nämlich ziemlich bedeckt: Der Generalbundesanwalt verweist darauf, daß die Entscheidung bei den „unabhängigen Gerichten“ liegt, er sei lediglich gefordert, eine Prognose abzugeben. Die Gerichte werden aber jeweils nur auf den Einzelfall eingehen — bisher könne er bei keinem und keiner der Gefangenen mitteilen, wie deren Entscheidungen ausgehen werden. Der Bundesjustizminister beharrt darauf, daß die Haftentlassungsdebatte keineswegs auf seine Initiative gestartet worden sei, es handle sich dabei um einen Routinevorgang, dessen Verlauf er, da es sich um Bundesgefangene handle, lediglich koordiniere. Die für die Entscheidung der Gerichte bedeutsame Prognose stelle nicht er, sondern der Generalbundesanwalt — und der unterliege in dieser Frage keinerlei Weisungen.

Klar geäußert hat sich dagegen der Vorsitzende des Innenausschusses des Bundestages, der SPD-Politiker Bernrath: Eine Haftentlassung ohne ein Abschwören der Gefangenen von Zielen und Politik der RAF lehne er strikt ab. Ähnlich scharfe Töne klingen auch aus der CSU und der CDU.

Eingeschaltet hat sich auch, allerdings ungleich dezenter, die letztes Jahr neugebildete Koordinierungsgruppe Terrorismusbekämpfung (KGT) — ein Gremium, in dem, wie zuvor erst einmal im Großen Krisenstab während des Deutschen Herbstes (1977), das Zusammenarbeits-Verbot von Geheimdiensten und Polizeien ganz offiziell ausgehebelt ist. Die Koordinierungsgruppe, deren Einrichtung die PDS-Abgeordnete Ulla Jelpke als „stillen Putsch“ bezeichnete, war zuletzt wahrscheinlich an der Verbreitung der Gerüchte über eine angebliche Zellensteuerung der RAF-Kommandos maßgeblich beteiligt. Die KGT, so ist zu hören, befürworte eine

Entlassung der genannten Gefangenen in zwei Etappen — als „Instrument zur Terrorismus-Prävention“. Im Klartext: Das Projekt wird augenblicklich gestoppt, wenn es weitere Anschläge der RAF gibt. Die Gefangenen werden demzufolge, ohne daß dagegen bislang jemand protestiert, ein Jahr lang zu dem gemacht, was ihre FreundInnen und GenossInnen immer behauptet haben: zu Geiseln. Trotzdem ist es natürlich besser, sie kommen endlich raus — notwendig und halbwegs human wäre angesichts der real verstrichenen Haftzeit und der Haftunfähigkeit von manchen allerdings: bedingungslos.

In Deutschland zeigt die Diskussion um die Entlassung einiger Gefangener aus der RAF also bislang nur, wie wenig sich hier geändert hat. Das taz-Geschreibsel über die „Zivilisierung der Bundesrepublik“, zu der die Haftentlassungen beitragen könnten, mag insofern gerade noch als Hinweis darauf durchgehen, daß dieses Land (und das nicht nur wegen der Behandlung der politischen Gefangenen) derzeit noch als unzivilisiert zu gelten hat. Implizit freilich auch als Eingeständnis, daß mit der von linker Seite aufgeregt propagierten „Zivilisierung“ wohl nicht mehr gemeint ist als die Einhaltung der bestehenden Gesetze.

Oliver Tolmein

Weil die Befreiung der Menschen aus materieller und psychischer Not zusammengehört ...



... unterstützt medico international Projekte der psychischen Gesundheitsfürsorge zum Beispiel in Chile

Dort haben während der Diktatur lange Jahre Ungewißheit und Angst die Gefühle der Menschen beherrscht. Tausende wurden direkte Opfer des staatlichen Terrors, wurden gefoltert, verschleppt und ermordet. Ihre Angehörigen mußten ihr „Verschwinden“ leidvoll miterleben und viele erfahren erst jetzt die Wahrheit über deren Tod.

Jene, die das Trauma der körperlichen und seelischen Folterqualen überlebt haben, machen heute die Erfahrung, daß ihr Leid fort dauert. Wie bei einem schwelenden Brand, dessen Flammen zwar erloschen sind, der sich aber jeder Zeit wieder entzünden kann, haben sich die traumatischen Erlebnisse in den Menschen festgesetzt und vergiften das individuelle und gesellschaftliche Leben.

Die Schrecken der Militärdiktatur in Chile müssen nun verarbeitet werden, gesellschaftlich vor allem, aber auch individuell. Nicht das schnelle „vergessen des Terrors“ hilft, sondern eine bewußte Aufarbeitung und die „Entprivatisierung“ des Leides bei jedem Einzelnen. Dazu kann Psychotherapie beitragen.

medico international unterstützt auch jetzt weitere chilenische Therapie-Einrichtungen, in denen Opfer der Repression und ihre Familienangehörigen Hilfe erhalten. Noch hat die Regierung des demokratisch gewählten Präsidenten Aylwin für diese Menschen keine angemessene Unterstützung bereit. Hilfe von außen ist deshalb auch jetzt dringend notwendig.

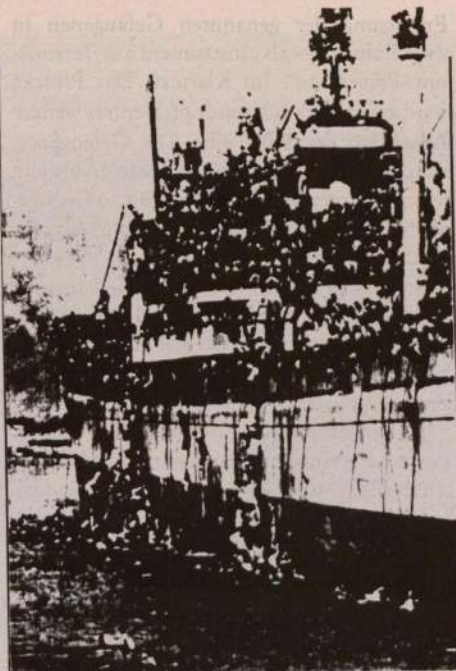
Helfen Sie mit, daß die Verarbeitung des Schreckens und weitestmögliche Wiederherstellung für die Opfer gelingen kann.

Spendenkonto:
1800 Frankfurter Sparkasse
6999-508 Postgiroamt Köln
Stichwort: Folteropfer in Chile

medico
international

Obermainanlage 7 · 6000 Frankfurt 1
Tel.: 069/4990041

ESCAPE



TO LIFE?

**...weil sie
leben wollen
wie ein Mensch,**

**werden
sie erschlagen
wie ein Tier...**

Mi. 5.2. 20 Uhr: Vortrag
**Werner Bohleber: *Nationalismus, Fremdenhaß und
die Sehnsucht nach organischer Gemeinschaft***

Filme:	Fr. 7.2. 20 Uhr: Asa + Zweite Heimat	22 Uhr: 3 Soldaten + Cheb
	Sa. 8.2. 20 Uhr: 3 Soldaten + Cheb	22 Uhr: Transit Levantkade

Mi. 12.2. 20 Uhr: Vortrag
Eike Geisel: *Der ehrbare Mob.*
Über den Unterschied von Rassisten und Deutschen

Filme:	Fr. 14.2. 20 Uhr: Briefe von Alou	22 Uhr: Drachenfutter
	Sa. 15.2. 20 Uhr: Drachenfutter	22 Uhr: Briefe von Alou

Mi. 26.2. 20 Uhr: Vortrag
Barbara Köster:
Die Brüderhorde

Filme:	Fr. 28.2. 20 Uhr: Shoa Teile 1 + 2
	Sa. 29.2. 20 Uhr: Shoa Teile 3 + 4

Die Reihe wird fortgesetzt, u.a. mit Vorträgen von Eike Henning, Robert Kurz, AAA-Aktivisten (CH)

Camera, Gräfstraße 79, Frankfurt, U-Bockenlh. Warte

Eine Veranstaltung der Pupille & Schöne Neue Welt e.V.
mit freundlicher Unterstützung durch: Ypsilon Buchladen und Café, Karl-Marx-Buchhandlung, Cachet * Möbel Lampen Objekte *,
Listen - das Rezensionszeitschrift -, Buch-Café im Jüdischen Museum, Supertramp * der Outdoor-Laden *, Café Albatros, Offsetdruck Ginnheim,
Celsius * Leipziger Straße *, Weinstube im Nordend, Strandgut G.m.b.H., Gemeinschaftswerk der evangelischen Publizistik

Politik und Moral

Eine späte Erklärung der Revolutionären Zellen (RZ)

Im Dezember 1991 veröffentlichte die *taz* in leicht gekürzter Fassung ein Papier der Revolutionären Zellen. Im redaktionellen Vorspann wird einer der „bemerkenswertesten Texte, die in den letzten Jahren von deutschen Militanten verfaßt worden sind“, angekündigt, nicht zuletzt weil die RZ den „unreflektierten Antisemitismus ausgerechnet in der radikalen deutschen Linken“ kritisieren würden (*taz* v. 21.12.91).

Nach soviel unreflektiert deutschen *taz*-Sachen überrascht an dem Papier „Gerd Albartus ist tot“ vor allem das Datum: es bleibt befremdlich, warum zu dem (Feme-)Mord an einem Genossen durch eine nicht näher bezeichnete „Gruppierung, die sich dem palästinensischen Widerstand zurechnet“, erst vier Jahre später Stellung bezogen wird. Noch weiter zurück liegt das zweite Datum, noch weniger erfährt man in dem Papier inhaltlich von den dazwischenliegenden Diskussionen und politischen (Neu-)Orientierungen. Die Ablehnung der militärischen Logik, als deren Opfer Gerd Albartus gesehen wird, verknüpfen die RZ mit der Erinnerung an die gescheiterte Flugzeugentführung nach Entebbe, die von der westdeutschen Linken – nicht zuletzt aufgrund des „Deutschen Herbstes von 1977 – kaum anders als militärisch reflektiert wurde. Mit der provokanten These: „Entebbe war kein Einzelfall“ versuchen die RZ, theoretische Schwächen und politische Fehler des Antiiperialismus und des Internationalismus, wie sie

die Neue Linke seit Vietnam begriff, aufzuzeigen. Die Aktion von 1976, wo ein palästinensisch/deutsches Kommando nicht vor einer Selektion jüdischer Geiseln zurückschreckte, erscheint ihnen als Beispiel für die Unhaltbarkeit bestimmter traditioneller politischer Konzepte. Diese Einsicht, die für sich genommen weder neu noch originell ist, versuchen die RZ mit einer Kritik am „Mythos des Volkskriegs“, am „Befreiungsnationalismus“, am Bild vom antiimperialistischen Militanten, und vor allem am „Antizionismus“, der die nazistische Vernichtung der europäischen Juden aus den Augen verliert, zu verbinden. Das Problem, nach Möglichkeiten der Identifikation und Orientierung zu suchen, kommt ihnen dabei öfter in die Quere – am fatalsten für eine antirassistische und antinationalistische Politik im Rückgriff auf die Kategorie der „ethnischen Gemeinschaften“, deren aufeinanderprallende Ansprüche „revolutionäre Lösungen“ angeblich ausschlossen. Das Papier ist trotz dieser Mängel ein Diskussionsbeitrag, der – und das zeigen die ersten Reaktionen auf die Publikation – sowohl die Staatsvergötter, die mit der Kritik am Antiiperialismus ihre Zufriedenheit mit der bestehenden Gesellschaft bemänteln, als auch ihr Spiegelbild, die in der einfachen Gleichung „Antiiperialismus = Antizionismus“ ihre Politik fundiert sehen, in ein wenig Unruhe versetzt. Der *diskus* dokumentiert den Text im ungekürzten Wortlaut.

Schlechte Nachrichten in einem Stück Zeitung

Heute, da mir die Freunde sterben,
sterben nur ihre Namen.

Wie kann man hoffen, aus dieser gewalttätigen Grube,
mehr als die Buchstaben zu erfassen,
Schimmer von zärtlicher Schwärze,
Pfeile bis in die vertrauten Erinnerungen?

Nur wer außerhalb der Gefängnisse lebt,
kann die Leichen ehren, sich reinwaschen
vom Schmerz über seine Toten mit Umarmungen,
mit Nagel und Träne die Grabsteine kratzen.

Die Gefangenen nicht: Wir pfeifen nur,
damit das Echo die Nachricht beschwichtigt.

Roque Dalton

Gerd Albartus ist tot

1.

Er wurde bereits im Dezember 1987 erschossen, nachdem er von einer Gruppierung, die sich dem palästinensischen Widerstand zurechnet und für die er gearbeitet hat, vor ein Tribunal gestellt und zum Tode verurteilt worden war.

Wir haben die Nachricht erst etliche Zeit später bekommen. Bis dahin waren wir davon ausgegangen, daß Gerd von einer Reise zu der Gruppe nicht zurückgekehrt war, weil er von den Hausdurchsuchungen, Fahndungen und Verhaftungen im Dezember 1987 wußte und befürchtete, bei einer Einreise in die BRD ebenfalls festgenommen zu werden. Versuche, über seinen Verbleib etwas in Erfahrung zu bringen, blieben entweder unbeantwortet oder bestätigten uns in dieser Vermutung. Wie die meisten seiner Freundinnen und Freunde, die sich um ihn sorgten, waren wir uns mit zunehmender Dauer seines Wegbleibens gewiß, daß er die Gelegenheit zum Anlaß genommen hatte, um sich der seit seiner Knastzeit verschärften polizeilichen Überwachung und Schikane zu entziehen. Er war, davon waren wir überzeugt, abgetaucht, zwar nicht in unserem Rahmen, aber an einem gesicherten Ort und in einem politischen Zusammenhang, dem er nahestand.

Daß es nochmals gedauert hat, bis wir uns endlich durchgerungen haben, unser Wissen um seinen Tod öffentlich zu machen, liegt an uns. Die Suche nach einer Antwort, die der Ungeheuerlichkeit des Anlasses auch nur einigermaßen angemessen gewesen wäre, in der das Bedürfnis nach Rache seinen Platz gehabt hätte, ohne daß es den Falschen trifft, ist ins Leere gegangen. Bemühungen, über die bloße Nachricht in einem Stück Zeitung hinaus eine Form zu finden, die unserem Entsetzen und unserer Trauer gerecht wird, sind fehlgeschlagen. Der Weg der Veröffentlichung ist zugleich die Kapitulation vor weitergehenden Ansprüchen.

Natürlich gab und gibt es auch Kontroversen, wem mit einer Veröffentlichung gedient ist. Der Vorwurf wurde laut, daß wir lediglich dem Zeitgeist Tribut zollen und ausgerechnet in einem Moment reinen Tisch machen, wo die Abrechnung mit linker Geschichte fast schon eine Frage des guten Geschmacks ist. Der Text würde uns auf die eigenen Füße fallen, weil damit doch bloß die sattem bekannten Klischees über die Spirale der Gewalt innerhalb bewaffneter kämpfender Gruppen zusätzliche Nahrung erhielten. Überdies wurde vor einer Schwächung der Palästina-Solidarität gewarnt. Eine derartige Nachricht, so differenziert sie auch vorgetragen würde, müsse zwangsläufig auf den gesamten palästinensischen Widerstand zurückfallen, weil kaum jemand imstande ist, das Geflecht der palästinensischen Organisationen und Fraktionen zu durchschauen, und wir selbst auch keine detaillierten Informationen über die konkreten Zusammenhänge beisteuern könnten. Dies aber sei vor dem Hintergrund des Golfkriegs und einer politischen Debatte, die sich auf die blödsinnige Alternative: Israel ja oder nein zugespitzt habe, ein Signal in die verkehrte Richtung. Und schließlich müsse uns bewußt sein, daß eine derartige Veröffentlichung eine Welle von Reaktionen auslösen würde, deren ganzes Ausmaß wir weder überschauen noch verantworten könnten.

Wir haben uns über all diese Einwände, auch wenn sie uns lange haben zögern lassen, letztendlich hinweggesetzt. Die berechtigte Sorge, der falschen Seite in die Hände zu arbeiten, darf nicht zum bequemen Freibrief werden, jeglichen Dreck unter den Teppich zu kehren. Sie war schon zu oft bloßer Vorwand, um das eigene Schweigen zu legitimieren. Vielleicht müssen wir umdenken, müssen lernen, daß Schwindel und Selbsttäuschung weit mehr zu unserem Scheitern beitragen als die offen geführte Kontroverse um unsere internen Widersprüche, selbst auf die Gefahr hin, daß der Gegner sich dies zunutze macht. Wer von Befreiung träumt, von den Schattenseiten des Befreiungskampfes aber nichts wissen will, hängt naiven Revolutionsvorstellungen nach, die dessen Wirklichkeit nicht standhalten. Wir wollen uns nicht an Legenden und Bilder klammern, die weniger unseren Erfahrungen als vielmehr naiven Projektionen oder aber handfesten Verdrängungen geschuldet sind. Wem nützen wir damit, wenn wir unter dem Banner des Internationalismus eine falsche Einheit vorgaukeln, während hinter den Kulissen die Gegensätze aufeinanderprallen. Nur wenn wir uns illusionslos mit den tatsächlichen politischen und ideologischen Widersprüchen auseinandersetzen, werden wir mit ihnen umzugehen wissen, sobald wir damit konfrontiert werden.

Es geht uns auch nicht um Enthüllung oder Anprangerung, selbst wenn wir nicht verhindern können, daß von dem Text in einer Weise Gebrauch gemacht wird, die uns jetzt schon anwidert. Die Befürchtung, wir könnten der falschen Seite Munition liefern, teilen wir nicht. Diese Seite war gerade in der jüngsten Zeit nicht schlecht gewappnet, und wo ihr die Munition ausging, konnte sie sich in den Archiven der Stasi nach Belieben bedienen. Wer uns eins auswischen will, braucht nicht auf unsere Vorgabe zu warten, sondern entscheidet selbst, wann die Gelegenheit günstig ist – egal, ob es stimmt. Und falls wir den Bullen tatsächlich neue Erkenntnisse offenbaren, so hat dies allenfalls zur Folge, daß ein Zielfahndungskommando aufgelöst werden kann.

Der Sinn der Veröffentlichung ist denkbar einfach: Wir wollen verhindern, daß ein Genosse, der uns wichtig ist, spurlos verschwindet. Wir wollen uns dem Eindruck widersetzen, als könne einer der unsren ohne Widerspruch umgebracht werden, selbst wenn uns die Mittel fehlen, dies zu vergelten. Wir wollen jeglichen Funken an Zweifel auslösen, daß es für diese Entscheidung irgendeine Rechtfertigung gibt,

die mit unseren eigenen Maßstäben in Einklang steht. Und wir wollen endlich, endlich dem grausig-grotesken Zustand ein Ende bereiten, daß seine Angehörigen, Freunde und Freundinnen weiterhin in der falschen Gewißheit leben, er sei, wenn auch weg und unauffindbar, in Sicherheit.

Für uns steht Gerd's persönliche Integrität außer Frage. Über die Vorhaltungen, die die Gruppe ihm gemacht hat, haben wir nur vage Informationen, aber auch ein Mehr an Details könnte uns nicht in der Gewißheit erschüttern, daß es kein einziges Argument gibt, das seine Erschießung erklärt. Was immer die Motive derer gewesen sein mögen, die ihn umgebracht haben – sie liegen jenseits seiner Person.

Im Gegenteil – es gehört zu den makaberen Paradoxien dieser Geschichte, daß Gerd, in dessen politischer Biographie die praktische Unterstützung des palästinensischen Widerstands durchgängig eine zentrale Rolle eingenommen hat, ausgerechnet einer jener Gruppen zum Opfer gefallen ist, die sich als Teil dieses Widerstands begreifen.

2.

Unser Wissen über die Gruppe wie über Gerd's Verhältnis zu ihr ist begrenzt. Die Verbindungen gehen zurück auf einen Abschnitt unserer Geschichte, unter den wir aus politischen Gründen schon vor etlichen Jahren einen Schlußstrich gezogen hatten. Ob und inwieweit sich die Zusammenhänge in der Zwischenzeit auch dort geändert haben, übersehen wir nicht.

Gemeint ist die Zeit nach der gescheiterten Gefangenenbefreiung Ende Juni 1976. Damals hatte ein vierköpfiges Kommando, dem neben zwei Palästinensern auch zwei Mitglieder der RZ, Brigitte Kuhlmann und Wilfried „Bonni“ Böse, angehörten, einen Airbus der Air-France in seine Gewalt gebracht und die Freilassung von mehr als 50 GenossInnen gefordert, die zum überwiegenden Teil in israelischen und westdeutschen Knästen gefangen gehalten wurden. An Bord der Maschine, die in Tel Aviv gestartet und auf dem Flug nach Paris in Athen zwischengelandet war, bevor sie von dort aus nach Entebbe umdirigiert wurde, befanden sich über 250 Passagiere, unter ihnen etwa 100 israelische Staatsbürger oder Juden anderer Nationalität. Nachdem die nicht-jüdischen Passagiere innerhalb weniger Tage freigelassen worden waren, verlängerte das Kommando sein Ultimatum, um weitere Verhandlungen zu ermöglichen. Diese Zeitspanne nutzte die israelische Regierung, um eine militärische Lösung vorzubereiten. In der Nacht zum 4. Juli 1976 überfiel eine Spezialeinheit den Flughafen von Entebbe und bereitete der Geiselnahme ein blutiges Ende. Das Kommando kam dabei ums Leben, von den Gefangenen, deren Freilassung gefordert worden war, kein einziger frei.

Es hat Jahre gedauert, ehe wir diesen Rückschlag verkraftet hatten. Unter dem Eindruck des Verlustes der Freunde waren wir zunächst unfähig, die politische Dimension der Katastrophe zu ermessen, die Entebbe für uns bedeutete. Anstatt wahrzunehmen, was uns vorgehalten wurde, nämlich daß wir als Organisation an einer Operation teilhatten, in deren Verlauf israelische Staatsbürger und jüdische Passagiere anderer Nationalität ausgesondert und als Geisel genommen worden waren, beschäftigten wir uns vor allem mit dem militärischen Aspekt der Aktion und ihrer gewaltsamen Beendigung. Das Kalkül des Regimes sollte nicht aufgehen. Um zumindest die Option auf die Befreiung gefangener GenossInnen offenzuhalten, mußten wir handeln und durften uns nicht von den alarmierenden Nachrichten über den Ablauf der Geiselnahme und die Rolle unserer GenossInnen darin blockieren lassen. Die Meldung, es sei ausgesondert worden, hielten wir ebenso für ein Produkt psychologischer Kriegsführung wie die Behauptung, daß sich die deutschen Mitglieder des Kommandos dabei besonders hervorgetan hatten. Wir kannten Brigitte und Bonni als Antifaschisten, und wir wußten um ihre Motive, sich an der Aktion zu beteiligen. Unser Begriff von Solidarität verbot Kritik an den GenossInnen; eine Diskussion über Fehler wehrten wir ab, als ob Solidarität nicht prinzipiell das Risiko umfaßt, daß einzelne GenossInnen Fehler machen.

Ähnlich vordergründig blieb die Diskussion, wo es um die Suche nach Gründen für das Scheitern der Aktion ging. Zu mehr als Manö-

verkritik waren wir nicht imstande. Wir beklagten, daß die ursprünglichen Planungen und Absprachen nicht eingehalten worden waren und daß der faktische Ablauf auf den Kopf gestellt hätte, was eigentlich vorgesehen war. Wir kritisierten, daß die Aktion, die aus unserer Sicht einzig und allein einen pragmatischen Zweck verfolgte, nämlich die sofortige Freilassung politischer Gefangener, im Verlauf ihrer Dauer mehr und mehr den Charakter einer Propagandaaktion angenommen hatte, die sich vor allem Idi Amin zunutze zu machen verstanden hätte. Wir erhoben den Vorwurf, daß dem Kommando im Zuge der Operation die Befehlsgewalt entzogen worden war und die GenossInnen nach der Landung in Entebbe bloß noch die Weisungen zu befolgen hatten, die an anderer Stelle und fernab des Geschehens ausgegeben wurden. Wir fanden uns schließlich ab mit dem Verweis auf die besondere Dynamik militärischer Operationen, auch wenn unser Vertrauen in eine direkte internationale Zusammenarbeit als besondere Qualität eines praktischen Antiimperialismus an seine Grenzen gestoßen war.

Daß die Grenzen dieser Zusammenarbeit nicht technischer oder taktischer, sondern politischer Art waren, sahen wir nicht, obwohl Stoßrichtung und Verlauf der Aktion eine deutliche Sprache sprachen. Das Kommando hatte Geiseln genommen, deren einzige Gemeinsamkeit darin bestand, daß sie Juden waren. Soziale Merkmale wie Herkunft oder Funktion, die Frage der gesellschaftlichen Stellung oder der persönlichen Verantwortung, also Kriterien, die wir eigentlich unserer Praxis zugrundelegten, spielten in diesem Fall keine Rolle. Die Selektion erfolgte entlang völkischer Linien. Daß die einzige Geisel, die die Flugzeugführung nicht überlebte, ausgerechnet eine ehemalige KZ-Inhaftierte war, ging zwar nicht unmittelbar zu Lasten des Kommandos, lag aber nichts desto weniger in der Logik der Aktion. Was gut ein Jahr später, im Fall Mogadischu, selbst unter Linksradiكالen eine Welle der Kritik auslösen sollte, nämlich daß eine willkürliche Gruppe deutscher Urlauber zur Verhandlungsmasse wurde, darüber setzten wir uns im Fall Entebbe hinweg, obwohl der Verlauf der Aktion die einfachsten Grundsätze revolutionärer Politik und Moral, die wir sonst für uns in Anspruch nahmen, auf den Kopf gestellt hatte. Die entsetzliche Drohung, daß jeder, der israelisches Grundgebiet betritt, wissen muß, welches Risiko er auf sich nimmt, und daß er dieses selbst zu verantworten habe, war blutiger Ernst geworden.

Entebbe war kein Einzelfall, wohl aber der Kulminationspunkt einer Entwicklung, in deren Verlauf wir uns mehr und mehr von dem entfernt hatten, wofür wir mal angetreten waren. Vergessen waren die Sätze, die Ulrike Meinhof knapp zehn Jahre zuvor aus Anlaß des Sechstage-Kriegs geschrieben hatte: „Es gibt für die europäische Linke keinen Grund, ihre Solidarität mit den Verfolgten aufzugeben, sie reicht in die Gegenwart hinein und schließt den Staat Israel mit ein.“ Der schwarze September der Palästinenser, die israelischen Luftangriffe auf die Flüchtlingslager, das Masseneleid in den besetzten Gebieten, das Regime des Schreckens, das die Besatzungsmacht dort ausübte, die Berichte aus den israelischen Gefängnissen waren uns Grund genug und zugleich Vorwand, unser Wissen über Auschwitz in den Hintergrund zu drängen. Wir machten uns die Losungen des palästinensischen Befreiungskampfes zu eigen und setzten uns darüber hinweg, daß unsere Geschichte eine vorbehaltlose Parteinahme ausschloß. Wir interpretierten den Konflikt mit den Kategorien eines an Vietnam geschulten Antiimperialismus, mit denen er nicht zu ermaßen war. Wir sahen Israel nicht mehr aus der Perspektive des nazistischen Vernichtungsprogramms, sondern nur noch aus dem Blickwinkel seiner Siedlungsgeschichte: Israel galt uns als Agent und Vorposten des westlichen Imperialismus mitten in der arabischen Welt, nicht aber als Ort der Zuflucht für die Überlebenden und Davongekommenen, der eine Notwendigkeit ist, solange eine neuerliche Massenvernichtung als Möglichkeit von niemandem ausgeschlossen werden kann, solange also der Antisemitismus als historisches und soziales Faktum fortlebt. Die dramatische Tatsache, daß dieses Sicherheitsbedürfnis der Juden scheinbar nur gegen die Palästinenser zu realisieren ist, stürzte uns nicht in ein unlösbares Dilemma, wir nahmen sie vielmehr zum Anlaß, uns bedingungslos auf die Seite derer zu schlagen, die in unseren Augen die Schwächeren waren. Wo wir unter anderen Voraussetzungen auf der

Unterscheidung zwischen oben und unten beharrten, sahen wir im Nahen Osten vor allem gute und schlechte Völker. Am Patriotismus der Palästinenser kritisierten wir allenfalls dessen Pathos, obwohl uns nicht zuletzt die Geschichte Israels ein warnendes Beispiel hätte sein müssen, daß die Verwirklichung der palästinensischen Maximalforderungen nicht das Ende von Ausbeutung und Unterdrückung, sondern lediglich deren Verewigung unter anderen Vorzeichen bedeuten würde. Leid und durchlebte Verfolgung bieten keinen Schutz davor, daß Menschen zu Ungeheuern werden, sobald sie sich als Staatsvolk zusammenballen. Wo zwei ethnische Gemeinschaften Ansprüche auf dasselbe Stück Land erheben, gibt es keine revolutionären Lösungen. So begreiflich die Schlußfolgerungen waren, die die Palästinenser aus ihren Erfahrungen der Vertreibung und Verfolgung gezogen hatten – wir konnten sie in der Konsequenz nicht teilen, ohne in einen unauflösliehen Widerspruch zu unserer Geschichte wie zu unserem politischen Selbstverständnis zu geraten. Die legitime und notwendige Kritik an der israelischen Besatzungspolitik sowie die selbstverständliche Solidarität mit dem Widerstand der Palästinenser waren umgeschlagen in die Bereitschaft, jüdische Passagiere gleich welcher Staatsangehörigkeit für den Terror und die Grausamkeiten des israelischen Regimes haftbar zu machen und damit sozialrevolutionäre Maßstäbe gegen die der Sippenhaft einzutauschen. Das Ausmaß an historischer Amnesie und an moralischer Desintegration, das in dieser Bereitschaft zum Ausdruck kommt, ist die schwerste Hypothek, mit der unsere Geschichte belastet ist.

Es gibt eine Reihe von Gründen, die diese fatale Entwicklung erklären. Faktoren wie Mißtrauen und Zweifel uns selbst gegenüber, die wir aus dem reichen Norden kamen, oder Opportunismus angesichts der Möglichkeiten, die die Zusammenarbeit mit palästinensischen Organisationen bot, spielen dabei sicherlich ebenso eine Rolle wie der Handlungsdruck, unter dem wir aufgrund der Isolationsbedingungen in den westdeutschen Knästen standen, oder aber die Tatsache, daß wir

WIDERSPRUCH

Beiträge zur
sozialistischen Politik

22

Neo-Kolonialismus

1492 - 1992: Unterdrückung, Ausbeutung und Widerstand; Menschen- und Minderheitenrechte; Bilder Afrikas in Europa; Ökofeminismus, Frauen und Landrechte; Self-Reliance, Weltmarkt, IWF/Weltbank; Kapitalflucht, alternative Entwicklungspolitik

E.Dussel, G.Hauck, R.Kössler, H.Melber, Ch.P.Scherrer, G.Hischier, Ch.Radtke, E.Märke, C.Wacker, T.Locher, H.Furrer, Al Imfeld, Ch.Neugebauer, U.Hänsenberger, R.Strehle, C.Knöpfel

Diskussion

Moralische Vernunft und praktische Solidarität: M.Wicki
Angriff der neoliberalen Ordnungspolitik: H.Schäppi

Rezensionen / Zeitschriftenschau

11. Jg./Heft 22 - Dezember 1991

Fr. 15.-

188 Seiten, Fr. 15.-
zu beziehen im Buchhandel oder bei
WIDERSPRUCH, Postfach 8026 Zurich

mit unserem Begriff von Antizionismus nur Teil einer historischen Strömung waren, die fast alle Fraktionen der damaligen Linken erfaßt hatte. Aber so plausibel all diese Gründe auch sein mögen – sie entschuldigen nicht, daß wir in dieser Zeit enorme Fehler gemacht haben, Fehler, die nicht hätten passieren dürfen.

wir können nicht für uns in Anspruch nehmen, daß wir all dies bereits damals, in den ersten Monaten nach Entebbe, so gesehen hätten. Statt in einer grundlegenden Debatte Logik, Ablauf und Resultat der Aktion einer schonungslosen Analyse zu unterziehen und daraus Schlußfolgerungen für unsere weitere Praxis zu ziehen, gaben wir uns mit halbherziger Kritik zufrieden. Die naheliegende Konsequenz, wieder an dem anzuknüpfen, wofür unsere Politik in der BRD stand, nämlich die Orientierung auf die sozialen und politischen Bewegungen im Lande, zogen nur einige.

Dennoch ist auch richtig, daß die Erfahrung von Entebbe tiefe Spuren hinterlassen hat. Der markige Satz von der Karawane, die weiterzieht, während die Hunde bellen, war mehr Spruch als daß er unsere Realität beschrieb. Das Wissen um die Katastrophe wirkte wie ein permanenter schwelender Treibsatz fort, der uns immer wieder selbstkritische Diskussionen abverlangte, in denen wir an der Wahrheit nicht vorbeikamen. Die mehr unterschwellige als offene Auseinandersetzung hatte nicht nur Brüche in persönlichen Freundschaften zur Folge, sie hat auch an den Fundamenten unseres politischen Konzepts gerührt. Selbst wenn wir nicht im einzelnen auseinanderhalten können, in welchen Punkten die Erfahrung eine ursächliche Rolle gespielt hat oder wo sie lediglich den Hintergrund zu völlig anderen Diskussionen und Entscheidungen abgab – daß sie zentrale Bedeutung in der Bestimmung jener Positionen hatte, die unsere Politik in den folgenden Jahren geprägt haben, steht außer Frage. So berechtigt es also ist, uns einen Mangel an Bewußtheit zum Vorwurf zu machen, so falsch wäre es, zu negieren, daß sich Entebbe – und sei es nur in Form des schleichen- den Gifts einer Lebenslüge – dauerhaft in unserem politischen Selbstverständnis niedergeschlagen hat.

Daß wir seitdem nichts mehr unternommen haben, was auf israelische Einrichtungen zielte, ist uns erst wesentlich später aufgefallen. Wo das Thema auf der Tagesordnung stand, haben wir nach westdeutschen Stellen gesucht, die von der Politik Israels profitierten. Die Behandlung palästinensischer Flüchtlinge durch die bundesdeutschen Asylbehörden verfolgten wir genauer als das Drama der Aufstandsbekämpfung in den besetzten Gebieten. Statt mißverständlicher Aktionen haben wir gar keine Aktionen gemacht, wenn wir Bedenken hatten, ob sie vielleicht antijüdisch waren oder zumindest so ausgelegt hätten werden können. Wir hatten allen Grund zur Zurückhaltung, wenn wir uns mit Motiv und politischem Gehalt des Antizionismus beschäftigten. Die Gewißheit, daß auch wir als Linke nicht gegen antisemitische Ressentiments gefeit sind, die notdürftig mit nationalrevolutionären Definitionen kaschiert werden, hat uns praktisch blockiert. Das Dilemma der politischen Abstinenz, das sich daraus ergab, schien einigen von uns eher dahingehend auflösbar, daß wir den Begriff der NS-Kontinuität und unser Leben in diesem Land zum Anlaß nahmen, nach den Spuren jüdischen Widerstands gegen die nationalsozialistische Neuordnung zu suchen und uns darauf zu beziehen, als daß wir zwecks Legitimation und Befriedigung des eigenen Handlungsbedarfs politisch fatale Analogien zogen, wie dies in manchen Dokumenten des linken Antizionismus geschieht.

Eine weitere Konsequenz war der allmähliche Rückzug aus den internationalen Kontakten. Allmählich, weil es alte, auch emotionale Verbindungen gab und weil wir uns selbst schwertaten, mit jenen Begriffen und ideologischen Konstrukten zu brechen, die eine Aktion wie Entebbe überhaupt möglich gemacht hatten. In diesem Prozeß hat sich ein Politikverständnis artikuliert und geformt, das sich fundamental von dem der Gruppe unterschied, mit der wir bis dahin zusammengearbeitet hatten. Differenzen, die wir lange Zeit ignoriert oder der Unterschiedlichkeit von Bedingungen bzw. unserem Metropolenstatus zugeschrieben hatten, erwiesen sich nun als knallharte Widersprüche, für die sich kein gemeinsamer Nenner mehr fand. Der Anspruch, aus unterschiedlichen Positionen heraus solidarisch zu handeln, stieß

an seine Grenzen.

Die Zusammenarbeit mit jener Gruppe basierte auf einem Begriff von Antiimperialismus, der soziale Befreiung unmittelbar an die Erlangung staatlicher Souveränität koppelte. Die Beendigung der Fremdherrschaft, so dachten wir, sei gleichbedeutend mit dem Beginn der sozialen Revolution. Da die Befreiungsorganisationen das um seine Unabhängigkeit kämpfende Volk repräsentierten, waren sie der direkte Adressat internationaler Solidarität. Daß die Machtübernahme den sozialen Gehalt der Revolution in fast allen Fällen eher zerstörte als entfaltete, daß sich die Führer der Befreiungsbewegungen, kaum hatten sie die Kommandoposten in den jungen Nationalstaaten besetzt, als Protagonisten brutaler Entwicklungsdiktaturen gebärdeten, daß von der frisch gewonnenen Unabhängigkeit vor allem die alten Kader profitierten, während das anhaltende Massenelend einer neuen Erklärung bedurfte, daß sich – kurz gesprochen – die ganze Dialektik von nationaler und sozialer Befreiung vor allem für die neuen Machthaber rechnete und daß dies keine Frage von Verrat oder korrupter Moral war, sondern dem Wesen der Staatsgründung entsprach – all das paßte nicht in unser Bild eines homogenen Befreiungsprozesses und wurde deshalb ausgeblendet. Erst in dem Maße, wie nach vollzogener Nationalwerdung neue Kämpfe ausbrachen, wie sich vielfältigste Formen sozialer Gegenmacht artikulierten, deren antagonistischer Kontrahent der Komplex von Gewalt und Verwertung war, den jener Staat verkörperte, waren wir imstande, den Mythos nationaler Unabhängigkeit und den ihm immanenten, alle Differenzen homogenisierenden Volksbegriff zu relativieren. Wir mußten zur Kenntnis nehmen, daß das Spektrum sozialer Bedürfnisse und Interessen nicht in den Befreiungsorganisationen aufging und daß die Dimension des Geschlechter- und des Klassenkampfes selbst im Prozeß antiimperialistischer Befreiung keinen Moment lang ihre Bedeutung verloren hatte. Wir durften uns mit den völkisch-ethnischen Parolen nicht zufrieden geben, auf denen das unartikulierte Miteinander von KämpferInnen und Kommandanten basierte, waren es doch gerade jene, die als Kader unter den Bedingungen des Krieges die Instanzen und Formen zukünftiger Ausbeutung und Zurichtung schufen. Wir konnten nicht länger ignorieren, daß es wiederum die Männer waren, die in Gestalt des befreiten Nationalstaats die Schaltstellen der Verwertung besetzten und damit zugleich einen erneuten Anlauf unternahmen, die Kontrolle über die Frauen und die Reproduktion zurückzugewinnen. Wir mußten den Mythos des Volkskriegs auf seine revolutionären Qualitäten hinterfragen und ihn in seiner Doppelheit als Moment der Befreiung und als Form zerstörerischer Rationalisierung neu begreifen – einer Rationalisierung, zu deren ersten Opfern die Flüchtlinge ebenso gehörten wie die Frauen und Kinder in den Auffanglagern an den Grenzen zu den umkämpften Gebieten. Wir mußten – kurzum – brechen mit allen Facetten des leninistisch-stalinistischen Verständnisses nationaler Befreiung, das von Beginn an die Politik der KOMINTERN bestimmt und das wir uns im Zuge der Rezeption des Marxismus-Leninismus Anfang der 70er Jahre eingehandelt hatten.

Es ist dies kein Vorwurf oder eine Denunziation jener, mit denen wir damals zusammengekämpft haben, sondern das – sicherlich sehr pauschale – Resümee einer Erfahrung. Es ist eine Kritik an falschen Harmonievorstellungen, wie wir sie lange Zeit gehabt haben und die hier vor allem von seiten antiimperialistischer Gruppierungen ungebrochen genährt werden. Die Selbstverständlichkeit, mit der jede revolutionäre Gruppe oder Bewegung internationale Solidarität auf ihre Fahnen schreibt, steht im Widerspruch zu den Schwierigkeiten, sie einzulösen. Existenz und Gewalt des gemeinsamen Gegners reichen nicht aus, um die Gegensätze und Konflikte in den eigenen Reihen einzudämmen. Immer wieder brechen auch hier Antagonismen auf, die ihre Ursache in der Unterschiedlichkeit von Interessen und Zielvorstellungen oder in selbst errichteten ideologischen Barrieren haben. Immer wieder kommt der Moment, wo das, was die eine Gruppe für unbedingt richtig und notwendig hält, in den Augen der anderen schädlich und falsch ist. Daraus ergeben sich – trotz des Anspruchs auf Gemeinsamkeit im Handeln und Geschlossenheit vor dem Gegner – schärfste Auseinandersetzungen, die bis zur Selbstzerfleischung reichen kön-

nen. Über den Ausgang solcher Kontroversen innerhalb des revolutionären Lagers aber entscheiden nicht der gute Wille und die bessere Absicht, darüber entscheiden – wie sonst auch – die Machtverhältnisse.

3.

Gerd hatte in der Zeit nach Entebbe im Knast gesessen. Er war bei dem Versuch, ein Kino in Brand zu stecken, in dem der Film über die Flugzeugentführung seinerzeit lief, von einer Observationsgruppe beobachtet und einen Tag später – im Januar 1977 – verhaftet worden. Vom Düsseldorfer Oberlandesgericht wurde er wegen versuchter Brandstiftung und Mitgliedschaft in den RZ zu fünf Jahren Knast verurteilt. Als er Ende 1981 wieder rauskam, traf er bei uns auf eine gänzlich veränderte Situation. Den Bruch, den wir mit diesem Teil unserer Geschichte vollzogen hatten, hat er für sich nie akzeptiert.

Er teilte die Kritik anderer GenossInnen, mit denen es aufgrund der von uns beschlossenen Loslösung aus den internationalen Verbindungen harte Auseinandersetzungen gab, die bis hin zur Trennung gingen. Die Reduktion auf den eigenen Zusammenhang empfand er als Schwächung, die Betonung der politischen Differenz als Spaltung. Der Preis, den wir für die Hervorkehrung unserer Autonomie bezahlten, sei das Verschwinden in der Bedeutungslosigkeit. Der freiwillige Verzicht auf die Umsetzung eines konkreten Antiimperialismus mache nicht nur unseren revolutionären Anspruch zur Farce, er komme zugleich einer Kapitulation vor ganz praktischen Anforderungen wie der Erhaltung der Option auf Gefangenenerfreilassung, der Sicherung von Rückzugsmöglichkeiten oder der Bewahrung eines bestimmten Aktionsniveaus gleich. Es sei eine Fiktion zu glauben, die RZ könnten aus eigener Kraft den Aufgaben nachkommen, die wir uns gestellt hätten. Überdies werde der Bruch einen Verlust an subjektiver Radikalität zur Folge haben; er sei jetzt schon eher unserer Kleinmütigkeit als einer wirklichen Notwendigkeit geschuldet. Für den trügerischen Vorteil einer 'reinen Weste' hätten wir die RZ auf das Niveau linker Kleingruppenmilitanz gebracht und den Guerilla-Anspruch über Bord geworfen. Unsere 'Selbstkritik' in Sachen Entebbe und danach sei ein Dokument verlogener doppelter Moral, die nur haltbar sei, weil wir andere Realitäten aus unserer Wahrnehmung vollkommen ausblendeten. Es sei ein verkehrtes Wunschbild und zugleich zynisch gegenüber tatsächlichem Leiden, wenn wir revolutionär sein und selbst vor allem saubere Finger behalten wollten. Politik funktioniert nicht nach den Maßstäben zwischenmenschlicher Moral. Der Bruch, so prophezeite er uns, würde das rasche Ende der RZ einleiten.

Gegenüber unserer Entscheidung hielt Gerd fest an der Idee eines unmittelbaren Bezugs auf den palästinensischen Widerstand, nicht zuletzt, weil er sich von der dort erfahrenen Solidarität und subjektiven Radikalität angezogen fühlte. Daß diese Entschlossenheit von zutiefst machistischen Verkehrsformen durchsetzt war, war ihm in der ganzen Widersprüchlichkeit bewußt und hinderte ihn, sich definitiv für ein Leben in diesen Strukturen zu entscheiden. Er versuchte, der Unterschiedlichkeit von Zielsetzungen und Anforderungen in seiner Person gerecht zu werden. Trotz der Widersprüche, die sich daraus zwischen ihm und uns ergaben, empfanden wir es auch als Stärke, daß er in Gegensätzen denken und Spannungen aushalten konnte, die sich nicht zuletzt aus der Ambivalenz und Gebrochenheit metropolitaner Subjektivität ergeben. Wo wir uns auf das scheinbar sichere Terrain einer politischen Praxis zurückgezogen hatten, die wir für überschaubar hielten, suchte er umfassendere Lösungen. Wo uns Zweifel, Fragen, Unsicherheiten zurückhielten, schlug er sich durch nach dem Motto: „Scheißegal, muß laufen.“ Er bewahrte die alten Kontakte, weil er es wollte und weil er sich den GenossInnen dort gegenüber in der Verantwortung wußte, vielleicht aber auch in der unausgesprochenen Erwartung, daß wir uns eines Tages eines Besseren besinnen würden und er die abgebrochenen Kontakte wieder knüpfen könnte. Wenn wir ihn auf eine definitive Entscheidung festnageln wollten, hat er sich entzogen. Er beharrte auf seinem eigenen Weg – gegen totalitäre Gruppenansprüche, gegen alle Vereinnahmungsversuche, von welcher Seite denn auch. Er hat sich verweigert, wo der schmale Grat von Verbindlichkeit hin zu Reglementierung überschritten wurde. Wir hatten unsere Schwierigkei-

ten damit und haben ihn trotzdem gerade deswegen geliebt. Die Art und Weise, wie er seine Überzeugung lebte, hat uns immer auch fasziniert, gerade weil sie uns in der Form fremd war.

Er ließ sich auf keine Sache absolut zwingen, selbst wenn sie ihm noch so richtig erschien. Wer ihn kannte, weiß um die tausenderlei Geschichten, auf die er sich einließ, ohne sich auf eine reduzieren zu lassen. Dem Puritanismus und Rigorismus mancher Linker, die irgendwann darüber lamentieren, daß sie einen Teil ihres Lebens der Revolution geopfert haben, mißtraute er zutiefst. Was bei oberflächlicher Betrachtung den Eindruck von Unstetigkeit erweckt haben mag, war die Lust, in Widersprüchen zu leben, die geboren war aus der Gewißheit, daß der geradlinige Weg mathematisch zwar die kürzeste Verbindung zwischen zwei Punkten, politisch aber mit Sicherheit nicht der schnellste und beste Weg zum Erfolg ist. Was links und rechts dabei herunterfällt, könnte sich später als unentbehrlich und nicht ersetzbar erweisen. Die Vereinbarung von scheinbar Gegensätzlichem und die Selbstbehauptung gegen alles, was andere und anderes ausschließt, war seine Antwort auf die Frage, wie ein Leben im Antagonismus zu den herrschenden Verhältnissen unter metropolitanen Bedingungen überhaupt möglich ist.

Daß er mit dieser Auffassung, die er nicht propagierte, sondern lebte, überall aneckte, kann man sich vorstellen, wenn man sich die ganze Palette seiner Tätigkeiten vergegenwärtigt, die sein Leben nach dem Knast ausmachten. Er arbeitete als Angestellter der Grünen im Europa-Parlament und verfaßte Reportagen für den WDR, in denen er sich gleichermaßen mit Fragen der Sicherungsverwahrung wie mit verbotenem Glücksspiel oder Triathlon auseinandersetzte. Er engagierte sich in der Knastgruppe, schrieb und besuchte gefangene GenossInnen, wirkte mit bei der Gründung der Zeitung „Bruchstücke“ und pflegte zugleich in einträglicher Weise seine Kontakte zu ehemaligen Mitgefangenen, die inzwischen auf freiem Fuß waren. Er lebte offensiv als Schwuler, organisierte Veranstaltungen zum Thema AIDS und genoß die Schwulenszene auf Ibiza. Er veröffentlichte Texte über die Politik Israels und übernahm Aufgaben, die sich aus seinen internationalen Kontakten ergaben. Er lebte mitten in der Düsseldorfer Politszene und entzog sich ihr, wenn ihm der legale Handlungsrahmen zu eng wurde. Er kritisierte die Halbherzigkeit der RZ und half uns vorbehaltlos, wo es in seinen Möglichkeiten stand. Er hat bei vielen Erwartungen geweckt und zwangsläufig nur einen Teil erfüllt. Wer ihn ganz wollte, wurde immer auch enttäuscht.

4.

Als Gerd im November 1987 zu einem Treffen mit der Gruppe fuhr, tat er dies auf eigenes Drängen. Die Tatsache, daß ihm unmittelbar nach seiner Ankunft der Prozeß gemacht wurde, muß ihn vollkommen unvorbereitet getroffen haben. Er kann sich keines Fehlers, keines Versäumnisses bewußt gewesen sein. Andernfalls hätte er die Reise mit größeren Bedenken angetreten, weil er sich über den Kodex und die Regeln der Gruppe keinerlei Illusionen machen konnte und sie akzeptierte.

Wir wollen keine Spekulationen anstellen über die Beweggründe derer, die seinen Tod zu verantworten haben. Offensichtlich ist nur, daß hier Maßstäbe aufeinanderprallen, die zweierlei Welten entstammen. Unter Bedingungen, die von der Logik des Krieges diktiert werden, zählen unbedingte Gefolgschaft und Bereitschaft zur Unterordnung, dort stoßen Ansichten und Verhaltensweisen, die nicht mit den gewohnten Mustern übereinstimmen, auf Mißtrauen und Ablehnung. Wo das alltägliche Leben von militärischen Angriffen, vom permanenten Ausnahmezustand, von Ausgangssperren, Verhaftungen und Folter bestimmt ist, sind die Fronten klar. Dort ist wenig Raum für Ambivalenzen, die der metropolitanen Herkunft geschuldet sind, dort muß die Frage nach der eigenen Person fast lächerlich klingen. Was hier als Suche, als Probieren, als Ringen um neue Impulse nicht nur seine Berechtigung hat, sondern unbedingt erforderlich ist, sieht sich dort schnell des Verdachts der Unentschlossenheit, der Zögerlichkeit, der Abweichung ausgesetzt. Vom Zweifel an der Loyalität zum Vorwurf des Verrats aber ist es nur ein kleiner Schritt, samt der mörderischen

Konsequenzen, die damit verbunden sind.

Und dennoch finden wir eine solche Erklärung falsch, sie ist vordergründig und kurzfristig. Sie legitimiert eine bewußte Entscheidung mit dem Zwang der Verhältnisse und erklärt die zu Opfern ihrer Handlungen, die sie doch begangen haben. Die Erfahrung der Grausamkeit des Gegners enthebt niemanden der Verpflichtung, zu jedem Augenblick Auskunft über die Mittel und Methoden geben zu können, die er selbst anwendet. Der leichtfertige Spruch von der Entwertung des Lebens unter den Bedingungen des Kriegs, mit dem wir nach Erklärungen für Vorgänge suchen, die für uns unfassbar sind, ist ein Zynismus, der von den Bildern der Leidtragenden Lügen gestraft wird. Zudem suggeriert er im konkreten Fall, daß das, was in die Verantwortung einer einzelnen Gruppierung fällt, für den palästinensischen Widerstand in seiner Gesamtheit gilt. Wir haben jedoch keinerlei Veranlassung zu irgendwelchen Pauschalisierungen, wir halten es für verkehrt, von den Regeln und Methoden einer Gruppe auf die Verfaßtheit einer gesamten Bewegung zurückzuschließen.

Nein: die Bereitschaft zur Ermordung eines Genossen läßt sich nicht mit der Härte der Bedingungen entschuldigen, sie ist Ausdruck einer politischen Programmatik, deren einziger Gehalt die Erringung der Macht und deren Sprache die der künftigen Despoten ist. Die Geschichte ist voll von Beispielen revolutionärer Organisationen oder Bewegungen, die unter vergleichbar brutalen Bedingungen kämpfen mußten, ohne daß sie sich – unter Berufung auf die Niedertracht des Gegners – dessen Methoden zueigen gemacht haben. Daß dies der geringere Teil ist, daß die Mehrzahl der bolschewistischen Parteien und nationalen Befreiungsorganisationen nach der Devise verfahren ist, daß der Zweck die Mittel heilige und gegen den Feind alles erlaubt sei, wenn es nur der Sache dient, ist kein Gegenargument. Es ist dies eine politische Auseinandersetzung, die ihre historischen Bezugspunkte in der Pariser Kommune ebenso wie in der Oktoberrevolution oder im Spanischen Bürgerkrieg hat. Wo der Sieg zum Maßstab aller Dinge wird, werden nicht nur die besten, sondern auch die schlimmsten Kräfte frei. Wer die Macht, koste es, was es wolle, erringt und sie um jeden Preis verteidigt, untergräbt sie im selben Moment. Die Perversion der Revolution, schrieb Rosa Luxemburg an die Adresse der Bolschewisten, ist schlimmer als ihre Niederlage. Das Argument des Erfolgs, auf das die orthodoxen Kommunisten jahrzehntelang gegenüber den „romantischen Verlierern“ aus den libertären Gruppen gepocht haben, erweist gerade dieser Tage seine Unzulänglichkeit. Daß sich hier auch eine Männerwelt austobt, daß es immer auch darum geht, obsolet gewordene Machtbastionen und Einflußsphären gegeneinander wie gegen Ansprüche von unten abzuschirmen, und daß in einer solchen Welt eine schwüle Identität per se auf Argwohn stößt, können und wollen wir nicht länger ignorieren. Weil wir dies gelernt haben und weil wir uns lieber in der Tradition der spanischen AnarchistInnen als in der der KOMINTERN sehen, verwehren wir uns gegen alle beschönigenden Reden, die sich auf die Gesetze des Krieges berufen. Bestimmte Regeln sind möglicherweise andernorts erklärlich, aber sie verschaffen sich Geltung, weil dem eine bewußte politische Entscheidung vorausgeht. Wir können sie uns nicht nur nicht zueigen machen, weil wir unter anderen Bedingungen kämpfen, sondern weil sie in diametralem Gegensatz zu unseren eigenen Bestrebungen und Utopien stehen. Der Tod von Gerd macht ein weiteres Mal deutlich, daß zwischen diesem und unserem Denken Welten liegen, zwischen denen keinerlei Vermittlung möglich ist.

Daß wir die Gewalt in den eigenen Reihen bislang tabuisiert haben und uns erst jetzt drüber entsetzen, wo sie uns selbst ereilt, ist eine Kritik, die wir uns gefallen lassen müssen. Wir haben keine Entschuldigung dafür. Erst der Tod von Gerd hat uns für das Ausmaß der Tragödie empfindsam gemacht, die es bedeutet, daß auch innerhalb revolutionärer Organisationen politische Fragen mit militärischen Mitteln beantwortet werden. Er war Anlaß, uns all der tausenden, bekannten und namenlosen GenossInnen zu erinnern, die ihr Leben gelassen oder gelitten haben, weil sie des Verrats beschuldigt wurden oder einfach nur zwischen die Mühlsteine eines innerorganisatorischen Machtstreits geraten waren.

Ein Einwand gegen revolutionäre Praxis überhaupt ist sein Tod jedoch nicht. Das Wissen um die Gewalt in den eigenen Reihen ist uns Grund zum Einhalt, zur Trauer, zur Verzweiflung, nicht aber eine willkommene Gelegenheit, um das Handtuch zu werfen und unsern Frieden mit den Verhältnissen zu schließen. Wer uns so versteht und meint, wir würden nun, wo es einen der unseren getroffen hat, in das Horn derer blasen, für die Terror schon immer ein normales Mittel des politischen Geschäfts war, befindet sich auf dem Irrweg. Die Selbstgefälligkeit und Heuchelei jener Bürger, die gerade jetzt genußvoll in den Wunden revolutionärer Bewegungen wühlen und sich darin überbieten, Spuren für ihren moralischen Verfall ausfindig zu machen, während sie geflissentlich übersehen, auf welchen Leichenbergen der von ihnen geschätzte westliche Wohlstand und das als Schlachtruf zu neuen Ehren gekommene System der Demokratie errichtet sind, stoßen uns lediglich ab.

Die Auseinandersetzung, die die Ermordung von Gerd ausgelöst hat, spielt sich diesseits der Barrikade ab. Sie wird sich mit dem Zusammenhang von Politik und Moral, dem Gegensatz von nationaler Souveränität und sozialer Befreiung und dem Unterschied zwischen revolutionärer Gewalt und Terror zu befassen haben. Zur Disposition steht jenes leninistische Erbe, das sich in unsere Köpfe eingegraben hat und unser politisches Denken stärker bestimmt, als uns oftmals bewußt ist. Der Rekurs auf die Geschichte kann die Schwierigkeiten, vor denen wir hier stehen, ebenso wenig lösen wie der emphatische Bezug auf die weltweiten Kämpfe. Gerade weil revolutionäre Politik in einem Land wie der BRD so isoliert ist, muß sie sich immer wieder eines sozialen Orts versichern, will sie mehr sein als der bloße Ausdruck der subjektiven Befindlichkeit ihrer Akteure oder der schwache Abglanz ideologischer Konstrukte. Wie schnell all die schönen Worte und die besten Absichten zu bloßer Makulatur werden, sobald wir uns nicht mehr auf eine konkrete Realität beziehen, sondern an Forderungen orientieren, die ihren Ursprung in anderen Bedingungen haben, davon zeugt nicht zuletzt dieses Kapitel unserer Geschichte.

1973 haben GenossInnen der RZ in einem Interview gesagt: „Es gibt aber auch einen Teil unserer Politik, den (...) viele Genossen nicht verstehen und nicht akzeptieren, und den die Massen auch nicht verstehen und der sie vorläufig auch nicht interessieren wird. Wir halten ihn dennoch für richtig. Dieser Teil des Kampfes bezieht sich auf den Internationalismus, wo es primär um die Solidarität mit den Genossen ausländischer Guerillabewegungen geht und die Solidarität mit den kämpfenden Völkern anderer Länder.“ Was dort als Versuch formuliert wurde, eine Antwort auf die weltweite Ungleichzeitigkeit revolutionärer Entwicklung zu finden, war faktisch zugleich die Abkopplung vom hiesigen Sozialprozeß. Es war der Freibrief für eine Praxis, die sich um politische Vermittlung nicht einmal dem Anspruch nach zu bemühen braucht. Daß wir jahrelang zu Entebbe geschwiegen haben, lag nur in der Logik des Arguments. Zugleich war dieses Schweigen jedoch auch das beredte Eingeständnis, daß wir uns in eine Sackgasse manövriert hatten: was wir auf internationaler Ebene machten, war nicht die antiimperialistische Dimension dessen, wofür wir in der BRD kämpften, sondern stand in krassem Gegensatz dazu. Wir mußten uns entscheiden. Wer unsere Praxis in den 80er Jahren verfolgt hat, weiß, wie diese Entscheidung ausgefallen ist.

Revolutionäre Zellen

Fälle von Daniil Charms

Kalugin schlief ein und träumte, er sitze im Gebüsch, und an dem Gebüsch vorbei gehe ein Polizist.

Kalugin wachte auf, wischte sich den Mund und schlief wieder ein, und wieder träumte er, er gehe am Gebüsch vorbei, und in dem Gebüsch habe sich ein Polizist versteckt. Kalugin wachte auf, legte sich eine Zeitung unter den Kopf, um das Kopfkissen nicht zu besabbern, schlief wieder ein, und wieder träumte er, er sitze im Gebüsch, und am Gebüsch vorbei gehe ein Polizist.

Kalugin wachte auf, wechselte die Zeitung, legte sich und schlief wieder ein. Er schlief ein und träumte wieder, er gehe am Gebüsch vorbei, und in dem Gebüsch sitze ein Polizist.

Hier wachte Kalugin auf und beschloß, nicht weiterzuschlafen, schlief aber augenblicklich wieder ein und träumte, er sitze hinter einem Polizisten, und vorbei gehe ein Gebüsch.

Kalugin schrie auf und warf sich auf dem Bett hin und her, konnte aber nicht mehr aufwachen.

Kalugin schlief vier Tage und vier Nächte hintereinander, und am fünften Tage wachte er so abgemagert auf, daß er die Stiefel mit Bindfaden an den Beinen festbinden mußte, damit sie nicht abfielen. In der Bäckerei, wo Kalugin immer sein Weißbrot kaufte, erkannte man ihn nicht wieder und schob ihm ein Graubrot unter.

Und die Sanitätskommission, die ihre Runde durch die Wohnungen machte und Kalugin sah, befand ihn für antisantitär und überhaupt für untauglich und befahl dem Hausverwalter, Kalugin zusammen mit dem Kehricht hinauszubefördern.

Sie legten Kalugin zusammen und schafften ihn wie Kehricht hinaus.

Ein Franzose hatte ein Sofa, vier Stühle und einen Sessel geschenkt bekommen.

Setzt sich der Franzose auf den Stuhl am Fenster, dabei möchte er lieber auf dem Sofa liegen. Legt sich der Franzose auf das Sofa, möchte er eigentlich lieber im Sessel sitzen. Steht der Franzose vom Sofa auf und setzt sich in den Sessel wie ein König, geht ihm auch schon durch den Sinn, auf dem Sessel sei es doch grauenhaft pompös. Lieber einfach auf dem Stuhl. Setzt sich der Franzose wieder auf den Stuhl am Fenster, nur hält es den Franzosen nicht auf diesem Stuhl, weil es am Fenster irgendwie zieht. Setzt sich der Franzose auf den Stuhl am Ofen und spürt, er ist müde. Da beschloß der Franzose, sich auf das Sofa zu legen und auszuruhen, aber kaum beim Sofa angekommen, wandte er sich ab und setzte sich in den Sessel.

„Hier ist es schön!“ sagte der Franzose, setzte aber sogleich hinzu:

„Auf dem Sofa ist es aber sicher schöner.“

Kaum hatte der Hahn gekräht, schlüpfte Timofej aus der Dachluke und erschreckte von dort oben jeden, der um diese Zeit die Straße entlangging. Der Bauer Chariton blieb stehen, hob einen Stein auf und warf ihn nach Timofej. Timofej verschwand irgendwohin. „Geschick, der Kerl!“ – rief die Menschenherde, und ein gewisser Zubov rannte los und knallte in vollem Lauf mit dem Kopf gegen eine Mauer. „Ach!“ – schrie eine alte Frau mit Zahngeschwür. Aber Komarov machte der Alten pitsche-patsche auf die Backe, so daß die Alte heulend in ein Torweg floh. Feteljuin kam vorbei und mußte lachen. Komarov trat auf ihn zu und sagte: „He, du schadenfrohes Schwein!“ und häute Feteljuin in den Bauch. Feteljuin lehnte sich gegen die Mauer und bekam den Schluckauf. Romakin spuckte von oben aus dem Fenster, mit dem Ziel, Feteljuin zu treffen. Da verprügelte ganz in der Nähe ein altes langnasiges Weib sein Kind mit dem Trog. Und eine junge dickliche Mutter putzte ihrem hübschen Mädchen die Nase an der Backsteinmauer. Ein kleines Hündchen, das sich sein zartes Beinchen gebrochen hatte, wälzte sich auf dem Gehsteig. Ein kleiner Junge aß aus dem Spucknapf irgendeine Sauerei. Vor dem Lebensmittelgeschäft stand eine lange Schlange um Zucker an. Die Weiber schimpften laut und knufften sich gegenseitig mit ihren Portemonnaies. Der Bauer Chariton, der sich mit Denaturiertem betrunken hatte, stand mit offenem Hosenstall vor den Weibern und stieß unanständige Wörter hervor.

So begann ein sehr schöner Sommertag.

„Ein Franzose . . .“, aus: Geschichten von Himmelkumow und anderen Persönlichkeiten, Berlin 1983, Friedenauer Presse, übersetzt von Peter Urban.
„Traum“, aus: Fälle, „Beginn eines sehr schönen Sommertages“, aus: Fallen, beides übersetzt von Peter Urban, erschienen bei Haffmanns 1984 in Zürich



Eine richtige Seefahrt

Papa konnte gut schwimmen, er hatte eine Schwäche fürs Baden. Mir sagte es wenig. Der Stand von Dieppe ist nicht schön. Aber schließlich waren Ferien! Und außerdem war ich noch viel schmutziger geworden als in der Passage.

Im Aux Mésanges hatten wir zu dritt nur eine kleine Waschschüssel. So drückte ich mich um die Fußbäder. Ich begann sehr stark zu riechen, beinahe so stark wie der Ausguß.

Im Meer zu baden, dazu gehörte Mut. Der Wogenkamm dampft, bäumt sich, er ist mit hunderttausend Kieseln gepflastert, er grollt, bricht sich und schnappt mich.

Erstarrt und verschürft gerät ein Kind ins Taumeln und wird umgerissen ... Eine Flut von Steingeröll zerquetscht mir zwischen den Schaumflocken alle Knochen. Erst wackelt der Kopf, er schwankt, er schaukelt, er stampft tief in den Schotter ... Jede Sekunde kann die letzte sein ... Mein Vater in seinem Zebrabadeanzug taucht zwischen zwei brüllenden Wellenbergen auf, er schreit sich die Lungen aus ... er rülpst, müht sich ab, faselt. Eine Woge schmeißt ihn auch um, da liegt er, mit den Quanten in der Luft ... er hüpfte wie ein Frosch ... er steht nicht mehr auf, er ist futsch ... Da bricht ein furchtbarer Wirbel von Kieseln über mich herein ... ich bin durchsiebt ... ertränkt ... Schauerhaft ... Eine Sintflut zermalmt mich ... Dann wirft sie mich wieder aus, vor die Füße meiner Mutter ... Sie will mich packen, mich herausziehen ... es saugt mich wieder ein ... trägt mich weg ... Sie stößt einen furchtbaren Schrei aus. Alle Leute am Strand laufen herbei ... Aber jede Bemühung ist vergebens ... Die Badenden drängen

sich zusammen, sie laufen aufgeregt herum ... Bald stößt mich die rasende Flut auf den Grund, dann trägt sie mich an die Oberfläche ... ich sehe wie in einem Blitz, daß sie über mein Ertrinken reden ... Es sind Leute in allen Farben da: grüne ... blaue ... Sonnenschirme ... gelbe ... zitronenfarbene ... Ich wirble in Stücken herum ... Und dann sehe ich nichts mehr ... Ein Rettungsring würgt mich ... Man hißt mich auf die Felsen ... wie einen Pottwal ... Wundkraut deckt mir die Fresse zu, ich bin ganz eingehüllt in Arnika ... Ich brenne unter all den Umhüllungen ... Dem furchtbaren Reiben. Ich werde in drei Bademäntel eingewickelt ...

Um mich herum geben alle Leute Erklärungen ab ... Das Meer sei zu stark für mich! Ausgezeichnet! Geht in Ordnung! Mehr wollte ich ja gar nicht! ... Es war ein einmaliges Opfer ... Zwecks gründlicher Reinigung ...

Schon waren zehn Tage vergangen. Nächste Woche war es zu Ende. Mein Vater mußte wieder ins Büro. Schon bei dem Gedanken daran wurde mir übel. Keine Minute war mehr zu verlieren.

In puncto Verkauf, der war auf einmal so flau geworden, daß es einer richtigen Panik bedurfte, damit wir uns zu dem Ausflug entschlossen ... der Überfahrt nach England ... die bevorstehende Rückkehr trieb uns zum äußersten ...

Wir standen ganz früh am Morgen auf, kaum hatten wir Zeit, einen Kaffee zu trinken ... Großmutter's Erbteil war zur Hälfte draufgegangen ... da hatten wir's! ...

Auf dem Schiff kamen wir zu früh an ... Wir hatten die billigsten Plätze, auf dem Vordersteven ... Eine großartige Aussicht auf den ganzen Horizont ... Ich sollte als erster die fremde Küste melden ... Das Wetter war nicht schlecht, aber kaum hatten wir uns ein wenig entfernt, die Leuchttürme aus den Augen verloren, begannen wir naß zu werden ... Es schaukelte mächtig, eine richtige Seefahrt ... Meine Mutter verkroch sich in den Raum mit den Rettungsgürteln ... Sie übergab sich als erste über das Deck hinweg und in die dritte Klasse ... Da wurde es sofort ganz leer um sie ...

„Gib auf das Kind acht, Auguste!“ konnte sie noch kreischen. Das war das beste Mittel, ihn rasend zu machen ...

Jetzt begannen auch andere Leute unerhörte Anstrengungen zu machen ... über Bord und Reling ... Bei dem Geschaukel kotzte man wahllos in die Gegend ... Es gab nur ein Klosett ... Das war bereits von vier närrisch gewordenen Kotzern besetzt. Das Meer schwoll immer mehr an ... Bei jeder steigenden Welle übergab man sich einmal ... Beim Fallen mindestens zwölfmal, reichlicher, dichter ... Meiner Mutter riß ein Windstoß den Schleier weg ... ganz durchnäßt legte er sich einer Dame am anderen Ende auf den Mund ... die vor lauter Aufstoßen beinahe umkam ... Man war nicht mehr zu halten! Der Horizont fließt über von Eingemachtem ... Salat ... Marengo ... Milchkaffee ... dem ganzen Ragout ...

Meine Mutter kriecht auf den Knien herum, sie müht sich ab und lächelt zart, während ihr der Speichel über das Kinn läuft ...

„Siehst du, Ferdinand“, sagt sie zu mir mitten im Schlingern, „der Thunfisch hat dir auch im Magen gelegen! ...“ Wir machen gemeinsame Anstrengungen. Buah! ... und Buah! ... Sie hat sich geirrt! es sind die Krapfen! ... Ich glaube, ich könnte auch Kartoffeln hervorbringen ... Wenn ich mich noch mehr anstrengte ... wenn ich die ganzen Eingeweide aufs Deck auskotzte ... Ich versuche es ... Ich mühe mich ab ... Ein scheußlicher dichter Gischt geht auf uns nieder, er klatscht, er spritzt, er fegt das Verdeck rein ... Der Wellenschaum spült, sprudelt, braut, wirbelt den ganzen Auswurf zu uns ... Man schluckt davon ... speit es wieder aus ... Bei jedem Untertauchen entweicht die Seele ... beim Auftauchen kommt sie wieder, in einer Flut von Schleim und Gestank ... Salzgetränk sickert's wieder aus der Nase heraus ... Ein Passagier fleht um Erbarmen ... Er brüllt zum Himmel, er sei schon ganz leer! ... Aber bei neuer Anstrengung kommt doch noch eine Himbeere heraus! ... Entsetzt schielt er darauf ... Jetzt hat er wirklich nichts mehr! ... Er möchte seine beiden Augen auskotzen ... Er gibt sich große Mühe ... er klammert sich an den Mast ... er versucht, sie aus den Höhlen herauszudrücken ... Mama aber ist dabei, am Geländer zusammenzubrechen ... Sie bricht von neuem den letzten Rest aus ... Es kommt eine Karotte ... ein fettes Stück Fleisch ... dann ein ganzer Fischschwanz heraus ...

Oben, neben dem Kapitän, beugen sich die Leute aus der ersten und der zweiten Klasse zum Kotzen über unser Deck, es ergießt sich bis zu uns ... Bei jeder neuen Woge kriegt man ganze Mahlzeiten ab ... Abfälle, zerfaserte Fleischreste peitschen einem das Gesicht ... Mit den Windstößen fliegt es nach oben, die Wanten werden garniert ... Die See brüllt um das Schiff, eine Schlacht aus Meeresschaum ... Papa in seiner Sturmhaube beschützt unsere Ohnmachtsanfälle ... Er stolziert herum, er hat's gut, er ist seefest! ... Er gibt uns Ratschläge, wir sollen uns noch mehr hinlegen ... noch mehr am Boden kriechen ... Eine Fahrgästin* purzelt herbei ... Sie kollert bis zu Mama ... Auch ein kleiner Köter kommt, er ist so krank, daß er auf die Rösche scheißt ... er wälzt sich auf dem Boden, er zeigt uns seinen Bauch ... Aus den Klos kommt entsetzliches Geheul ... Die vier Leute drin sind eingeklemmt und können nicht mehr kotzen, nicht mehr pissen, nichts mehr ... Sie zwingen sich jetzt auf die Brille ... Sie flehen, man solle sie umbringen ... Und der Kahn bäumt sich noch immer ... er taucht unter ... in den Abgrund ... in das dunkle Grün ... Dann wippt er wieder hoch ... Und hebt, der Schweinehund, einem den ganzen leeren Magen mit ...

Ein untersetzter Kerl mit einem frechen Gesicht hilft seiner Frau in einen kleinen Kübel zu erbrechen ... Er ermuntert sie ...

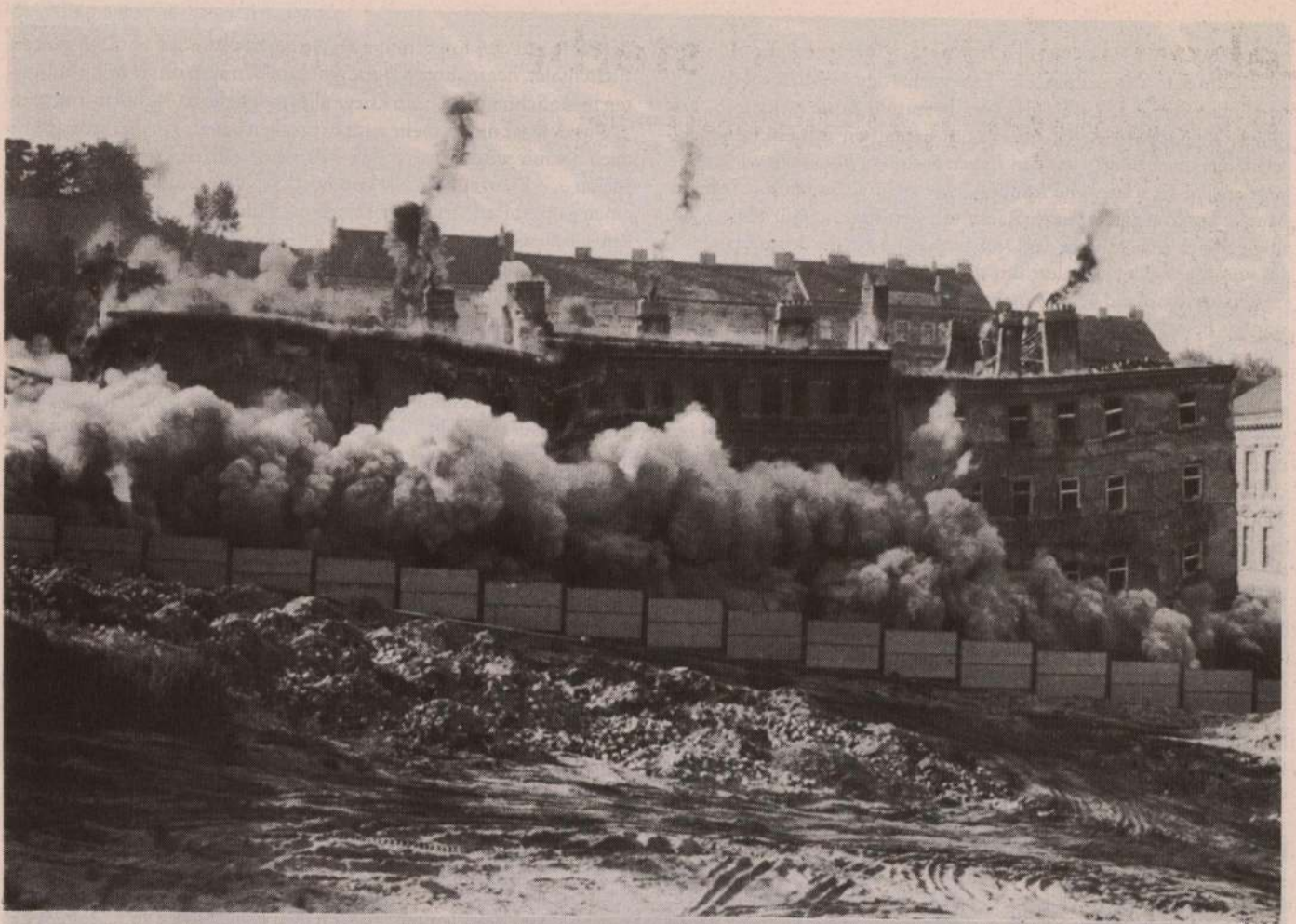
„Los, Léonie! ... Nur zu! ... Ich bin da! ... Ich halte dich.“ Sie wen-

det plötzlich den Kopf, in der Richtung des Windes ... Den ganzen Fleischsalat, der in ihrer Klappe gluckste, den verpaßt sie mir jetzt mitten in die Schnauze ... Ich kriege alles mögliche ab, Bohnen, Tomaten ... wo ich gar nichts mehr zum Erbrechen hatte ... Aber jetzt geht's auch bei mir wieder los ... Ich will meine ganzen Därme auf sie ausspeien ... Es kommt mir schon hoch ... Nur Mut! Ich fühle schon einen ganzen Packen auf der Zunge ... Nun werde ich ihr meine ganzen Gedärme zurückkotzen ... Ich schleiche mich heran ... Wir kriechen beide ... Wir umklammern uns ... Wir kotzen aufeinander. Mein guter Papa, ihr Mann, beide versuchen uns zu trennen ... Jeder zieht an einem Ende ... Sie haben aber auch gar kein Verständnis ...

Jetzt brechen sich die üblen Racheinstinkte Bahn! Puh! Wart nur, wir werden dich beide ankotzen! ... Ich verpasse seiner Schönen ein ganzes Knäuel Nudeln ... mit Tomatensoße ... Apfelwein von drei Tagen ... Dafür gibt sie mir Schweizerkäse ... Ich lutsche an den Fäden ... Von Tauen umstrickt, kriecht meine Mutter ihrer Kotze nach ... In ihren Röcken schleppt sie den kleinen Hund mit ... Wir haben uns mit der Frau des Stämmigen vollkommen ineinander verwickelt. Um mich von seiner Frau loszukriegen, versetzt er mir mächtige Fußtritte in den Hintern ... Er gehört zum Typ ‚Starker Boxer‘ ... Mein Vater will ihn kirre machen ... Kaum hat er den Mund aufgemacht, pfeffert ihm der andere einen solchen Stoß in den Balg, daß er in den Bratspill fliegt ... Aber das ist noch nicht alles ... Der Bulle springt ihm noch auf den Buckel ... Er zerhaut ihm die ganze Fresse ... er bückt sich, um ihn zu erledigen ... Papa blutet aus Mund und Nase ... Das kam alles in die Kotze hinein ... Er schwankte den Mast entlang ... Schließlich brach er zusammen ... Aber der Mann hatte noch nicht genug ... Während mich das Schlingern des Schiffs fortrollt ... geht er auf mich los ... Und schießt mich gegen die Latrinen ... Wie ein Sturmbock pralle ich gegen die Tür ... Sie zerbricht ... Ich falle auf die dort eingeschlossenen Schlappschwänze ... Ich bin zwischen sie eingeklemmt ... Sie haben keine Hosen an ... Ich ziehe an der Schnur. Wir ersaufen beinahe! ... Aber sie schnarchen weiter ... Ich selbst bin mehr tot als lebendig.

Den Text entnahmen wir Louis-Ferdinand Célines „Tod auf Kredit“ nach einer von Werner Bökenkamp bearbeiteten Übertragung, die 1963 bei Rowohlt zuerst auf Deutsch erschien.

* *passagère*: im Französischen eine bisher nicht gebräuchliche, doch logische Neubildung – wie auch die durchaus einleuchtende deutsche Bildung des Feminismus ‚Fahrgästin‘ (wie Arzt – Ärztin).



Leben machen und sterben lassen: Die Geburt des Rassismus

Der folgende Text ist die Übersetzung einer Vorlesung, die Michel Foucault im März 1976 am Collège de France gehalten hat. Es ist die letzte in einer Reihe von Vorlesungen, von denen bisher schon jene vom 7. und 14. Januar 1976 unter dem Titel „Historisches Wissen der Kämpfe und Macht“ bzw. „Recht der Souveränität/Mechanismus der Disziplin“ zusammen mit verschiedenen anderen Texten 1978 in dem Sammelband „Dispositive der Macht“ im Berliner merve-Verlag sowie jene vom 21. und 28. Januar 1976 ebenfalls bei merve unter dem Titel „Vom Licht des Krieges zur Geburt der Geschichte“ 1986 auf deutsch erschienen sind. Die Übersetzung folgt dem Text der Februar-Ausgabe 1991 von *Les Temps modernes*; der Stil der gesprochenen Sprache wurde weitgehend beibehalten.

Ich habe dieses Jahr den Versuch unternommen, das Problem des Krieges als Raster des Erkennens historischer Prozesse zu formulieren. Es schien mir, als sei dieser Krieg anfänglich und praktisch noch während des gesamten 18. Jahrhunderts als ein Rassenkrieg begriffen worden.¹ Es ist diese Geschichte, die ich ein wenig rekonstruieren wollte. In der letzten Stunde habe ich versucht, Ihnen zu zeigen, wie sogar der Begriff des Krieges mit Hilfe des Prinzips nationaler Universalität aus der historischen Analyse eliminiert wurde. Jetzt möchte ich zeigen, wie das Thema der Rasse nicht verschwindet, sondern im Zusammenhang des Staatsrassismus², der etwas ganz anderes ist, wiederaufgenommen wird. Von der Geburt des Staatsrassismus möchte ich heute sprechen.

Mir scheint, daß eines der grundlegenden Phänomene des 19. Jahrhunderts in dem besteht, was man als die Vereinnahmung des Lebens durch die Macht bezeichnen könnte; wenn Sie so wollen, eine Machtergreifung in bezug auf den Menschen als Lebewesen, eine Art Verstaatlichung des Biologischen oder zumindest eine gewisse Tendenz hin zu dem, was man als die Verstaatlichung des Biologischen bezeichnen könnte. Um zu begreifen, was sich ereignet hat, kann man sich, so glaube ich, auf die klassische Theorie der Souveränität beziehen, die uns letzten Endes als Hintergrund all dieser Untersuchungen über den Krieg, über die Rassen usw. diente. In der klassischen Theorie der Souveränität war, wie Sie wissen, das Recht über Leben und Tod eines der grundlegenden Attribute der Souveränität. Nun ist das Recht über Leben und Tod ein

befremdliches Recht, und zwar bereits auf der theoretischen Ebene: denn was bedeutet es, das Recht über Leben und Tod zu haben? Daß der Souverän das Recht über Leben und Tod innehat, bedeutet im Grunde, daß er gewissermaßen sterben machen und leben lassen kann. Das Leben und der Tod sind jedenfalls keine natürlichen, unmittelbaren, irgendwie grundlegenden oder ursprünglichen Phänomene, die aus dem Feld der politischen Macht herausfielen. Wenn man es bis zum Paradoxon zuspitzt, dann besagt dies im Grunde, daß das Subjekt angesichts der Macht von Rechts wegen weder lebendig noch tot ist. Es ist in Hinsicht auf Leben und Tod neutral, und wenn das Subjekt das Recht hat, lebendig zu sein, oder gegebenenfalls das Recht hat, tot zu sein, dann schlicht und einfach durch den Souverän. Leben und Tod werden auf jeden Fall nur durch die Wirkung des souveränen Willens zu Rechten. Hierin besteht, wenn Sie so wollen, das theoretische Paradoxon. Ein theoretisches Paradoxon, das offenbar durch ein praktisches Ungleichgewicht komplettiert werden muß. Was soll das Recht über Leben und Tod tatsächlich heißen? Natürlich nicht, daß der Souverän das Leben in derselben Weise anordnen kann wie das Sterben. Das Recht über Leben und Tod läßt sich nur auf eine ungleichgewichtige Weise ausüben, und zwar stets auf seiten des Todes. Die Wirkung der Macht auf das Leben läßt sich nur von dem Moment an ausüben, in dem der Souverän töten kann. Es ist letztlich das Recht, zu töten, das tatsächlich das Wesen dieses Rechts über Leben und Tod in sich birgt: in dem Augenblick, in dem der Souverän töten kann, übt er sein Recht über das Leben aus. Es handelt sich wesentlich um ein Recht des Schwertes. Folglich besteht keine wirkliche Symmetrie innerhalb dieses Rechts über Leben und Tod. Ebensovienig handelt es sich um das Recht, leben zu lassen und sterben zu lassen, vielmehr um das Recht, sterben zu machen oder leben zu lassen.

Ich glaube, daß eine der massivsten Transformationen des politischen Rechts im 19. Jahrhundert gerade darin bestand, dieses alte Recht der Souveränität – sterben zu machen oder leben zu lassen – durch ein anderes, neues Recht zwar nicht im strengen Sinne zu ersetzen, aber zu ergänzen, durch ein Recht, das ersteres nicht beseitigt, sondern in es eindringt, es durchdringt und verändert, und das ein Recht oder eher eine Macht ist, die genau die Umkehrung der ersteren ist: die Macht, leben zu machen und sterben zu lassen. Das Recht der Souveränität besteht danach darin, sterben zu machen oder leben zu lassen. Hernach installiert sich das neue Recht: das Recht, leben zu machen und sterben zu lassen.

Natürlich erfolgte diese Transformation

nicht auf einen Schlag. Man kann die Transformation in der Rechtstheorie verfolgen (dies werde ich jedoch sehr rasch abhandeln). Bereits bei den Juristen des 17. und insbesondere des 18. Jahrhunderts wird diese Frage in bezug auf das Recht über Leben und Tod gestellt: Wenn man, auf der Ebene des Gesellschaftsvertrages, einen Vertrag schließt, das heißt, wenn die Individuen sich zusammenschließen, um einen Souverän zu konstituieren, um an einen Souverän eine absolute Macht über sich zu delegieren, warum tun sie dies dann? Sie tun dies, weil sie durch Gefahr oder Mangel dazu gezwungen werden. Sie tun dies folglich, um ihr Leben zu schützen. Um leben zu können, konstituieren sie einen Souverän. Kann das Leben insoweit wirklich zu einem Bestandteil der Rechte des Souveräns werden? Ist nicht das Leben die Basis des Rechts des Souveräns – kann der Souverän tatsächlich von seinen Subjekten das Recht fordern, über sie die Macht über Leben und Tod auszuüben, das heißt die Macht, sie ganz einfach zu töten? Muß das Leben nicht insofern außerhalb des Vertrages bleiben, als es das erste, ursprüngliche und grundlegende Motiv des Vertrages war? All dies ist eine Diskussion der politischen Philosophie, die man beiseite lassen kann, die jedoch sehr gut zeigt, wie sich das Problem des Lebens im Feld des politischen Denkens, der Analyse politischer Macht zu problematisieren beginnt. Ich möchte jedoch die Transformation in Wirklichkeit nicht auf der Ebene der politischen Theorie verfolgen, sondern auf der Ebene der Mechanismen, der Techniken, der Technologien der Macht. Dabei stößt man wieder auf vertraute Dinge: im 17. und 18. Jahrhundert sah man Machttechniken in Erscheinung treten, die wesentlich auf den Körper, den individuellen Körper gerichtet waren. Es handelte sich um all die Prozeduren, durch die man die räumliche Verteilung der individuellen Körper (ihre Trennung, ihre Ausrichtung, ihre Reihung und Überwachung) und – um diese individuellen Körper herum – die Organisation eines ganzen Feldes der Sichtbarkeit gewährleistete. Es handelte sich zugleich um die Techniken, durch die man sich der Körper annahm, ihre nutzbare Kraft durch Übung, Dressur usw. zu steigern trachtete. Es handelte sich zugleich um Techniken der Rationalisierung und der strikten Ökonomie einer Macht, die auf am wenigsten kostspielige Weise durch ein ganzes System der Überwachung, der Hierarchie, der Kontrolle, der Aufzeichnungen und Berichte ausgeübt werden mußte. Diese ganze Technologie, die man als Disziplinar-technologie der Arbeit bezeichnen kann, wurde vom Ende des 17. bis zum 18. Jahrhundert installiert.

Ich glaube, daß wir in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts etwas Neues auftreten sehen, das eine andere, diesmal nicht-disziplinäre Machttechnologie darstellt. Eine Machttechnologie, die die ursprüngliche Technologie nicht ausschließt, die die Disziplinartechnik nicht ausschließt, sondern sich mit ihr verbindet, sie integriert, sie teilweise modifiziert und sie vor allem benutzen wird, um sich gewissermaßen in sie einzupflanzen und um sich dank dieser vorausgehenden Disziplinartechnik wirklich festzusetzen. Diese neue Technik unterdrückt die Disziplinartechnik ganz einfach deshalb nicht, weil sie auf einer anderen Ebene angesiedelt ist, sie befindet sich auf einer ganz anderen Stufe, sie besitzt eine andere Oberflächenstruktur, sie bedient sich ganz anderer Instrumente.

Im Unterschied zur Disziplin, die sich auf den Körper richtet, befaßt sich diese neue, nichtdisziplinäre Machttechnik mit dem Leben der Menschen, oder mehr noch, sie befaßt sich nicht mit dem Körper-Menschen, sondern mit dem lebendigen Menschen, dem Menschen als Lebewesen. Im Grenzfall, wenn Sie so wollen, mit dem „Geistes“-Menschen. Sie bezieht sich nicht auf die Vielzahl der Menschen, insofern diese Vielzahl sich in individuellen Körpern resümieren läßt und resümieren muß, die zu überwachen, abzurichten, zu nutzen und gegebenenfalls zu bestrafen sind. Die neue Technologie jedoch, die Platz greift, zielt auf die Vielzahl der Menschen, aber nicht insofern diese sich in Körpern resümiert, sondern insoweit sie im Gegenteil eine globale Masse bilden, die von Mengenprozessen geprägt ist, wie den Prozessen der Geburt, des Todes, der Produktion, der Krankheit usw. Nach einer ersten, auf den Körper gerichteten Ergreifung durch die Macht, die sich gemäß dem Modus der Individualisierung vollzieht, gibt es eine zweite Ergreifung durch die Macht, die nicht individualisierend ist, sondern massenkonstituierend wirkt, die nicht auf den Körpermenschen, sondern auf den Spezies-Menschen gerichtet ist. Nach der Installation der Anatomie-Politik des menschlichen Körpers im Laufe des 18. Jahrhunderts sieht man am Ende dieses Jahrhunderts etwas auftreten, das keine Anatomie-Politik des menschlichen Körpers mehr ist und das ich als Bio-Politik der menschlichen Spezies bezeichnen werde. Worum geht es in dieser neuen Machttechnologie, in dieser Bio-Politik, in dieser Bio-Macht, die im Begriffe steht, Platz zu greifen? Ich habe gerade von der Gesamtheit von Prozessen gesprochen wie etwa dem Verhältnis der Geburten und der Todesfälle, der Reproduktionsrate, der Fruchtbarkeit einer Bevölkerung usw. Es sind diese Prozesse der Geburtenrate, der Mortalität, der Lebensdauer, die gerade in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts in Verbindung mit einer ganzen Menge von ökonomischen und politischen Problemen (auf die ich jetzt nicht eingehen möchte)

die ersten Wissensobjekte der Bio-Politik und die ersten Zielscheiben bio-politischer Kontrolle bildeten. Auf jeden Fall verwirklicht man damals mit den ersten demographischen Untersuchungen die statistische Messung dieser Phänomene. Es handelt sich um die Beobachtung von mehr oder minder spontanen beziehungsweise mehr oder minder planvollen Verfahren, die in der Bevölkerung in Bezug auf die Natalität tatsächlich eingesetzt wurden; es geht, mit anderen Worten, um die Ermittlung von Phänomenen der Geburtenkontrolle, wie sie im 18. Jahrhundert praktiziert wurde. Dies war zugleich die Skizze einer natalistischen Politik oder jedenfalls von Schemata der Intervention in diese globalen Phänomene der Geburtenrate. Es handelt sich in dieser Bio-Politik nicht einfach um das Problem der Fruchtbarkeit. Es handelt sich zugleich um das Problem der Morbidität, nicht mehr einfach so, wie es bis dahin der Fall war, auf der Ebene der berühmten Epidemien, deren Gefahr die politischen Mächte seit dem Mittelalter so sehr quälte (die berühmten Epidemien, die vorübergehende Dramen des vervielfachten, des allen drohenden Todes darstellten). Ende des 18. Jahrhunderts sind es nicht die Epidemien, um die es geht, es geht vielmehr um etwas anderes, das man als Epidemien bezeichnen könnte: das heißt die Form, die Natur, die Ausdehnung, die Dauer, die Intensität der in einer Bevölkerung herrschenden Krankheiten. Krankheiten, die mehr oder weniger schwer auszurotten sind und die anders als die Epidemien nicht unter dem Blickwinkel einer häufiger vorkommenden Todesursache betrachtet werden, sondern als permanente Faktoren des Entzugs von Kräften, der Verminderung der Arbeitszeit, des Schwindens der Energien, als ökonomische Kostenfaktoren, und zwar ebenso sehr auf Grund des Produktionsausfalls wie auf Grund der Pflege, die sie kosten können. Kurz, es handelt sich um die Krankheit als Bevölkerungsphänomen, nicht mehr um den Tod, der das Leben brutal niederwirft – dies ist die Epidemie – sondern als der permanente Tod, der in das Leben eindringt, es unentwegt zerfrisst, es mindert und schwächt.

Diese Phänomene sind es, die man Ende des 18. Jahrhunderts zu beachten beginnt und die zur Einrichtung einer Medizin führen, deren Hauptaufgabe jetzt in der öffentlichen Hygiene bestehen wird, mitsamt den Organismen der Koordination der medizinischen Versorgung, der Zentralisierung, der Zirkulation der Information, der Normalisierung des Wissens, und die zugleich den Charakter einer Kampagne zur Lehre der Hygiene und zur Medikalisierung der Gesellschaft annimmt. Es handelt sich folglich um die Probleme der Reproduktion, der Natalität und auch um das Problem der Morbidität. Ein weiteres Interventionsfeld der Bio-Politik sollte ein ganzes Ensemble von Phänomenen sein, von denen einige universell und andere akzidentieller Natur, aber trotz dieses akzidentiellen Cha-

rakters niemals vollständig eliminierbar sind, und die analoge Konsequenzen der (Arbeits-)Unfähigkeit, des Außer-Betrieb-Setzens von Individuen, der Neutralisierung usw. mit sich führen. Dies wird das seit Anfang des 19. Jahrhunderts (also im Zeitalter der Industrialisierung) sehr wichtige Problem des Alters sein, also des Individuums, das aus dem Feld der Fähigkeiten, der Tätigkeiten herausfällt. Auf der anderen Seite gibt es die Unfälle, die Gebrechen, die verschiedenen Anomalien. Mit Blick auf diese Phänomene wird die Bio-Politik nicht nur Unterstützungsinstitutionen (diese existierten bereits seit langer Zeit) einrichten, sondern zugleich auch sehr viel subtilere Mechanismen, die ökonomisch sehr viel rationaler sind als die zugleich massive und lückenhafte Unterstützung, die im wesentlichen an die Kirche gebunden war. Man verfügt über sehr viel subtilere, rationellere Mechanismen, Mechanismen der Versicherung, des individuellen und kollektiven Sparens, der Sicherung usw.

Schließlich der letzte Bereich (ich zähle hier nur die wichtigsten auf, diejenigen, die Ende des 18. und zu Beginn des 19. Jahrhunderts in Erscheinung traten; hernach gab noch eine Reihe weiterer Bereiche): die Berücksichtigung der Beziehungen zwischen der menschlichen Spezies, den Menschen als Spezies, als Lebewesen, und ihrem Existenzmilieu – handele es sich nun um die unmittelbaren Auswirkungen der geographischen, klimatischen und hydrographischen Umgebung, während der gesamten ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts beispielsweise um das Problem der Sümpfe, der mit der Existenz von Sümpfen verknüpften Epidemien. Ebenso geht es um das Problem dieses Milieus, insofern es kein natürliches Milieu ist, sondern gewissermaßen ein Milieu, das auf die Bevölkerung zurückwirkt, das von dieser geschaffen wurde. Dies ist wesentlich das Problem der Stadt. Ich gebe Ihnen hierzu nur einfach einige Punkte an, von denen aus sich diese Bio-Politik konstituierte, einige ihrer Praktiken und ihre ersten Gebiete sowohl des Wissens wie der Intervention, des Wissens und der Macht, der Wissensentnahme und der Machtausübung. Die Natalität, die Morbidität, die verschiedenen biologischen Unfähigkeiten, die Auswirkungen des Milieus sind es, in Bezug auf die die Bio-Politik ihr Wissen erhebt und das Feld ihrer Machtintervention definiert. Hier gibt es nun, wie ich glaube, eine Reihe von wichtigen Punkten. Der erste ist folgender: das Auftauchen eines neuen Elements – einer Persönlichkeit, wie ich sie bezeichnen möchte – das im Grunde weder die Rechtstheorie noch die Disziplinarpraxis kannten. Die Rechtstheorie kennt im Grunde nur das Individuum und die Gesellschaft: das vertragsschließende Individuum und der Gesellschaftskörper, der durch den freiwilligen oder impliziten Vertrag der Individuen konstituiert worden war. Die Disziplinen hatten prak-

tisch mit dem Individuum und seinem Körper zu tun, sie kannten das Individuum und den Körper. Womit man sich bei dieser neuen Machttechnologie befaßt, ist nicht exakt die Gesellschaft (oder zumindest der Gesellschaftskörper, wie ihn die Juristen definieren), und es ist ebensowenig das Körper-Individuum. Es geht vielmehr um einen neuen Körper, einen multiplen Körper, einen Körper mit zahllosen Köpfen. Es ist das Konzept der Bevölkerung. Die Bio-Politik befaßt sich mit der Bevölkerung, mit der Bevölkerung als politischem Problem, als zugleich wissenschaftlichem und politischem Problem, als biologischem Problem und als Problem der Macht. Ich glaube, daß dies der Augenblick ist, in dem die Bevölkerung in Erscheinung tritt.

Was zweitens – unabhängig vom Auftreten des Elements der Bevölkerung – ebenfalls wichtig ist, ist die Natur der betrachteten Phänomene. Wie Sie sehen, handelt es sich um Kollektivphänomene, die nur auf der Ebene der Masse in ihren ökonomischen und politischen Auswirkungen in Erscheinung treten, die nur dort relevant werden. Es sind Phänomene, die zufällig und unvorhersehbar sind, wenn man sie individuell für sich nimmt, die jedoch auf kollektiver Ebene Konstanten aufweisen, die ausfindig zu machen einfach oder zumindest doch möglich ist. Schließlich handelt es sich um Phänomene, die sich wesentlich in der Dauer entfalten, die innerhalb eines mehr oder weniger langen Zeitrahmens zu fassen sind, es handelt sich um Reihen-Phänomene. Mit anderen Worten: das, worauf sich die Bio-Politik richtet, sind im Grunde Zufallsereignisse, die sich innerhalb einer Bevölkerung abspielen, die in ihrer zeitlichen Erstreckung gefaßt ist.

Von daher besteht der dritte wichtige Punkt darin, daß diese Technologie der bio-politischen Macht Mechanismen errichtet, die eine Reihe von Funktionen aufweisen, die sehr verschieden sind von denen der Disziplinar-mechanismen. Bei den von der Bio-Politik errichteten Mechanismen handelt es sich zunächst sicherlich um Vorhersagen, statistische Schätzungen, globale Messungen; zugleich jedoch geht es darum, nicht ein bestimmtes besonderes Phänomen zu modifizieren, nicht dieses bestimmte Individuum als Individuum, sondern es handelt sich im wesentlichen darum, auf der Ebene der Determinationen dieser allgemeinen Phänomene zu intervenieren, auf der Ebene der Phänomene, insoweit diese global sind. Es wird notwendig werden, die Morbidität zu modifizieren, zu senken; es wird notwendig, das Leben zu verlängern; es wird erforderlich, die Natalität zu stimulieren. Und es handelt sich vor allem darum, Regulierungsmechanismen zu errichten, die in dieser globalen Bevölkerung mit ihrem Feld des Zufälligen ein Gleichgewicht fixieren, einen Mittelwert aufrechterhalten, eine Art Homöostase etablieren und die Kompensationen gewährleisten können. Kurz: es geht

darum, Sicherheitsmechanismen um diese Zufälligkeiten herum zu errichten, die einer Population von Lebewesen inhärent ist. Mehr noch geht es darum, ihr Leben zu optimieren.

Mechanismen wie die Disziplinar-mechanismen sind im Grunde dazu bestimmt, die Kräfte zu maximalisieren und sie zutage zu fördern, sie werden jedoch über völlig verschiedene Pfade wirksam. Denn es handelt sich hier, im Unterschied zu den Disziplinen, nicht um eine individuelle Dressur, die sich über eine Bearbeitung des Körpers selbst vollzieht. Es handelt sich absolut nicht darum, sich auf einen individuellen Körper zu richten wie dies die Disziplin tut. Es handelt sich keineswegs darum, das Individuum auf der Ebene des Details zu fassen, sondern im Gegenteil darum, durch globale Mechanismen auf die Weise tätig zu werden, daß man globale Gleichgewichtszustände und Regelmäßigkeiten erreicht. Kurz: es geht darum, das Leben zu erfassen, die biologischen Prozesse der Spezies Mensch, und in bezug auf diese keine Disziplinierung, sondern eine Regulierung zu gewährleisten.

Diesseits dieser großen, absoluten, dramatischen und finsternen Macht, wie sie die Souveränitätsmacht darstellte, die darin bestand, sterben zu machen, trat jetzt mit dieser Technologie der Bio-Macht, dieser Technologie der Macht über die Bevölkerung als solche, über den Menschen als Lebewesen, eine stetige, gelehrte Macht: die Macht, leben zu machen. Die Souveränität machte sterben und ließ leben. Jetzt tritt eine Macht in Erscheinung, die im Gegensatz hierzu darin besteht, leben zu machen und sterben zu lassen.

Ich glaube, daß die Manifestation dieser Macht konkret in dieser berühmten fortschreitenden Disqualifikation des Todes zum Ausdruck kommt (auf die sich die Historiker und die Soziologen bezogen haben). Jedermann weiß, zumal nach einer Anzahl neuerer Untersuchungen, daß die große öffentliche Ritualisierung des Todes seit dem Ende des 18. Jahrhunderts verschwunden ist oder auf jeden Fall immer weiter zurücktrat.

Dies geht bis zu dem Punkt, daß der Tod – der nicht länger eine der großartigen Zeremonien ist, an der die Individuen, die Familie, die Gruppe, fast die gesamte Gesellschaft teilnahmen – jetzt im Gegenteil zu etwas geworden ist, das man verbirgt. Er ist die allerprivateste und verschämteste Angelegenheit geworden (und letztlich ist der Sex heute weniger Gegenstand eines Tabus als der Tod). Ich glaube nun, daß der Grund dafür, daß der Tod tatsächlich diese Sache geworden ist, die man verbirgt, nicht in einer Art Verschiebung der Angst oder in einer Veränderung der Repressionsmechanismen zu finden ist. Er liegt in einer Transformation der Machtbeziehungen. Was dem Tod ehemals (und dies gilt bis zum Ende des 18. Jahrhunderts) seinen Glanz verlieh und ihm seine hohe Ritualisierung

aufzwang, war, daß er die Manifestation eines Übergangs von einer Macht zu einer anderen war. Der Tod war der Augenblick, in dem man von einer Macht, der des Souveräns des Diesseits, zu einer anderen Macht überging, zu der des Souveräns des Jenseits. Man ging von einer Urteilsinstanz zu einer anderen über, man ging von einem zivilen, öffentlichen Recht, einem Recht über Leben und Tod, zu einem Recht des ewigen Lebens oder der ewigen Verdammnis über. Ein Übergang von einer Macht zu einer anderen, dies war zugleich eine Übertragung der Macht des Sterbenden, eine Macht, die sich auf die Überlebenden übertrug: letzte Worte, letzte Ermahnungen, legitime Wünsche, Testamente usw. Es waren all die Phänomene der Macht, die auf diese Weise ritualisiert waren.

Nun jedoch besteht die Macht immer weniger in dem Recht, sterben zu machen, und wird immer mehr zu dem Recht, zu intervenieren, um leben zu machen, um in die Art und Weise des Lebens zu intervenieren, in das „Wie“ des Lebens – von jetzt an interveniert die Macht vor allem deshalb auf dieser Ebene, um das Leben zu steigern, um dessen Unfälle, die Zufälle, die Schwächen, somit den Tod als Endpunkt des Lebens, der offenkundig der Endpunkt, die Grenze der Macht ist, zu kontrollieren. Er gehört im Verhältnis zur Macht zur Seite des Außen: er ist das, was außerhalb ihres Zugriffs liegt und auf das die Macht nur im allgemeinen, global, statistisch Zugriff besitzt. Worauf die Macht Zugriff hat, ist nicht der Tod, sondern die Sterblichkeitsrate. Und insofern ist es ganz normal, daß der Tod jetzt auf die Seite des Privaten und des Allerprivatesten fällt. Während im Recht der Souveränität der Tod den Punkt darstellte, an dem auf die allermanifesteste Weise die absolute Macht des Souveräns erstrahlte, wird der Tod jetzt im Gegensatz dazu zu dem Moment, in dem das Individuum sich dieser Macht entzieht, auf sich selbst zurückkommt und sich gewissermaßen auf seinen privatesten Bereich zurückzieht. Die Macht kennt den Tod nicht mehr. Strenggenommen läßt die Macht den Tod fallen. Nehmen wir als Symbol für all dies den Tod von Franco, der auf Grund der symbolischen Werte, die er ins Spiel bringt, ein gleichwohl sehr interessantes Ereignis darstellt, da hier derjenige starb, der das souveräne Recht über Leben und Tod mit der Ihnen bekannten Grausamkeit ausgeübt hatte, der blutigste aller Diktatoren, der für 40 Jahre das souveräne Recht über Leben und Tod hatte absolut regieren lassen, und der in dem Augenblick, in dem er im Sterben liegt, jenes neue Feld der Macht über das Leben eintritt, die nicht nur darin besteht, das Leben zu regeln, nicht nur darin, leben zu machen, sondern letztlich darin, das Individuum dazu zu bringen, sogar über seinen Tod hinaus zu leben. Und dies mit Hilfe einer Macht, die nicht einfach eine wissenschaftliche Großtat darstellt, sondern den wirkungsvollen Einsatz der politischen Bio-Macht, die im 19. Jahrhundert errichtet wur-

de. Man bringt die Menschen dazu, derart gut zu leben, daß man dahin gelangt, sie sogar zu einem Zeitpunkt leben zu machen, an dem sie biologisch seit langem tot sein müßten. So daß derjenige, der über Hunderttausende die absolute Macht über Leben und Tod ausgeübt hatte, unter eine Macht geraten ist, die das Leben so gut regelte, die den Tod so wenig beachtete, daß sie nicht einmal bemerkte, daß er bereits tot war und die ihn dazu brachte, noch nach seinem Tode zu leben. Ich glaube, daß der Zusammenprall zwischen diesen beiden Machtsystemen, dem der Souveränität über den Tod und dem der Regulierung des Lebens, sich in diesem kleinen und freudigen Ereignis symbolisiert.

Ich möchte jetzt den eben erwähnten Vergleich zwischen der Regulierungstechnologie des Lebens und der Disziplinartechnologie des Körpers wiederaufgreifen. Wir haben also seit dem 18. Jahrhundert (oder jedenfalls seit dem Ende des 18. Jahrhunderts) zwei Machttechnologien, die sich in einem gewissen zeitlichen Abstand etabliert haben und die sich überlagern. Eine Technik, die folglich disziplinär ist: sie konzentriert sich auf den Körper, sie produziert individualisierende Effekte, sie manipuliert den Körper als einen Brennpunkt von Kräften, die zugleich nutzbar und gelehrt zu machen sind. Und auf der anderen Seite haben wir eine Macht, die nicht auf den Körper konzentriert ist, sondern auf das Leben; eine Technologie, die die einer Bevölkerung eigenen Masseneffekte zusammenfaßt, die die Serie der Zufallsereignisse zu kontrollieren trachtet, die sich in einer lebendigen Masse ergeben können; eine Technologie, die danach strebt, deren Wahrscheinlichkeiten zu kontrollieren (und sie eventuell zu modifizieren), jedenfalls deren Effekte auszugleichen. Es handelt sich also um eine Technologie, die nach so etwas wie Homöostase strebt, der Sicherheit des Ganzen hinsichtlich der ihm inhärenten Gefahren, und zwar nicht durch individuelle Dressuren, sondern durch ein globales Gleichgewicht. Eine Dressurtechnologie also im Gegensatz zu und unterschieden von einer Sicherheitstechnologie; eine Disziplinartechnologie, die sich von einer Versicherungs- oder Regulierungstechnologie unterscheidet: eine Technologie, die zwar in beiden Fällen eine Technologie des Körpers ist, wo es sich aber in einen Falle um eine Technologie handelt, in der der Körper als Organismus individualisiert ist, der mit Fähigkeiten ausgestattet ist, und im anderen Falle um eine Technologie, bei der die Körper durch den biologischen Gesamtprozeß ersetzt werden.

Man könnte es wie folgt ausdrücken: alles vollzieht sich so, als ob die Macht, deren Modalität, deren organisierendes Schema in der Souveränität bestanden hatte, sich außerstande gesehen hätte, den ökonomischen und politischen Körper einer Gesellschaft zu regieren, der zugleich eine demographische

Explosion und die Industrialisierung durchläuft. So daß der alten Mechanik der Souveränitätsmacht oben wie unten allzu viele Dinge entgingen, auf der Ebene des Details wie auf der der Masse. Um das Detail wieder einzuholen fand eine erste Akkomodation statt: Akkomodation der Mechanismen der Macht über den individuellen Körper mit der Überwachung und Dressur. Dies wurde die Disziplin. Gewiß war dies die leichteste Anpassung, die am bequemsten zu realisierende. Deshalb erfolgte sie früher, schon im 17., Anfang des 18. Jahrhunderts – auf lokaler Ebene, in intuitiven, empirischen, bruchstückhaften Formen, und im begrenzten Rahmen von Institutionen wie der Schule, dem Hospital, der Kaserne, der Werkstatt usw. Und dann gibt es schließlich Ende des 18. Jahrhunderts eine zweite Akkomodation: an die globalen Phänomene, an die Phänomene der Bevölkerung mitsamt den biologischen oder bio-soziologischen Prozessen der Menschenmassen. Es handelt sich um eine sehr viel schwierigere Anpassung, da diese natürlich komplexe Organe der Koordinierung und Zentralisierung erforderte.

Wir haben also zwei Serien vorliegen: die Serie Körper-Organismus-Disziplin-Institutionen und die Serie Bevölkerung-biologische Prozesse-Regulierungsmechanismen. Staat. Ein organisches institutionelles Ganzes: die Organo-Disziplin der Institution und auf der anderen Seite ein biologisches und staatliches Ensemble: die Bio-Regulierung durch den Staat. Ich will diesen Gegensatz zwischen Staat und Institution nicht verabsolutieren, da die Disziplinen tatsächlich dahin tendieren, stets über den institutionellen und lokalen Rahmen hinauszugehen, in den sie eingefaßt sind. Und dann nehmen sie in manchen Apparaten leicht eine staatliche Dimension an, wie beispielsweise im Falle der Polizei, die zugleich ein Disziplinarapparat und ein Staatsapparat ist (was beweist, daß die Disziplin nicht immer institutioneller Natur ist). Ebenso finden sich die großen Regulierungen, die sich im Verlaufe des 19. Jahrhunderts ausbreiteten, natürlich auf der Ebene des Staates, mit einer ganzen Reihe von sub-staatlichen Institutionen, wie den medizinischen Institutionen, den Hilfskassen, den Versicherungen usw.

Andererseits liegen die beiden Ensembles von Mechanismen, das eine disziplinär, das andere regulierend, nicht auf derselben Ebene. Dies ermöglicht es ihnen gerade, einander nicht wechselseitig auszuschließen und sich miteinander zu verbinden. Man kann sogar sagen, daß in der Mehrzahl der Fälle sich die Mechanismen der Disziplinarmacht und die der Regulierungsmacht, die auf den Körper zielenden Disziplinarmechanismen und die auf die Bevölkerung ausgerichteten Regulierungsmechanismen miteinander verknüpft sind. Nehmen wir ein paar Beispiele. Etwa das Problem der Stadt oder genauer gesagt die überlegte und geplante räumliche Disposi-

tion, die Modellstadt, die künstliche Stadt, die Stadt von utopischer Realität, wie man sie nicht nur träumte, sondern im 19. Jahrhundert auch tatsächlich errichtete. Nehmen wir beispielsweise die Arbeiterstadt, wie sie im 19. Jahrhundert existierte. Worin besteht sie? Man sieht sehr gut, wie sie gegliedert ist: gewissermaßen rechtwinklig, Disziplinarmechanismen zur Kontrolle des Körpers, der Körper, durch die Rasterung, sogar durch die Zerstückelung der Stadt, durch die Lokalisierung der Familien (eine jede in einem Haus) und der Individuen (jedes in einem Zimmer). Zerteilung, Sichtbarmachung der Individuen, Normalisierung des Verhaltens: eine Art von spontaner polizeilicher Kontrolle, die somit durch die räumliche Gliederung der Stadt selbst bewirkt wird. Eine ganze Reihe von Disziplinarmechanismen, die sich in der Arbeiterstadt leicht wiederfinden lassen. Und dann haben Sie eine ganze Reihe von Mechanismen, die im Gegensatz hierzu Regulierungsmechanismen sind, die auf die Bevölkerung als solche gerichtet sind, und die beispielsweise Verhaltensweisen des Sparens ermöglichen, sie induzieren, die mit den Wohnverhältnissen, mit der Anmietung und eventuell dem Kauf der Wohnung verknüpft sind. Systeme der Krankenversicherung, der Alterssicherung; Hygieneregeln, die eine größtmögliche Lebensdauer der Bevölkerung gewährleisten; der Druck, den die Architektur der Stadt in bezug auf die Sexualität bewirkt, folglich in bezug auf die Zeugung, der Druck, den man auf die Hygiene der Familie ausübt; die Pflege, die man den Kindern widmet, der Schulbesuch usw. Folglich handelt es sich um Disziplinarmechanismen und um Regulierungsmechanismen.

Nehmen sie auf einer anderen Achse eine Sache wie die Sexualität. Warum ist die Sexualität im 19. Jahrhundert zu einem Feld geworden, dessen strategische Bedeutung bereits sehr groß war? Wenn die Sexualität bedeutsam war, dann aus einer ganzen Menge von Gründen, ganz besonders jedoch deshalb, weil die Sexualität einerseits als streng körperliches Verhalten, das von einer disziplinären, individualisierenden Kontrolle in Gestalt permanenter Überwachung festgehalten wird (die berühmten Kontrollen der Masturbation beispielsweise, die seit dem 18. Jahrhundert bis zum 20. Jahrhundert in bezug auf die Kinder ausgeübt wurden, und dies im Milieu der Familie, im schulischen Milieu usw., verkörpern genau diese Seite disziplinärer Kontrolle der Sexualität); und dann, von einer anderen Seite her, fügt sich die Sexualität durch ihre Zeugungseffekte ein in die großen biologischen Prozesse, die nicht mehr den Körper des Individuums betreffen, sondern dieses Element, diese multiple Einheit, die die Bevölkerung bildet. Die Sexualität befindet sich genau an der Kreuzung von Körper und Bevölkerung. Folglich gehört sie zur Disziplin, zugleich aber gehört sie auch zur Regulierung.

Die extreme medizinische Aufwertung der

Sexualität im 19. Jahrhundert hat, wie ich glaube, ihren Ursprung in dieser privilegierten Position der Sexualität zwischen Organismus und Bevölkerung, zwischen dem Körper und den globalen Phänomenen. Hieraus resultiert auch die medizinische Idee, daß die undisziplinierte und irreguläre Sexualität stets zwei Arten von Effekten aufweist. Die eine betrifft den Körper, den undisziplinierten Körper, der unmittelbar sanktioniert wird durch all die individuellen Krankheiten, die die sexuelle Ausschweifung nach sich zieht. Ein Kind, das zu sehr masturbiert, wird sein ganzes Leben lang krank sein: eine disziplinäre Sanktion auf der Ebene des Körpers. Zugleich jedoch weist eine ausschweifende, pervertierte usw. Sexualität Effekte auf der Ebene der Bevölkerung auf, da man davon ausgeht, daß der sexuell Ausschweifende ein Erbgut, eine Nachkommenschaft aufweist, die ebenfalls gestört sind, und zwar für viele Generationen. Es handelt sich um die Theorie der Degeneration: die Sexualität repräsentiert, insofern sie einerseits ein Herd individueller Krankheiten und andererseits der Kern der Degeneration ist, genau den Verbindungspunkt zwischen dem Disziplinären und dem Regulatorischen, zwischen Körper und Bevölkerung. Sie begreifen nun, warum und wie ein technisches Wissen wie die Medizin oder vielmehr ein aus Medizin und Hygiene gebildetes Ensemble im 19. Jahrhundert ein Element wird, nicht das wichtigste, aber eines, dessen Bedeutung erheblich ist auf Grund der von ihm – in dem Maße, in dem die Medizin zur politischen Interventionstechnik wird – hergestellten Verbindung einer wissenschaftlichen Erfassung biologischer und organischer Prozesse (d.h. der Bevölkerung und des Körpers) mit ihren je eigenen Machteffekten. Die Medizin ist ein Macht-Wissen, das sich zugleich auf den Körper und auf die Bevölkerung richtet, auf den Organismus und auf die biologischen Prozesse. Sie wird folglich disziplinäre und regulierend Effekte aufweisen.

Auf noch allgemeinere Weise läßt sich sagen, daß das Element, das vom Disziplinären zum Regulatorischen zirkuliert, das sich in der gleichen Weise auf den Körper und auf die Bevölkerung bezieht, das es gestattet, zugleich die disziplinäre Ordnung des Körpers und die Zufallsereignisse einer biologischen Vielheit zu kontrollieren, daß dieses Element, das vom einem zum anderen zirkuliert, die Norm ist. Die Norm, das ist das, was sich ebensogut auf einen Körper, den man disziplinieren will, und auf eine Bevölkerung, die man regulieren will, beziehen kann. Die Normalisierungsgesellschaft ist folglich unter diesem Gesichtspunkt keine verallgemeinerte Disziplinargesellschaft, deren Disziplinarinstitutionen ausgeschwärmt wären und schließlich den gesamten Raum erfaßt hätten – dies ist, wie ich glaube, nur eine erste, unzureichende Interpretation der Idee der Normalisierungsgesellschaft. Die Normalisierungs-

gesellschaft ist eine Gesellschaft, in der sich gemäß einer orthogonalen Verknüpfung die Norm der Disziplin und die Norm der Regulierung miteinander verbinden. Wenn man sagt, daß die Macht im 19. Jahrhundert die Macht des Lebens ist, oder wenn man zumindest sagt, daß die Macht im 19. Jahrhundert das Leben in Beschlag genommen hat, dann besagt dies, daß es ihm gelungen ist, die gesamte Oberfläche zu bedecken, die sich vom Organischen zum Biologischen erstreckt, vom Körper zur Bevölkerung – über das doppelte Spiel der Disziplinartechnologien einerseits und der Regulierungstechnologien andererseits.

Wir befinden uns somit im Inneren einer Macht, die den Körper und das Leben besetzt hat oder die, wenn Sie so wollen, das Leben mit den Polen einerseits des Körpers und andererseits der Bevölkerung im allgemeinen besetzt hat. Es handelt sich folglich um eine Bio-Macht, deren an den Grenzen ihrer Ausübung selbst in Erscheinung tretenden Paradoxa man erkennen kann. Paradoxa, die einerseits mit der Atomkraft auftreten, die nicht einfach die Macht ist, gemäß den Rechten, die jedem Souverän gegeben sind, Millionen und Abermillionen zu töten (letztlich ist diese Auffassung traditionell). Das jedoch, was bewirkt, daß die Atomkraft für das Funktionieren der aktuellen politischen Macht eine Art von schwer zu umgehendes, wenn nicht gar unumgebares Paradoxon darstellt, ist, daß man mit der Macht, die Atombombe zu bauen und einzusetzen, eine Souveränitätsmacht ins Spiel gebracht hat, die tötet, aber zugleich eine Macht, die darin besteht, das Leben selbst zu töten. So daß in der Atomkraft die Macht, die ausgeübt wird, auf eine solche Weise ausgeübt wird, daß sie in der Lage ist, das Leben zu beseitigen. Und folglich sich selbst zu beseitigen als Macht, das Leben zu sichern. Beziehungsweise sie ist souverän und benutzt die Atombombe, aber dann kann sie nicht Macht sein, Bio-Macht, Macht, das Leben zu sichern, wie sie dies seit dem 19. Jahrhundert ist. Und am anderen Extrem haben Sie den Exzeß nicht des Souveränitätsrechts gegenüber der Bio-Macht, sondern der Bio-Macht gegenüber der Souveränitätsmacht. Dieser Exzeß der Bio-Macht tritt dann auf, wenn dem Menschen die Möglichkeit gegeben ist, nicht nur das Leben zu gestalten, sondern das Leben sich ausbreiten zu lassen, Lebendiges zu fabrizieren, Monster zu fabrizieren, schließlich unkontrollierbare und universell zerstörerische Viren zu fabrizieren. Es handelt sich um eine gewaltige Bio-Macht, die im Gegensatz zu dem, was ich gerade über die Atomkraft gesagt habe, die gesamte menschliche Souveränität überflutet.

Ich glaube, daß man vor diesem Hintergrund das Problem wiedererkennen kann, das ich zu stellen versucht hatte.

Wie wird nun innerhalb dieser Machttechnologie, deren Objekt und deren Ziel das Leben ist (und die mir als eines der wesentlichen

Merkmale der Machttechnologie seit dem 19. Jahrhundert erscheint), das Recht zu töten und die Funktion des Tötens ausgeübt, wenn es wahr ist, daß die Souveränitätsmacht mehr und mehr zurückweicht und die disziplinäre oder regulierende Bio-Macht sich im Gegensatz dazu immer weiter ausbreitet? Wie kann eine solche Macht töten, wenn es sich in Wirklichkeit darum handelt, das Leben zu verbessern (seine Dauer zu verlängern, seine Chancen zu vervielfachen, die Unfälle von ihm fern zu halten oder darum, seine Mängel zu kompensieren)? Wie ist es unter diesen Bedingungen für eine politische Macht möglich, zu töten, den Tod zu fordern, den Tod zu verlangen, töten zu lassen, den Tod zu befehlen? Wie kann sie sterben lassen, diese Macht, deren wesentliches Ziel darin besteht, leben zu machen? Wie kann die Macht des Todes ausgeübt werden, wie kann die Funktion des Todes ausgeübt werden, in einem System, in dessen Mittelpunkt die Bio-Macht steht?

Hier, so glaube ich, kommt der Rassismus ins Spiel. Ich will keineswegs behaupten, daß der Rassismus in dieser Epoche erfunden wurde. Er existierte bereits seit langem. Ich glaube jedoch, daß er anders funktionierte. Was den Rassismus in die Mechanismen des Staates eingefügt hat, war gerade das Auftreten dieser Bio-Macht. Zu diesem Zeitpunkt macht sich der Rassismus als grundlegender Mechanismus der Macht geltend, der Macht, wie sie in den modernen Gesellschaften ausgeübt wird.

Was ist der Rassismus denn wirklich? Er ist zunächst das Mittel, um in diesen Bereich des Lebens, den die Macht in Beschlag genommen hat, einen Einschnitt einzuführen: einen Einschnitt zwischen dem, was leben muß und dem, was sterben muß. Schon das biologische *Kontinuum* der menschlichen Spezies, das Auftauchen der Rassen, die Unterscheidung der Rassen, die Hierarchie der Rassen, die Qualifizierung bestimmter Rassen als gut und anderer als minderwertig, all dies stellt eine Art und Weise dar, das biologische Feld zu fragmentieren, das die Macht mit Beschlag belegt hat, stellt eine Art und Weise dar, innerhalb der Bevölkerung Gruppen gegeneinander zu differenzieren. Kurz, es geht darum, eine Zäsur biologischen Typs innerhalb eines Bereichs errichten zu können, der sich genau als ein biologischer Bereich darstellt. Dies gestattet es der Macht, eine Bevölkerung als eine Rassenvermischung zu behandeln oder genauer, die Spezies so zu behandeln, die Spezies, die sie erfaßt hat, in Untergruppen zu unterteilen, die genau die Rassen bilden. Dies ist die erste Funktion des Rassismus: fragmentieren, Zäsuren innerhalb des biologischen *Kontinuums* vorzunehmen, auf das sich die Bio-Macht richtet.

Andererseits hat der Rassismus eine zweite Funktion: er hat die Aufgabe, eine positive Beziehung von der Art zu begründen: „je mehr Du tötest, je mehr Du sterben machst,

um so mehr wirst Du deshalb leben". Ich glaube, daß diese Beziehung („wenn Du leben willst, mußt Du sterben machen, mußt Du töten können“) letzten Endes weder vom Rassismus noch vom modernen Staat erfunden wurde. Es ist die Relation des Krieges: „um zu leben ist es erforderlich, daß Du die Feinde massakrierst“. Der Rassismus jedoch läßt diese Relation kriegerischen Typs „wenn Du leben willst, dann muß der andere sterben“ auf eine völlig neue Art und Weise funktionieren, die exakt mit der Existenz der Bio-Macht kompatibel ist. Einerseits ermöglicht es der Rassismus, tatsächlich zwischen meinem Leben und dem Tode des Anderen eine Beziehung zu errichten, die keine Beziehung militärischer oder kriegerischer Konfrontation ist, sondern eine Beziehung biologischen Typs: „je mehr die minderwertigen Rassen verschwinden, je mehr die anormalen Individuen eliminiert werden, umso weniger Degenerierte wird es im Verhältnis zur Spezies geben, umso mehr werde ich – nicht als Individuum, sondern als Spezies – leben, werde ich stark sein, werde ich kraftvoll sein, werde ich mich vermehren können“. Der Tod des anderen, der Tod der schlechten Rasse, der minderwertigen Rasse (oder des Degenerierten oder des Anormalen) wird das Leben im allgemeinen gesünder und reiner machen.

Es handelt sich somit nicht um eine militärische, kriegerische oder politische Beziehung, sondern um eine biologische Beziehung. Wenn dieser Mechanismus ins Spiel kommt, dann sind die Feinde, die es zu beseitigen gilt, nicht Gegner im politischen Sinne des Begriffs, sondern externe oder interne Gefahren in bezug auf die Bevölkerung und für die Bevölkerung. Anders gesagt: das Töten, der Imperativ des Tötens sind im System der Bio-Macht nur dann zulässig, wenn sie nicht nach dem Sieg über den politischen Gegner streben, sondern danach, die biologische Gefahr zu eliminieren und, mit dieser Eliminierung direkt verknüpft, die Spezies selbst oder die Rasse zu stärken.

Die Rasse, der Rassismus, das ist die Akzeptabilitätsbedingung des Tötens in einer Normalisierungsgesellschaft. Dort, wo Sie eine Normalisierungsgesellschaft vorfinden, dort, wo Sie eine Macht vorfinden, die zumindest in erster Instanz, in erster Linie eine Bio-Macht ist, dort ist der Rassismus notwendige Bedingung dafür, jemanden zum Tode bringen zu können, die anderen töten zu können. Die Tötungsfunktion des Staates kann, sobald der Staat nach dem Modus der Bio-Macht funktioniert, nicht anders gesichert werden als durch den Rassismus.

Somit läßt sich die Bedeutung – die wie ich meine vitale Bedeutung – des Rassismus für die Ausübung einer solchen Macht verstehen: er ist die Bedingung, unter der das Recht zu töten ausgeübt werden kann. Wenn die Normalisierungsmacht das alte souveräne Recht des Tötens ausüben will, dann muß sie sich des Rassismus bedienen. Wenn umgekehrt eine

Souveränitätsmacht, das heißt eine Macht, die das Recht über Leben und Tod innehat, mit den Instrumenten, den Mechanismen, mit der Technologie der Normalisierung arbeiten will, dann muß auch sie sich des Rassismus bedienen. Unter Tötung verstehe ich natürlich nicht einfach die direkte Tötung, sondern auch all das, was zu einem indirekten Tod führt: jemanden der Gefahr des Todes aussetzen, das Todesrisiko für bestimmte Menschen vervielfachen oder einfach den politischen Tod, die Vertreibung, die Zurückweisung usw.

Von hier aus, so glaube ich, lassen sich einige Dinge verstehen. Man kann zunächst die Beziehung begreifen, die sich rasch – ich möchte sagen sofort – zwischen der biologischen Theorie des 19. Jahrhunderts und dem Diskurs der Macht geknüpft hat. Im Grunde genommen ist der Evolutionismus – in einem weiten Sinne verstanden, das heißt nicht so sehr die Theorie Darwins selbst als vielmehr das Ensemble ihrer Begriffe (wie die Hierarchie der Arten auf einem gemeinsamen Baum der Evolution, der Kampf ums Dasein zwischen den Arten, die Selektion, die die am wenigsten angepaßten Arten eliminiert) – im 19. Jahrhundert in wenigen Jahren auf ganz natürliche Weise nicht einfach zu einer Art und Weise geworden, den politischen Diskurs in biologische Begriffe zu übersetzen, nicht einfach eine Art und Weise, einen politischen Diskurs unter einem wissenschaftlichen Deckmantel zu verbergen, sondern eine Art und Weise, die Beziehungen der Kolonisierung zu denken, die Notwendigkeit der Kriege, die Kriminalität, die Phänomene des Wahnsinns und der Geisteskrankheiten usw. Anders ausgedrückt: wo immer es zu einer Konfrontation kam, zu Tötung, Kampf und Todesgefahr, dort war man buchstäblich gezwungen, ihn zu denken.

Man kann auch begreifen, warum der Rassismus sich in diesen modernen Gesellschaften entwickelte, die nach dem Modus der Bio-Macht funktionierten; man begreift, warum der Rassismus sich an einigen privilegierten Punkten entzünden wird, die genau die Punkte sind, an denen das Recht des Todes notwendig gefordert ist. Der Rassismus entwickelte sich zuerst mit der Kolonisierung, das heißt mit dem kolonialisatorischen Genozid. Wenn man die Menschen töten muß, Bevölkerungen, Zivilisationen, wie könnte man dies tun, wenn man nach dem Modus der Bio-Macht funktioniert? Gemäß den Themen des Evolutionismus mit Hilfe eines Rassismus.

Der Krieg? Wie kann man nicht nur gegen seine Gegner Krieg führen, sondern seine eigenen Bürger dem Krieg aussetzen, sie zu Millionen töten lassen (wie dies genau seit dem 19. Jahrhundert, seit der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts der Fall ist), wenn nicht dadurch, daß man genau die Themen des Rassismus aktiviert? Im Krieg wird es sich von nun an um zwei Dinge handeln: nicht einfach den politischen Gegner zu zerstören, sondern die gegnerische Rasse, diese biologisch bedrohliche

Spezies, die für unsere Rasse von den Anderen verkörpert wird. Gewiß handelt es sich hier nur um eine Art von biologischer Extrapolation des Themas des politischen Feindes. Aber darüberhinaus wird der Krieg – und dies ist absolut neu – Ende des 19. Jahrhunderts als eine Art und Weise erscheinen, nicht nur die eigene Rasse zu stärken, indem man die gegnerische Rasse eliminiert (entsprechend den Motiven der Selektion und des Kampfes ums Dasein), sondern zugleich als eine Weise, die eigene Rasse zu regenerieren. Je mehr von uns sterben, desto reiner wird die Rasse sein, der wir angehören.

Wir haben hier jedenfalls einen Rassismus des Krieges vorliegen, der Ende des 19. Jahrhunderts neu ist, und der, wie ich glaube, aufgrund des Problems notwendig wurde, das sich der Bio-Politik stellte, als sie Krieg führen wollte: wie konnte sie den Willen zur Zerstörung des Gegners und das Risiko, das sie lief, die zu töten, deren Leben sie definitionsgemäß schützen, verbessern, vervielfachen mußte, miteinander verbinden? Man könnte dasselbe in Bezug auf die Kriminalität sagen. Wenn die Kriminalität in Begriffen des Rassismus gedacht wurde, dann ist dies zugleich der Augenblick, von dem ab es innerhalb des Mechanismus der Bio-Macht erforderlich wurde, den Tod oder die Beseitigung eines Kriminellen möglich zu machen. Dasselbe gilt für den Wahnsinn, für die verschiedenen Anomalien.

Der Rassismus sichert, so glaube ich, die Funktion des Todes innerhalb der Ökonomie der Bio-Macht gemäß dem Prinzip, daß der Tod der anderen die biologische Selbst-Stärkung als Mitglied einer Rasse oder Bevölkerung ist, insofern man Element in einer einheitlichen und lebendigen Pluralität ist. Wie Sie sehen, sind wir hier im Grunde sehr weit entfernt von einem Rassismus, der traditionellerweise in schlichter Geringschätzung der Rassen füreinander, in ihrem wechselseitigen Haß gegeneinander besteht. Wir sind auch sehr weit von einem Rassismus entfernt, der so etwas wie eine ideologische Operation darstellte, durch die der Staat oder eine Klasse versuchten, die gegen sie selbst gerichteten oder im Gesellschaftskörper brodelnden Feindseligkeiten gegen einen mythischen Gegner zu lenken. Ich glaube, daß es sich um etwas handelt, das sehr viel tiefer reicht als eine alte Tradition, viel tiefer als eine neue Ideologie – es handelt sich um etwas ganz anderes. Die Besonderheit des modernen Rassismus, das, was seine Spezifik ausmacht, ist nicht an Mentalitäten gebunden, an Ideologien, an Lügen der Macht. Sie ist mit der Technik der Macht verknüpft, mit der Technologie der Macht. Sie ist mit dem verknüpft, was uns am weitesten von diesem Rassenkrieg und von dieser Intelligibilität der Geschichte entfernt einordnet: in einen Mechanismus, der es der Bio-Macht gestattet, ausgeübt zu werden. Folglich ist der Rassismus mit dem Funktionieren eines Staates verknüpft, der gezwungen ist, sich der Rasse, der Eliminierung von Rassen und der Rei-

nigung der Rasse zu bedienen, um seine souveräne Macht auszuüben. Das Nebeneinander oder vielmehr das „durch die Bio-Macht hindurch Wirken“ der alten souveränen Macht über den Tod impliziert das Funktionieren, das Auftreten und die Aktivierung des Rassismus. Und genau hierin wurzelt er tatsächlich.

Sie begreifen nun, wie und warum die mörderischsten Staaten notwendig zugleich die rassistischsten sind. Natürlich muß man hier das Beispiel des Nazismus anführen. Letztlich ist der Nazismus in der Tat das Resultat der auf den Höhepunkt getriebenen Entwicklung der neuen, seit dem 18. Jahrhundert eingerichteten Machtmechanismen. Es gibt keinen disziplinäreren Staat als das Nazi-Regime; auch keinen Staat, in dem die biologischen Regulierungen auf straffere und nachdrücklichere Weise übernommen worden wären. Disziplinar-Macht, Bio-Macht: beide durchdrangen und stützten die Nazi-Gesellschaft (die Erfassung des Biologischen, der Zeugung, der Vererbung, die Erfassung auch der Krankheit und der Unfälle). Es gibt keine Gesellschaft, die zugleich disziplinär und versicherungsförmiger organisiert gewesen wäre als die, die von den Nazis errichtet oder jedenfalls projektiert worden war. Die Kontrolle der dem biologischen Prozeß eigenen Zufälle war eines der unmittelbaren Ziele des Regimes.

In dieser universell versicherungsförmigen, universell versichernden, in dieser universell regulierenden und disziplinären Gesellschaft jedoch sieht man zugleich das völlig entfesselte Wüten der mörderischen Macht, die diese Gesellschaft durchzieht, das heißt dieser alten souveränen Macht des Tötens. Diese Macht des Tötens, die den gesamten Körper der Nazigesellschaft durchzieht, manifestiert sich vor allem deshalb, weil die Macht über Leben und Tod nicht einfach dem Staat gegeben ist, sondern einer ganzen Reihe von Individuen, einer Vielzahl von Personen (sei es die SA, die SS usw.). Letztlich hat sogar jedermann das Recht über Leben und Tod seines Nachbarn inne, und sei es nur durch das Verhalten der Denunziation, das es tatsächlich ermöglicht, den, der neben uns steht, aus dem Wege zu räumen oder räumen zu lassen.

Folglich findet eine Entfesselung der Tötungsmacht und der Souveränitätsmacht durch den gesamten Gesellschaftskörper hindurch statt. Zugleich muß die Politik, da der Krieg explizit als politisches Ziel formuliert ist – und nicht einfach als ein politisches Ziel, um eine Reihe von Mitteln zu erwerben, sondern als eine Art von höchster und entscheidender Phase aller politischen Prozesse –, zum Krieg führen und der Krieg muß die endgültige und entscheidende Phase sein, die das Ganze krönen wird. Folglich ist es nicht einfach die Zerstörung der anderen Rassen, die das Ziel des Nazi-Regimes ist. Die Zerstörung der anderen Rassen ist nur die eine Seite des

Projekts. Die andere Seite besteht darin, die eigene Rasse der absoluten und universellen Gefahr des Todes auszusetzen. Das Todesrisiko, das „der totalen Zerstörung ausgesetzt Werden“, ist eines der Prinzipien, das zu den fundamentalen Pflichten des Nazigehorsams und zu den wesentlichen politischen Zielen gehört. Es ist notwendig, bis zu dem Punkt zu gehen, an dem die ganze Bevölkerung dem Tode ausgesetzt ist. Einzig dieses universelle dem-Tode-Aussetzen der gesamten Bevölkerung wird sie tatsächlich als überlegene Rasse zu konstituieren im Stande sein und sie gegenüber den Rassen, die völlig ausgelöscht oder endgültig unterworfen sein werden, erneuern.

In einer Nazi-Gesellschaft haben wir somit diesen gleichwohl außergewöhnlichen Sachverhalt vorliegen, daß es sich um eine Gesellschaft handelt, die die Bio-Macht absolut generalisiert hat, die aber zugleich die souveräne Macht des Tötens generalisiert hat. Die beiden Mechanismen, der eine klassisch, archaisch, der dem Staat das Recht über Leben und Tod seiner Bürger einräumt, und der neue Mechanismus, der um die Disziplin herum organisiert ist, der Regulierung, kurz, der neue Mechanismus der Bio-Macht, passen absolut zusammen. So kann man folgendes behaupten: der Nazistaat hat das Feld eines Lebens, das er verbessert, schützt, garantiert und biologisch kultiviert, und zugleich das souveräne Recht, jedermann zu töten – nicht nur die Anderen, sondern auch die Seinen – absolut zur Deckung gebracht. Bei den Nazis gab es eine Koinzidenz zwischen einer generalisierten Bio-Macht und einer zugleich absoluten und durch dieses furchtbare Übersetzungsverhältnis zwischen dem Recht zu töten und dem Recht des dem-Tode-Aussetzens durch den gesamten Gesellschaftskörper hindurchgreifenden Diktatur. Es handelt sich um einen absolut rassistischen Staat, einen absolut mörderischen Staat und einen absolut selbstmörderischen Staat. Rassistischer Staat, mörderischer Staat, selbstmörderischer Staat: dies überlagert sich notwendig und mündet natürlich in die Endlösung (durch die man über die Juden alle anderen Rassen beseitigen wollte, deren Symbol und zugleich Manifestation die Juden waren) der Jahre 1942-43 und schließlich in das Telegramm 71, durch das Hitler im April 1945 befahl, die Lebensbedingungen des deutschen Volkes selbst zu zerstören.

Endlösung für die anderen Rassen, absoluter Selbstmord der (eigenen) Rasse. Hierhin führte diese dem Funktionieren des modernen Staates innewohnende Mechanik. Natürlich hat nur der Nazismus das Spiel zwischen dem souveränen Recht des Tötens und den Mechanismen der Bio-Macht bis zum Paroxysmus gesteigert. Aber dieses Spiel ist in der Tat dem Funktionieren aller Staaten, aller modernen Staaten, aller kapitalistischen Staa-

ten, der sozialistische Staat, der Sozialismus ganz genauso durch den Rassismus gekennzeichnet ist wie das Funktionieren des modernen Staates, des kapitalistischen Staates. Gegenüber dem Staatsrassismus, der sich unter den Bedingungen herausbildete, von denen ich sprach, konstituierte sich ein Sozial-Rassismus, dessen Auftreten nicht erst bis zur Bildung der sozialistischen Staaten warten mußte. Der Sozialismus war von Anfang an, seit dem 19. Jahrhundert, ein Rassismus. Und sei es nun Fourier zu Beginn – Sie finden im Durchgang durch alle Formen des Sozialismus stets eine Komponente des Rassismus.

Es ist sehr schwierig für mich, hierüber zu sprechen. Und so zu sprechen, heißt eine massive Behauptung aufzustellen. Wollte ich Ihnen dies beweisen, so implizierte dies letztlich (was ich gerne tun würde) eine weitere Batterie von Vorlesungen. Ich möchte jedenfalls ganz einfach folgendes sagen: ich habe allgemein den Eindruck, daß der Sozialismus niemals oder jedenfalls nicht in erster Linie die ökonomischen oder juristischen Probleme des Eigentumsmodus oder -typus oder der Produktionsweise stellt. In dem Maße, in dem folglich das Problem der Mechanik der Macht, der Machtmechanismen von ihm nicht gestellt und nicht analysiert ist, muß er dieselben Machtmechanismen, die man durch den kapitalistischen Staat oder den industriellen Staat hindurch sich hat konstituieren sehen, erneut einsetzen. Eines ist jedenfalls sicher: das Thema der Bio-Macht, das Ende des 18. Jahrhunderts und während des gesamten 19. Jahrhunderts entwickelt worden war, wurde vom Sozialismus nicht nur nicht kritisiert, sondern wurde in der Tat von ihm wiederaufgegriffen, entwickelt, reimplantiert, in einigen Punkten modifiziert, aber keineswegs in seinen Grundlagen und Funktionsweisen einer nochmaligen Überprüfung unterzogen. Die Idee schließlich, daß die Gesellschaft oder der Staat oder das, was an die Stelle des Staates treten sollte, im wesentlichen die Funktion hat, das Leben in Beschlag zu nehmen, es zu gestalten, es zu vervielfachen, seine Zufälligkeiten zu kompensieren, seine biologischen Chancen und Möglichkeiten durchzugehen und sie abzugrenzen, scheint mir als solche vom Sozialismus übernommen worden zu sein. Mitsamt den Konsequenzen, die dies hat, sobald man sich in einem sozialistischen Staat befindet, der das Recht zu töten oder das Recht, zu eliminieren ausüben muß, oder das Recht zu disqualifizieren. Und so finden Sie ganz von alleine den Rassismus wieder – nicht den eigentlich ethnischen Rassismus, sondern den Rassismus evolutionistischen Typs, den biologischen Rassismus, der in den sozialistischen Staaten (des sowjetischen Typs) gegenüber den Geisteskranken, den Kriminellen, den politischen Gegnern usw. voll funktionierte. – Soviel zum Staat. Was mir ebenfalls interessant erscheint und was mir lange Zeit ein Problem bereitete, ist, daß es, noch einmal, nicht einfach die Ebene des so

zialistischen Staates ist, auf der man dieses Funktionieren des Rassismus wiederfindet, sondern daß man ihn während des ganzen 19. Jahrhunderts und darum herum in den verschiedenen Formen sozialistischer Analysen und Projekte wiederfindet: jedesmal, wenn ein Sozialist letztlich vor allem auf der Transformation der ökonomischen Bedingungen als Prinzip der Transformation und des Übergangs vom kapitalistischen Staat zum sozialistischen Staat insistiert (anders gesagt: jedesmal wenn er das Prinzip der Transformation auf der Ebene ökonomischer Prozesse suchte), hatte der Sozialismus, zumindest unmittelbar, den Rassismus nicht nötig. Umgekehrt, jedesmal wenn der Sozialismus verpflichtet war, auf dem Problem des Kampfes zu insistieren, des Kampfes gegen den Feind, auf der Beseitigung des Gegners innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft selbst, jedesmal wenn es sich folglich darum handelte, die physische Konfrontation mit dem Klassengegner zu denken, tauchte der Biologismus wieder auf, *tauchte der Rassismus wieder auf*. Weil der Rassismus für ein sozialistisches Denken die einzige Weise darstellte, die gleichwohl eng mit den Themen der Bio-Macht verbunden war, die Begründung für das Töten des Gegners zu denken. Wenn es sich einfach darum handelt, den Gegner ökonomisch zu eliminieren, dann benötigt man keinen Rassismus. Sobald es sich jedoch darum handelt, zu denken, daß man ihm tête à tête gegenübersteht und gezwungen sein wird, körperlich mit ihm zu kämpfen, sein eigenes Leben zu riskieren und danach zu trachten, ihn zu töten, benötigt er den Rassismus.

Jedesmal folglich, wenn Sie Sozialismen vor sich haben, Formen des Sozialismus, Momente des Sozialismus, die dieses Problem des Kampfes betonen, finden sie den Rassismus vor. So waren die rassistischsten Formen des Sozialismus sicherlich der Blanquismus, die Commune und die Anarchie, sehr viel stärker als die Sozialdemokratie, sehr viel stärker als die II. Internationale und sehr viel stärker als der Marxismus selbst. Der sozialistische Rassismus wurde in Europa erst Ende des 19. Jahrhunderts liquidiert, einerseits aufgrund der Vorherrschaft einer Sozialdemokratie (und, so muß man wohl sagen, eines mit dieser Sozialdemokratie verbundenen Reformismus) und andererseits aufgrund einer Reihe von Prozessen wie der Dreyfus-Affaire in Frankreich.

Vor der Dreyfus-Affaire jedoch waren alle Sozialisten (das heißt die Sozialisten in ihrer überwältigenden Mehrheit) Rassisten. Und ich glaube, daß sie in dem Maße Rassisten waren, in dem sie (und damit werde ich schließen) diese Mechanismen der Bio-Macht, die die Entwicklung der Gesellschaft und des Staates seit dem 18. Jahrhundert erreicht hatte, nicht neu überdachten – sie wurden als selbstverständlich anerkannt. Wie kann man eine Bio-Macht funktionieren lassen und zugleich die Kriegsrechte ausüben, das Recht des

Tötens und die Funktion des Todes, wenn nicht über den Rassismus? Hierin lag das Problem, und ich glaube dies ist noch immer das Problem.

Michel Foucault

(Aus dem Französischen von Hermann Kocyba)

- 1 „In diesem Diskurs, in dem es um den Krieg der Rassen geht und in dem der Ausdruck ‚Rasse‘ bald auftaucht, ist das Wort ‚Rasse‘ nicht auf eine biologische Bedeutung fixiert. Es ist aber auch nicht völlig unbestimmt; es bezeichnet letztlich eine gewisse historisch-politische Spaltung, insofern er von zwei Rassen redet, von zwei Gruppen, die nicht dieselbe örtliche Herkunft haben, die ursprünglich nicht dieselbe Sprache und häufig auch nicht dieselbe Religion haben und die eine politische Einheit nur um den Preis des Krieges, der Invasion, der Eroberung, der Schlachten, der Siege und Niederlagen, der Gewalt gebildet haben. Man spricht also von zwei Rassen, wenn es zwei Gruppen gibt, die sich trotz ihres Zusammenlebens nicht vermischt haben: aufgrund von Differenzen, von Asymmetrien, von Barrieren, die auf Privilegien, auf Sitten und Rechte, auf die Verteilung der Vermögen und auf die Weise der Machtausübung zurückzuführen sind.“ Michel Foucault: Vom Licht des Krieges zur Geburt der Geschichte, Berlin 1986, S. 44f.
- 2 „(...) die Form, die Absicht, sogar die Funktion des Diskurses über die Rassen werden aufgegriffen, aber umfunktioniert. Der Rassismus charakterisiert sich dadurch, daß das Thema des historischen Krieges mit seinen Schlachten, seinen Invasionen, seinen Plünderungen, Siegen, Niederlagen usw. durch das postevolutionistische biologische Thema des Kampfes ums Leben ersetzt wird. Es geht nicht mehr um Schlacht im kriegerischen Sinn, sondern um Kampf im biologischen Sinn, um Differenzierung der Arten, Selektion des Stärksten, Bewahrung der am besten angepaßten Rassen usw. Desgleichen wird das Thema der binären Gesellschaft, die in zwei Rassen, in sprachlich, rechtlich usw. fremde Gruppen geteilt ist, ersetzt durch das Thema einer Gesellschaft, die biologisch monistisch ist – nur daß sie von gewissen heterogenen Elementen bedroht ist – die ihr aber nicht wesentlich sind, die den Gesellschaftskörper nicht in zwei feindliche Teile teilen, sondern gewissermaßen infallhaft ... zufallhaft (pardon!) sind. Das sind die Fremden, die sich eingeschlichen haben; das sind die Abweichenden; das sind die Nebenprodukte dieser Gesellschaft. Der Staat, der in der Gegenhistorie der Rassen notwendigerweise unrecht und das Instrument einer Rasse gegen eine andere war, wird nun zum Schützer der Integrität, Überlegenheit und Reinheit der Rasse. Die monistische, staatliche und biologische Idee der Reinheit der Rasse löst die Idee des Kampfes der Rassen ab. Sobald sich die Reinheit der Rasse an die Stelle des Kampfes der Rasse setzt, wird der Rassismus geboren, in dem sich die Wendung der Gegenhistoire in einen Staatsrassismus vollzieht.“ Michel Foucault: Vom Licht des Krieges zur Geburt der Geschichte, Berlin 1986, S. 49f.

ak...

... damit das Kapital nicht das letzte Wort behält

Seit 20 Jahren berichten, dokumentieren und kommentieren wir u.a.:

- Nazi-Terror und alltäglichen Rassismus
- Klassenjustiz
- die Situation nach dem Zerfall der Sowjetunion
- den Kampf gegen § 218
- die Frauenbewegung in Ost und West
- Befreiungsbewegungen in der „Dritten Welt“
- Linke Debatte um das Ende des „realen Sozialismus“ und die Folgen
- und und und ...

Der **ak** erscheint vierwöchentlich im 20. Jahr. Er kostet DM 6 und ist in allen linken Buchläden und gut sortierten Zeitschriftenläden erhältlich. Oder direkt bei der

Hamburger Satz- und Verlagskooperative
Schulterblatt 58, 2000 Hamburg 36
Tel. 040 / 43 53 20

Der **ak** kostet im Abonnement:
jährlich DM 72; halbjährlich DM 38

Für AbonnentInnen in der (ex-)DDR:
jährlich DM 60; halbjährlich DM 33

Einzelbestellungen: DM 6 + DM 1 Porto

Kostenloses Probeexemplar bestellen!



DEVO A CREDITO IO VENDEVO IN CONTANTI



**Was hier
nicht steht,
steht in
der taz.**

taz, die tageszeitung.